

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.50 Mk. halbjährlich, 6.50 Mk. jährlich, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile ober dem Raum 60 Wg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Kategorien 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Wg. (zulässig 2 fertige Blätter), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 16. September 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der kommende Wahlkampf.

Jena, den 15. September.

Gleich nach Beginn der Sitzung beginnt Bebel seine fast anderthalbstündige große Rede über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Er sieht heute noch frischer und wohlher aus, als am gestrigen Tage, und tatsächlich zeigt sich während des ganzen Verlaufes der Rede in seinen Zügen nicht das geringste Zeichen der Ermüdung. Er spricht, obgleich sich zeitweilig seine Stimme zu den höchsten leidenschaftlichen Akzenten steigert, ohne ersichtliche Anstrengung und streut vielfach in seine Rede launige satirische Bemerkungen ein, die stürmische Zustimmung erwecken.

Bebel führt aus, daß vorwiegend im Januar nächsten Jahres der neue Reichstag gewählt und schon Anfang Februar zur Tagung berufen werde. Er schildert dann die Vorgänge bei der Wahl im Jahre 1907, den Mandatsverlust der Sozialdemokratie und die Gegenläufe im Sottentottenblock, zwischen dessen Parteien alsbald innere Zwistigkeiten ausbrachen, da er nicht homogen war, wie der jetzige schwarzblaue Block.

Bebel geht dann näher auf die Taktik der Parteien des schwarzblauen Blocks, namentlich des Zentrums ein, das er als die grundlosloseste aller deutschen Parteien charakterisiert. Er erinnert daran, wie Bischof Bettinger mit dem verstorbenen Genossen Ehrhart im Dom zu Speyer bei den Kaisergräbern über die Stichwahlen verhandelt habe, und ermahnt die Delegierten, diese Taktiken in der Wahlagitatio gegen das Zentrum auszunutzen.

Sodann unterzieht Bebel die Sozial- und Steuerpolitik des Zentrums einer eingehenden Kritik, die hinüberleitet zur Kennzeichnung der lächerlichen Mittelstandsretterei der Antifemiten und ihrer sogenannten „nationalen“ Wirtschaftspolitik. Er kritisiert auf das Schärfste die heutige Reichssteuerpolitik, die das Reich auf indirekte Steuern basiert, das heißt die Kosten der Erhaltung des Deutschen Reichs den ärmeren Volksschichten aufbürdet, und kommt dann auf die enormen Ausgaben für Heer und Flotte zu sprechen. Und doch steht, wie die Rede des Kaisers in Hamburg schon ankündigte, eine neue, größere Flottenvorlage bevor, wie auch Herr Delcassé in Frankreich eine Reform der Marine angekündigt hatte. Auch England rüste weiter.

Bebel geht dann auf die heutige Lebensmittelteuerung ein, die, wenn auch zeitweilig infolge besserer Ernten eine Preisverbilligung eintreten mag, doch eine dauernde sein wird. Das aber nötigt die Arbeiter zu neuen größeren Lohnkämpfen, zu höheren Lohnansprüchen an das Unternehmertum. Um so notwendiger ist, daß jeder Arbeiter seiner Gewerkschaft beitrete. Die Folge der Teuerung wird sein, daß die Preissteigerung der Lebensmittel zur Kardinalfrage des ganzen deutschen Wirtschaftslebens wird. Und die hohen Lebensmittelpreise müssen und werden fallen.

Bebel schildert dann die Kämpfe, die der neue Reichstag zu führen haben wird auf dem Gebiete der Strafgesetzbildung, der Zoll- und Handelsverträge, der Kolonialpolitik und des Wahlrechts. Deshalb müssen wir bei den nächsten Reichstagswahlen mit allen Kräften kämpfen. Aber wie verhalten wir uns bei den Stichwahlen? Täuschend wir uns nicht, die Liberalen werden meistens für die Konservativen stimmen. Aber trotzdem keine allgemeine Stimmeneinstimmung, wenn sich in der Stichwahl Liberale, Konservative und Zentrumslente gegenübersehen. Aber wir werden Forderungen stellen, auf die jene, welche unsere Unterstützung wollen, sich verpflichten müssen. Als solche Forderungen bezeichnet Bebel vornehmlich: Aufrechterhaltung des Reichstagswahlrechts, keine neuen Hölle oder weiteren Hölleerhöhungen, keine neuen indirekten Steuern, keine Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts.

Mit einem leidenschaftlichen Appell schließt Bebel seine große Rede. Immer mächtiger steigert sich seine Stimme, bis er seiner flammenden Ausruf mit den Worten endet: „Auf zum Kampfe, vorwärts marsch, durch!“ Minutenlang hält der Beifall an.

In die Rede schließt sich eine längere Debatte. Bernstein und Klupisch begründen ihre Anträge, eine Broschüre über die politischen Beziehungen Deutschlands zu England zu veröffentlichen und die Arbeit am Wahltag ruhen zu lassen. Scheibe (Bochum) macht die Mitteilung, daß sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Scharfmacher und das Zentrum oder vielmehr die Führer der christlichen Gewerkschaften darauf geeinigt haben, daß die christlichen Gewerkschaftler schon bei der Hauptwahl für die nationalliberalen Kandidaten eintreten. Als Entgelt haben die Scharfmacher versprochen, keine gelben Gewerkschaften mehr zu gründen.

Darauf brechen König (Dortmund) über die Zentrumssagitation im Ruhrgebiet; Hartleib (Hannover) über die Ausstattung der Wahlflugblätter; Düwelle über die Physiognomie des Zentrums; Haupt (Magdeburg) verlangt, daß in der Stichwahl zwischen zwei Gegnern jener unterliegt, dessen Partei Gegenunterstützung verbürgt. Dann

wird die Debatte geschlossen. Bebel nimmt zu einer kurzen Schlussrede das Wort und verteidigt die vom Parteivorstand vorgelegte Reichstagswahl-Resolution, die dann der Parteitag einstimmig gutheißt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unermüdet die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitatio gründlich ausnützen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insondere muß die Wahlagitatio auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafgesetzbuchs;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmengesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmhaltung zu proklamieren.

Der Annahme der Resolution folgt starker Beifall. Der Parteitag hat das Bewußtsein, daß gute Arbeit verrichtet, der kommende Kampf wohl vorbereitet worden ist. Was an diesen beiden Tagen in diesem Saale gesprochen worden ist, das wird im ganzen Reiche Früchte tragen. Die Wahlen sollen es uns zeigen.

Eine furchtbare Warnung.

Kiew, 14. September. Während der heutigen Vorstellung im Theater wurde auf den Ministerpräsidenten Stolypin ein Anschlag verübt, wobei dieser schwer verwundet wurde. Der Täter wurde verhaftet.

Den Henker der Revolution hat das Schicksal ertötet, das er so vielen der Besten des russischen Volkes bereitet hat. Bei einer Theatervorstellung in Kiew, der auch der Zar beiwohnte, feuerte der Rechtsanwaltsgehilfe Wagrow aus nächster Nähe mehrere Schüsse gegen Stolypin ab. Der Ministerpräsident ist schwer verwundet und an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Bei der Vernehmung erklärte der Täter, daß er Stolypin auf Beschluß des sozialrevolutionären Komitees töten sollte, weil er eine für Rußland unheilvolle Politik treibe. Angeblich soll er auch mehrere Mitschuldige verhaftet sein.

Die Schüsse, die da bei der Galavorstellung im Theater zu Kiew gefallen sind, unterbrechen plötzlich die Ruhe des Grabes, die so lange über dem Reiche Nikolaus II. zu lasten saßen. „Die Revolution ist tot“, hatte Stolypin verkündet. „Die Konterrevolution muß sterben“, antworten die Schüsse. Alle Gewalt, alle Schurkerei, alle Inzamie, die der Zarismus in unendlichen Greueln fünf lange Jahre gehäuft hat, sie sind vergebens gewesen. Die Konterrevolution hat ihr Ziel erreicht und der Zarismus ist heute ohnmächtiger als je. Die Machtmittel des Staates sind vernichtet, die Flotte zerstört, die Armee desorganisiert, die Bureaucratie verfaul und verkommen und die politische Polizei, trotzdem alles Sinnen und Trachten der Herrschenden ihrem Ausbau galt, unfähig, auch nur das Leben der Minister oder des Zaren zu sichern. Rußlands Autokratie ist heute unhaltbarer als je.

Wie ungeheuer muß die Spannung sein, wenn solch ein Attentat möglich war! Noch vor kurzer Zeit schien die sozialrevolutionäre Partei, die im Gegensatz zur russischen Sozialdemokratie die terroristische Taktik befürwortete, durch die Enthüllungen über Kiew völlig desorganisiert. Die Sozialdemokratie aber, die von jeher nur von der Organisation der Massen und nicht von den Verzweiflungstaten Einzelner die politische Befreiung erwartet hat, war gerade in der letzten Zeit eifriger als je bemüht, die verschwindend kleinen Möglichkeiten gesetzlicher Betätigung in Rußland selbst auszunützen, gewerkschaftliche, Konsumgenossenschaftliche und politische Organisationsarbeit nach westeuropäischem Muster trotz der

ungeheuren Schwierigkeiten und Gefahren zu leisten. Jedoch der Zarismus hat es anders gewollt.

Unfähig hat sich Stolypin erwiesen zu allem andern, als mit brutaler Henkersfaust alles niederzuschlagen, was in dem unglücklichen Lande zur Fortentwicklung strebte. Feldgerichte und Strafexpeditionen hatten den Beginn seiner Ministerschaft bezeichnet. Die Auflösung der Duma, die Verhaftung und Einferkung der Volksvertreter, schließlich der infame Wahlrechtsraub, der die dritte Duma zu einer lächerlichen Karikatur der Volksvertretung machte, bildeten die Fortsetzung. Und selbst dieses reaktionärste aller Parlamente war dem skrupellosen Werkzeug der korruptesten Bureaucratie noch nicht gefügig genug. Die Verhöhnung des Staatsrechts zeigte Rußland, daß nicht einmal der Schein des Konstitutionalismus mehr gewahrt werden sollte. Der Zarismus scheute den Eidbruch gegenüber dem eigenen Volke so wenig, wie gegenüber dem Finnlands. Und während der ganzen Zeit dieser Herrschaft des Schreckens, der Korruption, der Schamlosigkeit und Unfähigkeit oben, jenes fürchterliche Massenmorden unten in den Bergwerken Sibiriens, in den entsetzlich überfüllten Gefängnissen, wo zu Westien entartete Direktoren unaufhörlich peitschten, folterten, meuchelten, was der Typhus noch verschonte. Das ist die Regierung Stolypins gewesen; sie hat Gewalt gesät und nun Gewalt geerntet.

Noch läßt sich nicht sagen, welche Folgen der Schuß Wagrows haben wird. Als einzelne Tat ist er ein nutzloses Opfer. Aber wie die Bombe, die Plehwe tötete, nur das Zeichen war, daß die revolutionäre Spannung unerträglich geworden war, wie die Aktionen der Massen selbst damals sich immer mehr und mehr steigerten, bis schließlich die gewaltige Revolution das Niefenreich bis in seine tiefsten Tiefen aufwühlte, so ist auch dieses Attentat nur ein Zeichen und eine nicht zu überhörende Warnung. Der Despotismus muß fallen, er kann nicht mehr erhalten bleiben. Von der Fähigkeit der Herrschenden, die furchtbare Mahnung zu beherzigen, wird es abhängen, unter welchen Umständen der Fall der Autokratie sich vollzieht. Es sind ernste Zeiten, die Wagrows Schüsse künden.

Wie das Attentat geschah.

Kiew, 15. September. Stolypin war mit dem Zarenpaar zur Enthüllung eines Denkmals Alexanders II. nach Kiew gekommen. Abends wohnte er in der Zarenloge einer Festvorstellung im Theater bei. Der Vorstellung wohnten nur geladene Gäste bei. Ein Drittel des „Publikums“ bestand aus Geheimpolizisten. Während Stolypin im zweiten Zwischenakt der Oper „Zar und Sultan“ von Rimski Korsakow, an die Rampe geleht und das Gesicht dem Publikum zugekehrt, mit den umstehenden Personen sprach, näherte sich ihm ein junger Mann im Frack, der aus einer Entfernung von zwei Schritten zwei Schüsse aus einem Revolver gegen ihn abgab. Stolypin fuhr mit der Hand gegen die Brust und fiel in seinen Sessel. Die Umstehenden trugen den verwundeten Ministerpräsidenten zum Ausgang, während das Publikum in Entrüstungsdruse ausbrach und die Nationalhymne forderte. Nachdem der Vorhang aufgegangen war, näherte sich der Kaiser der Logenbrüstung und die mitwirkenden Künstler sangen lachend die Nationalhymne. Das ganze Theater erzitterte unter den dem Kaiser dargebrachten Kundgebungen, bis der Herrscher seine Loge verließ. Stolypin wurde bei vollem Bewußtsein in die Privathellanstalt des Dr. Rakowski gebracht. Die Kugel hatte ihn an der Brust unter der linken Brustwarze getroffen. Im Krankenhaus erfuhr er, seine Gemahlin zu beruhigen und ihm einen Priester zu schicken. Der Täter versuchte nach dem Anschlag durch einen Seitenausgang zu entfliehen, wurde aber von Offizieren ergriffen. Man fand Dokumente bei ihm, die auf den Namen des Rechtsanwaltsgehilfen Wagrow lauteten. Eine zweite Kugel, die den Ministerpräsidenten an der Hand gestreift hatte, traf den im Orchester befindlichen Konzertmeister Vergler und verwundete ihn am Fuß.

Der amtliche Krankheitsbericht.

Petersburg, 15. September. Heute nachmittag wurde folgender amtliche Krankheitsbericht ausgegeben. Beim Ministerpräsidenten Stolypin sind zwei durch eine Feuerwaffe verursachte Wunden festgestellt worden, die eine auf der rechten Brustseite, die andere an der rechten Hand. Die Eingangsöffnung der ersten Wunde befindet sich zwischen der sechsten und siebenten Rippe, innerhalb der Papillarlinie. Eine Ausgangsöffnung ist nicht vorhanden. Die Kugel ist unter der zwölften Rippe in einer Entfernung von drei Zoll vom Nüßgrat sondiert worden. In den ersten Stunden nach der Verwundung trat große Schwäche bei bestigen Schmerzen ein, die der Minister mit Gleichmut ertrug. Den ersten Teil der Nacht verbrachte er unruhig, gegen Morgen trat eine Besserung ein. Die Temperatur betrug 37, der Puls 92. Privatnachrichten zufolge soll die Leber verletzt und der Zustand sehr ernst sein.

Unbelehrbar.

Petersburg, 15. September. „Kowoje Wremja“ drückt die Hoffnung aus, daß das Kiewer Attentat keine Aenderung in dem bisherigen Kurse des Staatsschiffes herbeiführen werde.

Mit der Stellvertretung Stolypins wurde Finanzminister Kowzew, ein erklärter Feind des Konstitutionalismus, betraut. Auf den Zaren soll das Attentat einen niederschmetternden Eindruck gemacht haben.

Die Marokkoaffäre.

Freitagabend hat eine Unterredung zwischen den Herren **Cambon** und **Aberken-Baecher** stattgefunden. Herr Cambon überreichte die neuen französischen Vorschläge und erläuterte sie in längerer Besprechung.

Eine Friedensaktion der französischen Sozialdemokratie.

Paris, 15. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auf eine dringende Anregung des Vorsitzenden des Internationalen Bureaus, **Genossen Vandervelde**, trat gestern die Verwaltungskommission der geeinigten Partei zu einer Versammlung zusammen, zu der auch drei Vertreter der Fraktion und der Sekretär des Internationalen Bureaus, **Genosse Hunsman**, zugezogen worden war. Nach einem Exposé **Suymans'** wurde eine von **Vaillant** beantragte Resolution beschloffen. Diese erklärt die sofortige Einberufung des Internationalen Bureaus für notwendig und fordert das Internationale Sekretariat auf, sogleich die nötigen Schritte einzuleiten. Die sozialistische Kammerfraktion wird verpflichtet, die sofortige Einberufung des Parlaments zu fordern und die bürgerlichen Deputierten zur Unterschrift aufzufordern.

Ferner beschloß die Versammlung ein Manifest, das heute von der „Humanität“ veröffentlicht wird. Darin wird erklärt, in Frankreich wolle außer den Wegelagerern der Finanz- und der Politik niemand den Krieg. Es besteht aber die Gefahr, daß sich das Volk düpiert und die Regierenden, die im Dienste des Marokkosyndikates stehen, gewähren lasse. Um dies zu verhindern, müßten die Proletarier und Sozialisten ihren Friedenswillen kundgeben. Das Manifest verweist auf die Versammlungen in Deutschland und den Beschluß des Parteitages in Jena und erklärt, es sei notwendig, daß das internationale Proletariat das Verbrechen der Herrschenden mit einmütiger revolutionärer Erhebung beantwortet. Die Partei fordert alle ihre Gruppen und Organisationen auf, in ganz Frankreich am 23. und 24. September Protestmeetings zu veranstalten.

Die jüngste Session des Kongresses.

New York, Ende August. (Eig. Ber.)

Die außerordentliche Session, zu welcher der Kongreß am 4. April zusammentrat, ging dieser Tage zu Ende. Wenn sie auch die Hoffnungen, mit welcher ihr die Massen entgegen gesehen, nicht rechtfertigte, so zeitigten die Verhandlungen doch manches Gute und hätten ohne des Präsidenten Veto noch mehr desselben ergeben. Vor allem aber enthält die abgeschlossene Tagung des Bundesparlamentes ein hoffnungsfrohes Moment, welches bessere Aussichten für die Zukunft eröffnet.

Zum ersten Male erstand der Arbeiterchaft in dem bei den jüngsten Nationalwahlen erkorenen Sozialisten **Viktor Berger** von Milwaukee im Kongreß ein Fürsprecher ihrer Interessen. Genosse Berger beantragte im Repräsentantenhaus, der Kongreß möge dem durch Privatdetektivs und die Justizbanditen von **Los Angeles** im Auftrage des Fabrikantenbundes verbrecherischerweise aus dem Staate **Indiana** entführten und nach **Kalifornien** geschleppten Sekretär des Verbandes der Eisenkonstruktionsarbeiter und -brückenbauer, **John N. Mac Namara**, zu seinem Rechte zu verhelfen. Zwar erklärte der Kongreß, nicht imstande zu sein, das zu tun. Aber gänzlich erfolglos war der Antrag doch nicht. Sogar der berüchtigte Bundesadvokat **Verah**, der vor vier Jahren zu **Boise (Idaho)** die Anklage gegen den aus **Colorado** geraubten Genossen **William Haywood**, den damaligen Sekretär der **Western Federation of Miners** (Westlicher Bergarbeiterverband) vertrat, gab, durch **Berger's** Vorgehen gezwungen, zu, daß **Mac Namara** Gegenstand eines Verbrechens wurde. **Verah** bezeichnete eine Verbesserung der Bundesgesetze zur Verhinderung ähnlicher Gewalttaten als wünschenswert.

Berger's Alterspensions-Gesetzentwurf gelangte nicht zur eigentlichen Verhandlung. Aber die Tatsache der Einreichung, der Inhalt des Entwurfs und die außerordentlich geschickte Begründung durch den Antragsteller wurden im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten bekannt und fanden z. B. in **Gewerkschaftskreisen** lebhaften und fast ungeteilten Zustimmung. Die vom ersten sozialistischen Kongreßmitglied aufgestellte Forderung wird nimmer von der Tagesordnung verschwinden, bis sie erfüllt ist und einen neuen mächtigen Ansporn zur Geltendmachung von Arbeiterinteressen wie zur Förderung sozialistischer Propaganda bildet.

Das positive gesetzgeberische Ergebnis der viermonatlichen Tätigkeit des Bundesparlamentes läßt sich kurz zusammenfassen: Genehmigung des zwischen den Regierungen **Kanadas** und der Vereinigten Staaten vereinbarten Handelsvertrages (die Ratifizierung durch das kanadische Parlament steht noch aus); Annahme eines Gesetzes, welches die öffentliche Rechnungsablegung über die zu Wahlzwecken verausgabten Gelder vorsieht und auf die Verminderung der herrschenden Korruption abzielt, und endlich die Aufnahme der Territorien **Arizona** und **New Mexiko** als Staaten in die Union. Doch soll die Aufnahme **Arizona's** erst dann erfolgen, wenn das Territorium die Bestimmung, welche den Wählern das Recht der Abiegung der Richter erteilt, aus dem Verfassungsentwurf ausgemerzt hat. Repräsentantenhaus wie Senat hatten der zeitgemäßen Bestimmung ihre Genehmigung erteilt, aber der Präsident **Taft** belegte den Kongreßbeschlusse mit seinem Veto. Dasselbe wäre wirkungslos geworden, wenn jedes der beiden Häuser des Kongresses mit Zweidrittelmehrheit auf seinem ursprünglichen Beschlusse bestanden hätte. Dazu war im Senat nicht die geringste Aussicht vorhanden. Daher fügte sich das Bundesparlament dem reaktionären Präsidenten im fraglichen Falle ebenso wie in wichtigen Zollfragen.

Bei den Herbstwahlen des letzten Jahres erlitten die Republikaner eine schwere Niederlage und verloren die Majorität im Repräsentantenhaus. Im April zu einer Extra-session einberufen, um den Handelsvertrag mit **Kanada** zu ratifizieren, nahm der Kongreß aus eigener Initiative eine teilweise Revision des nach **Bayne** und **Albrich** benannten, im August 1909 angenommenen **Wucher-Zolltarifs** vor. Zwei sich in dieser Richtung bewegende Gesetze gelangten zur Annahme. Das eine sah eine Ermäßigung der Zölle auf **Wollwolle** und **Wollenzuge**, das andere eine solche auf andere **Textilwaren**, insbesondere **Wollwollstoffe**, auf **Stahlwaren** und **Chemikalien** vor.

Beide Bills belegte **Taft** mit seinem Veto. Zur Begründung desselben machte er geltend: „Der Kongreß sollte mit der auch von mir befürworteten schrittweisen Revision des geltenden Zolltarifs warten, bis die Zolltariffkommission wissenschaftlich begründete Vorschläge ausgearbeitet und den gesetzgebenden Körperschaften der Vereinigten Staaten unterbreitet hat.“ Diese Zolltariffkommission, deren Bestellung im **Albrich-Bayne-Zolltarif** vorgesehen ist und deren Unterhaltung jährlich die Kleinigkeit von einer Million Mark kostet, hat zwar herzlich wenig Wissenschaft, aber desto mehr hochschätzlicher Geist in sich; zur Belehrung des Kongresses ist sie weder geeignet noch befähigt. Das weiß natürlich auch **Taft**, dem es lediglich darauf ankommt, den Verrat seines eigenen Programms zu beschönigen.

Wie schon als Präsidentschaftskandidat im Herbst 1908, so hat **Taft** auch später noch als Präsident, z. B. am 17. September 1909 zu **Winona**, eine Ermäßigung der **Wollen- und Baumwollenzölle** für unerlässlich erklärt. Und am 12. Februar letzten Jahres gab er in einer hier gehaltenen Rede zu, daß die Republikaner ihr Wort brachen, als sie die **Wollzölle** bei der Beratung des zurzeit geltenden Zolltarifs nicht niedriger gehaltenen. Noch im Dezember 1910 verpflichtete sich **Taft** in **Chicago**, für eine Vorseitigung der im Zolltarif enthaltenen Härten und Unbilligkeiten zu sorgen.

Taft's Verhalten ist, vom rein politischen Standpunkt aus betrachtet, unbegreiflich. Würde bis jetzt noch jeder republikanische Präsident, mit Ausnahme von **Rutherford Burchard Hayes** (1877—1881), vor dem Ablauf seiner ersten Amtsperiode zum zweiten Male als Präsidentschaftskandidat aufgestellt, so hat **Taft** in dieser Hinsicht sicherlich Ehrgeiz, denn er unternimmt jetzt schon Agitationsreisen.

In seiner nächsten ordentlichen Session, zu welcher er verfassungsmäßig im Dezember zusammentreten muß, wird der Kongreß die Revision des Zolltarifs wieder aufnehmen. Die Schlussverhandlungen der nächsten Tagung des Bundesparlamentes wird zugleich die Einleitung für den Wahlkampf im Herbst nächsten Jahres bilden. Will **Taft** auch dann wiederum sein Betoredt gegen Kongreßbeschlüsse ausspielen? Er würde sich sein politisches Grab schaufeln, ohne den geldmächtigen „Interessen“ viel zu helfen.

Auch die Demokraten leben der Erfüllung so mancher ihrer als Wahllöder aufgestellten Forderungen mit gemäßigten Gefühlen entgegen. Nur der einzige sozialistische Repräsentant treibt keine Skliffenschieberei. Sein entschiedenes Eintreten für die Forderungen des Proletariats bietet die Gewähr, daß er im Bundeskapitol bald nicht mehr vereinsamt sein wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. September 1911.

Wadenlose Unverschämtheit!

Für eine Verschlechterung des Dreiklassenwahlrechts tritt **Octavio von Jeditz** in einem Artikel des roten „Tag“ ein. Dieser Wadere hat den Mut, angesichts der Reichstagswahlen Veränderungen des jetzigen Dreiklassenwahlsystems vorzuschlagen, die nicht etwa auf eine sei es noch so minimale Abschwächung des plutokratischen Wahlsystems, sondern im Gegenteil auf eine völlige Entziehung der Arbeiterklasse hinauslaufen.

Bekanntlich hat die Sozialdemokratie im Jahre 1908 nur deshalb einige wenige Mandate im preussischen Dreiklassenparlament zu erobern vermocht, weil es ihr infolge der Drittelung in den Wahlbezirken gelang, in einigen Wahlkreisen auch die Mehrheit der Wahlmänner der zweiten Klasse durchzubringen. Diesen Zustand will nun der Oberstabschef **von Jeditz** völlig beseitigt haben. Unter dem Vorwand, daß dem Mittelstand in den Großstädten ein größerer Einfluß gesichert werden müsse, empfiehlt er derartige Maßnahmen zu treffen, daß die Arbeiter in der zweiten Klasse niemals die Majorität erlangen können. Er denkt sich die Sache folgendermaßen:

Dieses Ziel wäre erreicht, wenn jeder Wähler, der nach seiner Steuerleistung zu der reicheren Minderheit zu zählen ist, auch der ersten und jeder, der danach zum Mittelstand gehört, der zweiten Abteilung zugeteilt wird, während jeder Wähler, dessen Steuerleistung hinter dem Mindestmaß für den Mittelstand zurückbleibt, in der dritten Abteilung zu wählen hätte. Würde die Bildung der Wahlabteilungen nach dem Antrage **Schorlemer** demgemäß dahin ergänzt, daß alle Wähler, welche die unterste Grenze für die Zurechnung zu den Höchstbesteuerten erreichen oder überschreiten, gleichwohl aber bei der Drittelung der zweiten oder selbst der dritten Wahlabteilung zugefallen sind, der ersten Wahlabteilung, diejenigen, welche das Mindestmaß der Steuerleistung für die Zurechnung zum Mittelstande aufweisen, aus der dritten in die zweite Abteilung anfründen, und endliche Wähler, deren Steuerleistung dieses Mindestmaß nicht erreicht, aus der ersten und zweiten Wahlabteilung auscheiden, so wäre offenbar der Grundgedanke des Dreiklassensystems wiederhergestellt und damit auch dem Mittelstand der ihm danach zugehörte bedeutsame Einfluß auf den Ausfall der Wahlen zurückgewährt.

Daß von dem Führer einer an Zahl zwar winzigen, aber infolge des insamen Dreiklassenwahlsystems an politischem Einfluß keineswegs untergeordneten Partei ein solch bodenlos unverschämter Vorschlag überhaupt gemacht werden kann, beweist der Arbeiterklasse, mit welcher verächtlicher Geringschätzung die preussischen Machthaber sie behandeln zu dürfen glauben! Daß diese Scharmacher obendrein in einem Augenblick, wo von ihnen die niederträchtigste Kriegsbegehrte ausgeht, wo sie also ihrer Profitgier hunderttausende von Arbeiterleben strapellos opfern möchten, in aller Öffentlichkeit erörtern, wie man das rechtlose Proletariat politisch vollends entrechten könnte, zeigt ihrer aufreizenden Unverschämtheit die Krone auf!

Die Reform der Fahrkartensteuer

soll angeblich im Herbst zum Abschluß gebracht werden und dem neuen Reichstage zu Beginn des nächsten Jahres vorgelegt werden. Ueber den voranschreitenden Inhalt der Vorlage wird mitgeteilt:

Die bisherigen Verhandlungen haben im allgemeinen zur Genehmigung des preussischen Vorentwurfs geführt. Danach wird der geltende Steuertarif abgeändert, ohne eine Erhöhung zu bringen. Er soll vielmehr Härten ausgleichen und vor allem die Belastung bei den oberen Wagenklassen mindern. Eine Besteuerung der vierten Klasse ist nach wie vor nicht beabsichtigt. Möglich ist auch, daß die unterste Steuerstufe, jetzt 60 Pf., auf eine Mark heraufgesetzt wird, um dem Stadt- und Vorortverkehr entgegenzukommen, zumal in Berlin die geplante Elektrifizierung der Stadtbahn eine Erhöhung der Tarife bedingen wird. Durch die Reform sollen die Einnahmen des Staates nicht verringert werden, da man hofft, mit ihr die Kenugung der oberen Klassen zu heben.

Wenn man die Einnahmen nicht vermindern und doch gleichzeitig die Belastung bei den oberen Wagenklassen verringern will, so bleibt nichts anderes übrig, als zum Vorteil der wohlhabenden Passagiere

der ersten beiden Wagenklassen die Reisenden der dritten Klasse noch schwerer zu belasten. Das wäre allerdings eine Reform der Fahrkartensteuer, die ganz in das Finanzprogramm unserer herrschenden Klassen passen würde. Da freilich die dritte Klasse ja auch hauptsächlich von gut bürgerlichen Elementen benutzt wird, würde eine solche Reform auch in „staalderhaltenden“ Kreisen sehr viel böses Blut machen.

Der Hanfabändler als Zentrumskandidat.

Aus dem Düsselbacher Wahlkampf meldet das „Berliner Tageblatt“:

Der Hanfabund hat dem Zentrumskandidaten **Dr. Friedrich**, der bekanntlich Mitglied des Hanfabundes ist, behufs Wahlunterstützung bei der Reichstagswahl am 19. September eine Reihe von Fragen vorgelegt über seine Stellung zum Hanfabundprogramm. Gefordert wird die Verpflichtung zur Bekämpfung der Angriffe in der Zentrumsparlei und Zentrumspreise gegen den Hanfabund sowie die Bekämpfung der agrardemagogischen Richtung innerhalb des Zentrums, ferner das Eintreten für eine ausdehntere parlamentarische Vertretung von Handel und Industrie und für Neuerteilung der Reichstagswahlkreise. Die Verhandlungen sind dem Abschluß nahe.

Wir bezweifeln nicht, daß der hanfabändlerische Zentrumskandidat, um gewählt zu werden, alles Mögliche und Unmögliche versprechen wird. Daß die Politik seiner Partei es ihm nicht erlauben wird, auch nur eine dieser Versprechungen in die politische Praxis umzusetzen, ist freilich ebenso gewiß. Man denke nur an die zum Teil schriftlich niedergelegten Wahlversprechungen der zentrumslichen „Arbeiterkandidaten“ **Gronowski**, **Partischer** usw. aus dem letzten preussischen Landtagswahlkampf und daran, wie diese Versprechungen dann später gehalten oder vielmehr nicht gehalten wurden!

Auch eine „Volkspartei“.

Nach einer Zusammenstellung der parteioffiziellen „National-liberalen Korrespondenz“ befinden sich unter den nationalliberalen Reichstagskandidaten für die nächsten Wahlen u. a. 25 Landwirte, 5 Fabrikbesitzer, 1 Generaldirektor, 9 Kommerzienräte, 1 Bankdirektor, 1 inaktiver Staatsminister, 2 Legationssekretäre, 8 Geheim- und andere Räte, 1 Oberverwaltungsgerichtsrat, 1 Landgerichtsdirektor, 7 andere Richter, 4 Geheime Justizräte, 13 Rechtsanwälte, 7 Bürger- resp. Oberbürgermeister und Stadträte, 1 Generalleutnant usw. usw. Neben ein paar Renommier-Handwerksmeister finden sich in der ganzen Liste dann noch 2 (sage und schreibe: zwei) Arbeiter, und zwar ein im Wahlkreis Bochum als hoffnungsloser Durchfallskandidat aufgestellter **Bergmann** und ein Eisenbahnkloster, von dessen „Unabhängigkeit“ der Regierung gegenüber die Leser sich selbst eine Vorstellung machen mögen.

Und angesichts dieser Tatsache wagt es die nationalliberale Partei, sich den Wählern als wahre Volkspartei zu empfehlen und in ihrem offiziellen Organe zu behaupten, daß sie bei ihrer Kandidatenaufstellung „auf die möglichst gleichmäßige Berücksichtigung aller Berufs- und Erwerbsklassen der deutschen Bevölkerung bedacht ist“!

Die Reichstagswahl im Wahlkreis **Doppel** für den verstorbenen **Dombherrn Franz** ist auf Freitag, den 27. Oktober, angelegt worden.

Nationalliberale Reichstagswahlkandidaten.

Nach einer Zusammenstellung in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ haben die Nationalliberalen bisher in 112 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Außerdem sollen noch in mindestens 25 Kreisen Kandidaturen aufgestellt werden.

Sächsische Radelschickpolitik.

Die sächsischen Behörden können sich noch immer nicht in die durch Reichsgesetz veränderten Verhältnisse auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts hineinfinden. Die „sächsische“ Handhabung des alten sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes, das von den Konservativen, von ihrem Standpunkte aus mit Recht, den Namen „Juwel“ erhielt, liegt ihnen noch in allen Gliedern. Mit einem Hauch althergebrachter Sozialistenfeindschaft und Bureaukratismus müssen unsere sächsischen Parteigenossen aufzukommen suchen, indem sie in zahlreichen Fällen gerichtliche Entscheidungen herbeiführen und die unteren Behörden zwingen, offensbares Recht aus Angst vor dem Richter gegenüber der modernen Arbeiterbewegung. Dieser Kampf geht unvermindert weiter, seit das neue Vereinsgesetz bestet.

Zwei solcher Fälle liegen jetzt wieder aus dem **Dresdener Bezirk** vor. Der sozialdemokratische Verein für den 6. Reichstagswahlkreis hielt ein Stiftungsfest in einem feineren Lokal ab. Die Amts-hauptmannschaft stellte sich auf den Standpunkt, daß wegen des im Programm mit vorgesehenen Tanzes die Genehmigung eingeholt sei, weil das Tanzvergnügen ein „öffentliches“ wäre, die Genehmigung aber wurde deswegen verweigert. Den Charakter der Öffentlichkeit erklarte die Behörde in der Größe der Mitgliederzahl. Der Leiter des Festes lehnte sich jedoch nicht an das Verbot, da es nach seiner Meinung im Reichvereinsgesetz nicht begründet bzw. der Charakter der Öffentlichkeit durchaus verkannt war. Er tat aber alles, um auch äußerlich das Vergnügen als geschlossene Mitgliederveranstaltung kenntlich zu machen. Die Folge war eine Strafverfügung über 150 Mark, die höchste Strafe, die nach der sächsischen Ausführungsordnung von der Behörde auferlegt werden kann. Der Verstoß ging an das Schöffengericht, das ihn freisprach und feststellte, daß das Vergnügen nicht öffentlich war, und deshalb keinerlei behördlicher Genehmigung bedurfte. Anderer Meinung war der Staatsanwalt, er legte Verurteilung ein. Mit dem Erfolg, daß auch das Landgericht unleren Genossen freisprach und sich den Gründen der Vorinstanz anschloß.

Der andere Fall lag ähnlich. Zu einem **Maifest-Kommerz** in Dresden fand u. a. auch die **Parzellklasse** auf dem Programm, das aber scheinbarweise per Polizeibehörde eingereicht wurde. Die Folge dieser Kulanz: der Vortrag der **Parzellklasse** wurde verboten! Der Kommerzleiter beachtete aber das Verbot nicht. Das so verpönte Lied wurde lebhaft gespielt und gesungen. Bald darauf gab es ein Strafmandat über 25 Mark. Der Verstoß ging nun ebenfalls an das Gericht. In diesem Falle gab der Klagevertreter die Verurteilung auf das Vereinsgesetz halb und halb preis, er stützte sich aber auf das — **Genurrecht** der Polizei. Unglücklich, aber wahr! Das Schöffengericht hatte auch für diese Verweigerung keinen Sinn und erkannte auf Freisprechung. Es stellte fest, daß auch dieses Fest nicht als ein öffentliches im Sinne des Vereinsgesetzes betrachtet werden konnte. — Das sind zwei von den sehr häufigen Fällen, die zeigen, wie trospaladem noch Radelschickpolitik in Sachsen trieben wird. Ueberflüssig zu sagen, daß bürgerliche Veranstaltungen von solcher Aufmerksamkeit der Behörden verschont bleiben.

Mit Maßnahmen gegen die Lebensmittelnot

müssen sich gegenwärtig verschiedene nordbayerische Gemeinden beschäftigen. So sah sich in **Wagenzuth** der Stadtmagistrat veranlaßt, das Geschloßgebäude der Herren **Fleischermeister** ein wenig unter die Lupe zu nehmen. Es wurde von dem rechtskundigen Referenten nachgewiesen, daß bei der Voll ausübenden Schatzkammer auch die Fleischer auf ihre Rechnung kommen. Die Preise werden unbedeutend hochgehalten, und die organisierten Fleischer sind bestrebt, auch beim Sinken der Einkaufspreise die Verkaufspreise auf der Konsumhöhe zu erhalten. Nach der amtlichen Feststellung nehmen die Fleischer z. B.

Beim Schweinefleisch 84, beim Kalbfleisch gar 50 Pf. pro Kilogramm Profit. Es wurde der Gedanke erwogen, ob nicht eine gemeindliche Schlächterei zu errichten sei, doch will man vorläufig davon absehen; dagegen wird den Privaten, Vereinigungen usw. empfohlen, gemeinsame Schlachtungen vorzunehmen zu lassen. Die Stadt will dazu die nötigen Räume mietgeltlich zur Verfügung stellen und auch in jedem Falle die Schlachtgebühren nachlassen.

Auch die unerhörte Kartoffelsteuer erheischt ein Eingreifen. Hier hat ebenfalls der Stadtmagistrat Vahrens beschloffen, solide Händler und Genossenschaften aufzufordern, Kartoffeln in großen Mengen von auswärtig zu beziehen und billig auf dem städtischen Wochenmarkt zu verkaufen. Die Stadt will in diesem Falle die Marktgebühren nachlassen.

In Erlangen bewilligte der Magistrat 2000 M. zum Bezuge von Kartoffeln, die unter Ausschluß der Händler billig an die Einwohner abzugeben werden sollen. Weiter richtete er an die Staatsregierung die Forderung, auf die Suspendierung der Böse auf Lebens- und Futtermittel, Aufhebung der Grenzsperrung gegen Vieh und Fleisch und Befreiung der Getreideinfuhrbeschränkung hinzuwirken. Vom Verkehrsministerium wird gefordert, die Frachttarife auf Lebensmittel um die Hälfte zu ermäßigen.

Die bayerische Schmiergeldaffäre.

Der bayerische Verkehrsminister erläßt folgende Erklärung, die die am Donnerstag gemeldete Enthüllung der Zentrumsprelle halb und halb bestätigt.

Die Verwaltung der bayerischen Eisenbahngesellschaft hat nach vollständigem Abschluß der Kaufverhandlungen einem Ministerialbeamten eine Dotation zugewendet. Der Beamte hatte von der Absicht der Zuvendigung vorher keine Kenntnis. Bei dieser Sachlage trug der Verkehrsminister keine Bedenken, die Zuvendigung gemäß Artikel 20 des Beamtengesetzes ausdrücklich zu genehmigen.

Das letzte Wort ist in der Affäre zweifellos damit noch nicht gesprochen.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit!

Ein Leutnant der Artillerie stand vor dem Oberkriegsgericht in Breslau als Angeklagter. Es sollte gegen den Offizier auf Verurteilung des Gerichts wegen eines kriegsgerichtlichen Urteil verhandelt werden. Geladen war zu der Verhandlung als einziger Junge ein Artillerieleutnant v. Gils. Sofort zu Beginn der Verhandlung fragte der Verhandlungsführer, Oberkriegsgerichtsrat Trefz, ob ein Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit gestellt wird. Der Vertreter der Anklage, Oberkriegsgerichtsrat Laub, verneinte, der angeklagte Leutnant bejahte. Die Öffentlichkeit wurde während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen, wegen Gefährdung der Disziplin, die, wie der oben genannte Verhandlungsführer ausführte, zu befürchten sei wegen der Eigenart der Sache und der zur Sprache kommenden Dinge. In der öffentlichen Verhandlung wurde eine Anklageschrift nicht verlesen, Namen, Regiment, Vergehen des Offiziers nicht genannt. Bei wieder hergestellter Öffentlichkeit verurteilte der Verhandlungsführer, Oberkriegsgerichtsrat Trefz, nur, daß die Verurteilung des Gerichts gegen das kriegsgerichtliche Urteil verworfen werde. Das Oberkriegsgericht habe genau denselben Sachverhalt festgestellt, wie das erste Gericht, auch ebenso Schuld und Strafe gewürdigt.

Oesterreich.

Teuerung und Parlament.

Wien, 15. September. In der heutigen Obmännerkonferenz leitete der Ministerpräsident Gautsch mit, eine überstürzte Einberufung des Parlaments — unsere Genossen hatten die Einberufung gefordert — hätte keinen Zweck. Nach seiner Ansicht sollte das Parlament am 9. Oktober zusammentreten. Er sei mit der ungarischen Regierung über die Fleischnot in Unterhandlungen getreten. Er bedauere, daß die Aufregung der Bevölkerung eine Form und Erscheinung angenommen habe, die für die Klärung der Situation nicht gerade erwünscht sei. Es sei auch die Möglichkeit von Erscheinungen angedeutet worden, die, wenn sie sich verwirklichen sollten, die Regierung zwingen müßten, mit aller Entschiedenheit dagegen aufzutreten. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten haben bei den Sozialdemokraten große Erregung hervorgerufen. Schließlich wurde der 6. Oktober als Tag der ersten Sitzung angenommen.

Finnland.

Gegen den russischen Räuber.

Helsingfors, 15. September. Gestern Abend fand eine große Studentensammlung statt, bei der ein Redner auch die Frage der Einderlebung der beiden finnischen Reichsteile in das Petersburger Gouvernement berührte. Als der Polizeimeister daraufhin für den Fall der Wiederholung die Schließung der Versammlung — nötigenfalls mit Gewalt — androhte, erklärte der Vorsitzende, er weiche der Gewalt und schloß die Versammlung. Beim Verlassen des Saales wurde an die Anwesenden ein gedruckter Beschluß verteilt.

Aus der Partei.

Jules Guedes Erkrankung.

Wie der „Socialisme“ mitteilt, hat Genosse Jules Guedes neuerdings eine gefährliche Krise überstanden. Von der Hitze dieses Sommers erschöpft, hatte er sich im August auf die Insel Jersey zur Erholung begeben. Am 11. August erlitt er einen Sonnenstich, der eine furchtbare Lungenentzündung zur Folge hatte. Drei Tage lang war er völlig bewusstlos und erst allmählich kehrte er ins Leben zurück. Am letzten Freitag konnte er nach Paris heimkehren. Die Genesung schreitet normal vor und in einigen Wochen wird er wieder seinen Platz in der Schlachtreihe der französischen Partei einnehmen können. Vorläufig ist ihm von den Ärzten absolute Ruhe streng vorgeschrieben.

Ein Mißtrau der persischen Sozialisten.

Durch Vermittlung des russischen Delegierten Lenin wendet sich das Zentralkomitee der persischen Sozialdemokratie an das Internationale Bureau mit einem Mißtrau gegen die vom russischen Parlament in holdem Verein mit der liberalen englischen Regierung betriebene Kampfpolitik gegen Persien. Es heißt da: Wir haben unser Stück Freiheit, so gering es auch sei, durch harten Kampf errungen. Diese Freiheit ist in Gefahr, denn der Parlamentarismus, im Verein mit Großbritannien, sucht sich unser Land zu bemächtigen und die Autokratie wiederherzustellen. Hätte das junge Persien es nur mit dem armenigen Mahmed Ali zu tun, so wäre er mit seiner Bande rasch vernichtet. Aber uns versperren die ganze raubgierige Internationale der reaktionären Regierungen den Weg. Sie will keine Freiheit und Unabhängigkeit Persiens. Ihr Werk der Ausbeutung erfordert ein verblödetes Persien mit einem künstlichen Schurken an der Spitze. Die russische Regierung hat im Einverständnis mit der englischen das von beiden Mächten mit der neuen persischen Regierung getroffene Abkommen verlegt. Während dieser Vertrag beide Regierungen verpflichtet, jeden Versuch des Rückfalls zur Macht zurückzuführen, zu bekämpfen, läßt Mahmed Ali nach Erregung von Aufruhr im Lande ihn nach Persien zurückkehren, um ihn auf den Thron zu setzen. Alle anderen Mächte bleiben diesem schimpflichen Verrat gegenüber gleichgültig. Sie hoffen wohl, Anteil an der Beute oder doch Kompensationen zu erhalten. — Zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten werden die Anhänger der Freiheit und Unabhängigkeit keine Rücksicht scheuen, und in diesen schweren Tagen, wo

wir überall nur Feinde sehen, können wir nur vom sozialistischen Proletariat Hilfe erhoffen. Denn ihr allein seid die brüderlichen Freunde und Brüder aller Unterdrückten, welcher Nation sie auch angehören.

Erhebt daher eure Stimme zugunsten unserer Freiheit in euren Parlamenten, euren Versammlungen, eurer Presse, überall, wo es euch möglich sein wird zu protestieren! Protestiert gegen die persische Politik eurer Regierungen, insbesondere der russischen und englischen, die sich rüsten, das persische Volk zu erdrücken! Selbst wenn eure empörten Protestrufe nicht in Stande sein sollten, die Politik unserer Feinde zu beeinflussen, so werden wir sie doch hören und sie werden uns mit Mut in unserem Kampfe erfüllen. Doch die Völkerfreiheit! Hoch der internationale Sozialismus!

Personalien. Zum Parafisekretär in Freiberg i. Sa. wurde Genosse Karl Wehler aus Berlin gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein hartes Urteil.

Das Opfer einer Justifikation war die „Volkzeitung“ in Jittau geworden. Die „Volkzeitung“ lebte mit der Weberfirma Zierse u. Söhne in Schönbach resp. dessen Direktor Strobach wegen der in diesem Betriebe herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Feindschaft. Den Abschluß in diesem Kampfe bildete ein Artikel, der an eine der Redaktionen der „Volkzeitung“ zugegangen Postkarte anknapfte, die mit dem Namen des Direktors Strobach unterzeichnet war. Ihr Inhalt war den Gefühlen eines Sozialistenfreies angepaßt, der die Arbeiter der in Frage kommenden Firma und die Redaktion der „Volkzeitung“ stark verhöhnte. Dementsprechend waren natürlich auch die von der „Volkzeitung“ dazu gemachten Bemerkungen gehalten. Merkwürdigerweise nahm sich die Staatsanwaltschaft der Sache an. Sie klagte und Strobach wurde als Rebellentäter zugelassen. Das Schöffengericht in Jittau als erste Instanz erkannte gegen Genossen Schmettler als verantwortlichen Redakteur der „Volkzeitung“ auf 75 M. Geldstrafe. Wegen des Urteils legte sowohl der Berufung als auch der Staatsanwalt Berufung ein, mit der sich jetzt das Landgericht Wauzen befaßt. Es gelang aber zu einem weit ungünstigeren Urteil, als die erste Instanz. Während die Berufung des Angeklagten verworfen wurde, gab das Landgericht der Berufung der Staatsanwaltschaft resp. der des Rebellentäters statt und erhöhte die Strafe auf 500 M. resp. 3 Monate Gefängnis. Während die erste Instanz nur einfache Verleumdung in der Veröffentlichung der Postkarte erblidete, legte das Landgericht verleumderische Verleumdung zugrunde.

Soziales.

Charlottenburger Sozialpolitik.

Anlässlich des eben verfloffenen Dritten Internationalen Kongresses für Säuglingsfürsorge hat der Charlottenburger Magistrat eine Festschrift: „Die gesundheitlichen Einrichtungen der königlichen Residenzstadt Charlottenburg“ erscheinen lassen, die wertvolles sozialpolitisches Material enthält. Wenn auch die gut ausgestattete Festschrift in erster Linie bezweckt, Charlottenburgs sozialpolitische Verdienste um seine Bürger rühmend hervorzuheben, so gewinnen durch solche Klendestattisten verschiedene Bevölkerungskreise oft einen Einblick in das vorhandene ländersittliche Leid, das seine grauen Schwingen vornehmlich ja man kann fast sagen ausschließlich, über die Proletariatschichten spannt.

In erster Linie ist es die Tuberkulose, die unter den Proletariatsmassen Opfer fordert. Wie die Schrift hervorhebt, steigt die Zahl der auf diese Krankheit zu untersuchenden Personen mit jedem Jahre. 1910 mußte in nicht weniger als 12203 Fällen untersucht werden. Die städtische Tuberkulosefürsorge arbeitet Hand in Hand mit den Privatärzten, deren Pflicht es ist, die ihnen verdächtig scheinenden Patienten der Fürsorgestelle zu überweisen. Bei den Untersuchungen hat die Röntgenuntersuchung vorzügliche Dienste getan, ja sich vielfach als unentbehrliches Hilfsmittel erwiesen. Bemerkenswert ist, daß von den Armenärzten die erforderlichen Stärkungsmittel, wie Milch, an die Patienten auf städtische Kosten verordnet werden können, ohne daß die Empfänger in ihren politischen Rechten benachteiligt werden. Eigentlich eine selbstverständliche Maßnahme, die aber leider erst in einer geringen Anzahl Gemeinden Eingang gefunden hat. Im vorigen Jahre wurden für 25000 M. Milch auf ärztliche Verordnung an Arme geliefert. Den Erholungsstätten wurden 1532 Personen überwiesen, darunter 1211 Kinder, die in der Mehrzahl an Tuberkulose, Blutarmerie und Skrofuloze litten, ebenso an schwacher Konstitution und Unterernährung. Die Kosten der Fürsorge für Lungen- und Tuberkulosekranke bezifferten sich auf 175 263,23 M. im Jahre 1910.

Eine weitere der sozialen Wohlfahrt gemiddete Einrichtung ist die städtische Säuglingsfürsorge. Von 4272 Kindern wurden die sechs Fürsorgestellen der Stadt im letzten Jahre in Anspruch genommen. Sehr hart ist der Andrang der unehelich geborenen Kinder, was nur zu begründen ist. Sind es doch gerade diese, die des Lebens raube Stürme schon im zartesten Kindesalter zu fühlen bekommen. 67 Proz. aller unehelich Geborenen wurden der Fürsorge zugeführt. Bemerkenswert ist, daß während der Fürsorgezeit die borgekommenen Todesfälle der ehelichen und unehelichen Kinder sich völlig die Waage hielten, während man sonst regelmäßig konstatieren muß, daß die Todesziffer der Unehelichen entschieden höher ist als der im staatlich vorgeführten Ehebett gezeugten Kinder. Der bedeutungsvolle gesundheitliche Unterschied zwischen Brust- und Flaschenkindern ist wie überall auch hier zu konstatieren. Von ersteren sterben an den Broch- und Darmkrankheiten nur 0,4 Proz., während letztere mit dem doppelten Prozentsatz, 0,8 Proz., den Wagnis der Muttermilch Lüben mußten. Da die Fürsorge sich nur bis zum achten Lebensjahre erstreckt, aber in der Zeit vom ersten bis sechsten Jahre sind viele Krankheitskeime bilden, die sich erst in späteren Jahren äußern, wurde vom 1. April dieses Jahres ab eine besondere Sprechstunde für ältere Kinder eingerichtet. Seit Mai dieses Jahres besteht eine sogenannte Säuglings-Frische, an die gegen ein Entgelt von 2 Pf. bruststillende Mütter, die tagsüber auf Arbeit gehen, ihr Kind während dieser Zeit abliefern können. Insgesamt betragen die Aufwendungen für die Säuglingsfürsorge im letzten Jahre 308 000 M.

Zu bedauern waren viele uneheliche Mütter, wo der Vater des Kindes durchaus nicht zum Zahlen zu erlangen war. Mobiliarpfändungen erwiesen sich hierbei fast immer als ergebnislos, da fast regelmäßig Intervention von dritter Seite erhoben wurde. Verheiratete Männer, die ein Mädchen geschwängert hatten und ebenso Söhne wohlhabender Eltern, geben sich als Angehörte ihrer Frauen bzw. Eltern aus, um so sich vor der Zahlung erfolgreich zu drücken. Es offenbart also nicht nur die Verheirateten und ledigen Väter eine robuste Gewissenlosigkeit, sondern im gleichen Maße auch deren Ehefrauen bzw. Eltern. Auch auf sie, die ihren zur Alimentation verpflichteten Gatten und Söhnen Vorstoß leisteten, fällt der Pfuch von Mutter und Kind.

Wenn in bezug auf das Wohnungsweesen gesagt wird, daß trotz der Unzulänglichkeit privater Mittel dieses nicht hindern darf, Forderungen eines idealen Zustandes aufzustellen und ihre Durchführung bis zur äußeren Grenze des Möglichen anzustreben, so ist das ganz unsere Meinung, nur daß die öffentlichen Mittel hierzu in noch härterem Maße Verwendung finden müßten. — Die Schulpflichtung erstreckt sich seit 1. April 1911 auf täglich etwa 700 Kinder. Auch die Sproßlinge bemittelte und reicher Eltern profitieren aus städtischen Mitteln. So zählt die Stadt jährlich 3000 M. für das Schülerubern der drei obersten Klassen der Gymnasien; 15 Boote sind angeschafft worden, und zur Errichtung eines Boothauses hat die Stadt ein Grundstück im Werte von 50 000 M. erworben.

Bei Betrachtung der von der Kommune Charlottenburg geschaffenen Einrichtungen dürfen wir jedoch zweierlei nicht vergessen: einmal, daß in diesen Angaben nur ein kleiner Ausschnitt des umfangreichen Elends der Arbeiterklasse angeführt und helfend eingegriffen worden ist, und zum anderen, daß der Mitarbeit unserer Genossen im Charlottenburger Rathaus gar vieles von diesen fegendreichen, doch unzulänglichen Einrichtungen zu danken ist.

Die Arbeitsverhältnisse auf den städtischen Rieselgütern

haben kürzlich in mehreren Versammlungen der dort beschäftigten Arbeiter wieder erneut eine eigenartige Behandlung erfahren. Eine geradezu ungläubliche Rahnahme des Magistrats bildete da den Hauptgegenstand der Verhandlungen. Bis her erhielten die Deputatarbeiter neben ihrem Verlohn, der im Sommer 1,80 M. und im Winter 1,20 M. beträgt, und dem Naturallohn auch die volle Krankenfürsorge für ihre Familienangehörigen, die sowohl in Arzt und Medizin, als auch in Krankenhausbehandlung, Lieferung von Heilmitteln (Milch, Bandagen usw.) bestand. In diesem Jahre hat nun die Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin eine an sich sehr dankenswerte Familienunterstützung eingeführt, die aber vorläufig nur in Gewährung von Arzt und Medizin besteht. Verbunden mit dieser Ausdehnung der Krankenleistungen war auch eine Erhöhung des Krankenbeitrages. Da die Rieselgüterarbeiter ebenfalls dieser Betriebskrankenkasse angegliedert sind, kommen diese neuen Leistungen nunmehr auch für sie in Betracht. Diese Tatsache hatte aber auch den weiteren Effekt, daß die bisher von der Stadt gewährte Krankenfürsorge für die Familienangehörigen der Deputanten um die neuen Leistungen der Krankenkasse entlastet wurde. Auf diese Weise machte die Stadt Ersparnisse, welche infolge der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge zu Lasten der Arbeiter gingen. Man sollte nun meinen, daß die Stadt vernünftigerweise den so erparten Teil der Naturalleistungen in der Krankenfürsorge ohne weiteres durch eine Erhöhung des Verlohnes der Arbeiter auszugleichen hätte. Eine solche zwingende Logik ist aber der von „Arbeiterfreundlichkeit“ triefenden städtischen Verwaltung völlig fremd. Im Gegenteil: sie hat ihrerseits bis zum Ueberdruß betonten sozialen Einsicht geradezu die Krone aufgesetzt, indem sie den in Frage kommenden Rieselgüterarbeitern auch noch den Rest der bisher gewährten Familienkrankenfürsorge entzogen hat. Infolgedessen ist die ungläubliche Tatsache festzustellen, daß die für die Gesamtheit der städtischen Arbeiter zweifellos zweckmäßigere Einführung der Familienunterstützung in der Betriebskrankenkasse für die Deputatarbeiter der Rieselgüterverwaltung zu einer zweifachen Schädigung geführt hat. Sie haben nicht nur die bisher gewährte Naturalleistung an Krankenfürsorge für ihre Familien von ihrem Lohn vollständig eingebüßt, sondern sie müssen nunmehr auch den von der Krankenkasse gewährten Teil derselben durch eine etwa 20prozentige Erhöhung der Beiträge bezahlen. Das Verhalten der städtischen Verwaltung muß geradezu als sinnlos bezeichnet werden, demgegenüber man unbedingt verlangen muß, daß der durchaus berechtigten Forderung der Arbeiter, sowohl eine Erhöhung des Verlohnes als auch den von der Krankenkasse nicht übernommenen Teil der bisherigen Familienkrankenfürsorge zu gewähren, unter allen Umständen Rechnung getragen wird.

Herrschen, wie aus vorstehendem ersichtlich, schon bei der Gesamterwaltung der Rieselgüter sehr stark die Klären preukischer Junker vor, so ist dies nicht minder bei den Herren Administratoren auf den einzelnen Gütern der Fall, wie die nachstehenden Beispiele zeigen.

Auf den südlich Berlin gelegenen Rieselgütern besteht für die auf den Jahrdünen beschäftigten Arbeiter eine Arbeitszeit von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr, welche von einer 2- bis 2 1/2-stündigen Pause unterbrochen wird. Mit dieser wahrhaftig reichlich langen Arbeitszeit ist es aber meist noch nicht genug, sondern häufig werden auf längere Zeit täglich noch 1 bis 3 Ueberstunden verlangt, so daß diese Arbeiter dann nicht weniger als 15 bis 17 Stunden fronden müssen. In diesem Stande reißt sich aber dann noch die Tatsache, daß den Arbeitern für die unerhörte Ueberstundenshänderei wöchentlich, also für 6 bis 18 Stunden, sage und schreibe eine ganze Mark gezahlt wird.

In gleich unverantwortlicher Weise wird mit der Arbeitskraft in der Administration Großbeeren Raubbau getrieben. Der Inspektor des zu diesem Bezirk gehörenden Gutes Ruhlsdorf hatte während der Ernte den Arbeitern für das Mähen im Afford 7 Pf. pro Aar versprochen. Dem Administrator in Großbeeren, welcher die Löhne auszahlte, hatten die Leute aber anscheinend jubelnd und er reduzierte kurzerhand den versprochenen Lohn auf 5 Pf. pro Aar. Das Resultat dieser unverantwortlichen Preisdrückerei war, daß die Arbeiter im Afford ganze 10 Pf. mehr als ihren eigentlichen Tagelohn verdient hatten.

Wie gering Leben und Gesundheit der Arbeiter bei der Rieselgüterverwaltung im Werte stehen, zeigt folgender Vorfall, der sich in der Administration Hollenberg, nördlich von Berlin, zgetragen hat. Hier hat die Stadt Berlin auf dem weit ausgedehnten Gebiet der Rieselgüter umfangreiche Obstkulturen angelegt, die das willkommene Ziel für die Raubzüge der Obstdiebe sind. Infolgedessen ist den auf den Feldern tätigen Rieselwärtern durch den Administrator Verstoß die strenge Weisung erteilt worden, scharf gegen die Diebe vorzugehen, anderenfalls hätten die Rieselwärtler ihre Entlassung zu gewärtigen. Welchen Sinn eine derartige Drohung hat, erweist man schon daran, daß auf die Rieselgüter von 900 Morgen im Revier Bärnkersfelde im ganzen zwei bis drei Rieselwärtler Dienst tun, so daß sie nicht selten ganz allein einer ganzen Bande von Dieben gegenüberstehen und es unmöglich ist, durch Notsignale den außer Hörweite beschäftigten benachbarten Kollegen herbeizurufen. Aber auch sonst läßt die Rieselgüterverwaltung die Rieselwärtler vollkommen im Stich. So hatte Ende August ein solcher während seines Nachdienstes ein Rencontre mit Obstdieben zu bestehen. Anfangs gingen diese auf seine Aufforderung ruhig mit, fielen dann aber über ihn her und mißhandelten ihn aufs gräßlichste, um schließlich zu entfliehen. Der arg zugerichtete Rieselwärtler beantragte nun selbstverständlich, daß mit Rücksicht auf die ihm solchermaßen während des Dienstes zugefügten Beschädigungen die Infallmeldung sowohl als auch eine Strafangeize bei der Polizei gemacht würde. Dazu hatte aber offenbar der Herr Administrator keine Lust, denn er lehnte beides einfach ab und erklärte dem Arbeiter, er solle nur selbst zur Polizei und zum Amtsvorsteher in Schönhausen gehen, um den Infall zu melden. Natürlich schickte letzterer den Arbeiter wieder zurück mit dem Bemerkung, daß die Betriebsleitung verpflichtet sei, Infallanzeigen zu erstatten. Erst jetzt, nachdem der Verstoß stundenlange Wege zurückgelegt hatte, fiel es dem Administrator ein, daß es seine Pflicht war, die nötigen Schritte zu unternehmen. Aber auch jetzt noch unterließ er es, irgendwelche polizeiliche Ermittlungen in der Sache anzustellen. Die städtische Verwaltung bzw. ihre Vertreter verlangen also, daß die Arbeiter im Kampfe mit Obstdieben ihre Haut zu Markte tragen; man denkt aber gar nicht daran, ihnen konsequenterweise auch den nötigen Schutz angedeihen zu lassen. Die Stadtverwaltung sollte sich auch darüber klar sein, daß sie die Pflicht hat, durch Verstärkung der Wachtposten für die Sicherheit der Arbeiter in dem ihnen zugewiesenen schmerzlichen Dienste zu sorgen. Davon ist aber in der hier in Frage kommenden Administration nichts zu merken, sondern wie versichert wird, hält es der Herr Administrator nicht unter seiner Würde, bei den geringsten Unfällen die Rieselwärtler obendrein noch zu beschimpfen. Es dürfte am Platze sein, daß in der Deputation den angeordneten Zuständen einmal auf den Grund gegangen und mit aller Macht dahin gearbeitet wird, daß den vielfach lange Jahre im Dienste der Stadt stehenden Arbeitern der ihnen zulommende Schutz zuteil wird, nicht zuletzt auch gegen die Uebergriffe seitens impulsiver Vorgesetzter.

Gewerkchaftliches.

Der lästige Ausländer.

In dem Betrieb der Altonaer Automobil-Droschken-Gesellschaft legten am 5. d. M. 34 Chauffeurs die Arbeit nieder, weil die Direktion obiger Gesellschaft einen Chauffeur, dem ein kleines Versehen unterlaufen war, kurzerhand entlassen hatte. Der Chauffeur sollte einen Arzt aus dem Krankenhaus abholen, fuhr aber statt dessen aus Versehen vor dessen Wohnung hin, wodurch der Gesellschaft ein Schaden von 1,10 M. entstanden ist. Die Direktion weigerte sich, den Mann wieder einzustellen und warnte gleichzeitig vor einer Arbeitsniederlegung, weil eine solche dem Entlassenen nur gefährlich werden könnte, da er Ausländer sei. Die Chauffeurs legten trotzdem die Arbeit nieder und anderen Tages traf pünktlich ein, was die Direktion bereits angedeutet hatte.

Unterm 6. September erhielt nämlich der Chauffeur Plato folgendes Schreiben der Altonaer Polizeibehörde:

„Polizeiamt J.-Nr. VII 1697 Ausl.“

Altona, den 6. September 1911.

Da Sie bestraft, lästig gefallen und aus Hamburg verwiesen sind, wird Ihnen als Ausländer der fernere Aufenthalt im preussischen Staatsgebiete hiermit untersagt und Ihnen unter Androhung einer Geldstrafe von 30 M. eventuell entsprechender Haft aufgegeben, dasselbe binnen 24 Stunden nach Zustellung dieser Verfügung zu verlassen.

Die Rückkehr in das preussische Staatsgebiet ohne Erlaubnis wird nach § 801 des Reichsstrafgesetzbuches mit Haft bestraft.

Die im Schreiben angeführte „Verstrafung“ bestand darin, daß Plato als Altonaer Kraftdroschkenführer mit einigen Straßmandanten bedacht worden war, wegen Aufnahme von Fahrgästen auf Hamburger Gebiet, und auch dieserhalb aus der „freien Stadt Hamburg“ verwiesen war.

Ob nun durch eine Anzeige des Herrn Direktors oder durch die Demunziation des „Hamburger Fremdenblattes“, welches in seiner Nr. 209 eine Notiz über den Streik brachte und dabei u. a. bemerkte, „daß die Direktion einen Chauffeur, einen Schweden, entlassen hätte, der mehrfach zu ernstlichen Klagen Anlaß gegeben hätte“, die Polizeibehörde scharf gemacht hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Der Streik wurde auf Grund des famosen „Eingreifens“ der Polizeibehörde am 7. September aufgehoben, da durch die Androhung derselbe gegenstandslos geworden war. Die Streikenden beschloßen jedoch, die gesamte Streikunterstützung dem Ausgewiesenen zu übermitteln.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Elektromonteurs und Helfer ist beendet.

Die letzte Streikversammlung der Elektromonteurs und Hilfsmonteurs fand am Freitag mittag im „Englischen Garten“ statt. Otto Handke berichtete, daß auch mit den Siemenswerken sowie mit Gebauer u. May eine Einigung zustande gekommen ist, so daß bei diesen Firmen die Arbeit unter besseren Bedingungen und ohne daß Maßregelungen zu fürchten sind, wieder aufgenommen werden konnte. Daburch ist die Zahl der Streikenden fast zusammengeschnitten und nur etwa 20 Mann, die sich auf die 4 Firmen Opiß, Machof u. Rarter, Denning und Küffer verteilen, sind übrig geblieben. Dem Antrage der Streikleitung, den Streik vom Montag ab als beendet zu erklären, stimmten die Versammelten zu. Für die letzten der Streikenden tritt die Organisation nach Maßgabe der statutarischen Bestimmungen des Verbandes ein, soweit sie nicht anderweitig Arbeit finden, was bei dem jetzigen Bedarf an guten Elektromonteuren nicht lange dauern dürfte. Handke betonte in seiner Schlussrede, daß die Streikenden sich tapfer gehalten haben und den jetzt beendeten Kampf als einen Aufmarsch betrachteten müßten, um die gesteckten Ziele, zu denen sie diesmal nicht gelangen konnten, später zu erreichen.

Die Ausgesperrten der Firma Schneider versammelten sich am Freitag morgen wieder in den Vorussälen, Adersstraße, um den Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion des Werkes zu hören. Ein bestimmtes Resultat wurde nicht erzielt, wie Handke berichtete. Die Direktion nimmt einen ablehnenden Standpunkt ein und erklärt, daß für sie die Angelegenheit beendet sei, da ihr genügende Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. Trotzdem wurde erzählt, daß eine Anzahl der Arbeitswilligen wieder entlassen worden sei. Die Ausgesperrten wurden von Handke aufgefordert, sich zusammenzuhalten und der Direktion nicht die Genugtuung zu bereiten, einzeln um Arbeit anzusprechen. Die Organisation wird für die erste Unterstützung sorgen. Zu Verhandlungen im Interesse des Friedens sind die Ausgesperrten jederzeit bereit.

Die Lohnbewegung der Kupferschmiede.

Nachdem der Verband der Kupferschmiede seine Forderungen den Unternehmern eingereicht hatte, beschloßen die organisierten Unternehmer, die Forderungen abzulehnen. Zur Begründung der Ablehnung wird gesagt, die gegenwärtigen Löhne der Berliner Kupferschmiede seien höher wie die Löhne in anderen Orten, und wenn in Berlin der Lohn erhöht werden sollte, so würden die Meister der auswärtigen Konkurrenz nicht mehr standhalten können. Das Gewerbe würde dem Ruin entgegengehen. Trotz dieser ablehnenden Haltung hat aber am vergangenen Dienstag eine Vertretung der Meister mit den Vertretern des Verbandes der Kupferschmiede verhandelt. In einer Vertrauensmännerversammlung dieses Verbandes, die am Donnerstag stattfand, erstattete Kühne Bericht über die Verhandlung. Die Forderung, den im Jahre 1908 festgesetzten Mindestlohn von 62½ Pf. auf 75 Pf. zu erhöhen, ist den Meistern gegenüber eingehend begründet worden. Es wurde nachgewiesen, daß von den 132 Kupferschmieden, die für diese Bewegung in Frage kommen, 117 schon jetzt Stundenlöhne von 64 Pf. und darüber bekommen, und daß der Durchschnittslohn dieser 117 sich auf 68½ Pf. beläuft. Nur junge Gesellen, die noch nicht länger wie 2 Jahre ausgelernt haben, erhalten weniger wie 64 Pf. Da der Mindestlohn von 1908 schon damals hinausgegangen ist, so erscheint die geforderte Lohnerhöhung durchaus nicht beträchtlich. — Bei den Verhandlungen ist vorläufig noch nichts herausgekommen. Einem Vorschlage der Verbandvertreter entsprechend, werden die Meister einen Entwurf aufstellen, aus dem ersichtlich ist, wie weit sie den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen bereit sind. Sobald der Entwurf vorliegt findet eine neue Verhandlung der beiderseitigen Vertreter statt, über deren Ergebnis dann die Vertrauensmänner bzw. die Verbandsversammlung zu entscheiden hat.

Zuschinderverband, Jahreshelle Berlin. Die Differenzen bei der Firma H. Lohbaum, Alexandrinenstraße 97, sind beigelegt. Die Eperte ist aufgehoben. Die Ortsverwaltung.

Vom Streik bei Stiller ist zu berichten, daß es der Firma gelungen ist, 2 Leute, die soeben von außerhalb zugereist sind, als Arbeitskräfte anzunehmen. Ein Herr Julius Goldstein, gewerkschaftlicher Stellvertreter, Alexanderstraße 33, sucht mehrere Hausdiener, Radfahrer usw. für die Firma Stiller. Alle anderen Bezugsquellen haben anscheinend versagt. Da der Firma kein gewerbliches Personal zur Verfügung steht, werden Pakete usw. in Autodroschken unter Begleitung der sogenannten Streikproletarier befördert. Deutscher Transportarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Unternehmeraufstand.

Worauf ein Unternehmer schnell zu antworten weiß und worauf er keine Antwort findet, zeigt ein Briefwechsel, den die Verantw. Redakt.: Richard Barts, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Verwaltung Oberwalde des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit der Firma Arbeit u. Söhne geführt hat. Vor längerer Zeit wurde von ihr festgestellt, daß die Lehrlinge unter 16 Jahren fortgesetzt länger als 10 Stunden pro Tag beschäftigt wurden. Ausgehend von der Auffassung, daß vielleicht untergeordnete Betriebsorgane zu dieser Gesetzesübertretung Veranlassung gegeben hätten, ersuchte der Bevollmächtigte der Verwaltung, Genosse Ullm, durch Brief vom 25. Juli, die Firma, für Abstellung dieser Gesetzesübertretung zu sorgen, die auch sofort zugesagt, aber nur von einer neuen, schlimmeren Gesetzesübertretung, der Nacharbeit für diese jugendlichen Personen, abgelöst wurde. Ein erneuter Hinweis des Genossen Ullm hatte zur Folge, daß endlich dem Gesetz Geltung verschafft wurde; doch soll auch jetzt noch ein Lehrling, der erst zu Oftern konfirmiert worden ist, mit Nacharbeit beschäftigt werden, worauf wir das Augenmerk der berufenen Behörden lenken wollen, die in Oberwalde weder Auge noch Ohr für solche Gesetzesübertretungen zu haben scheinen.

Auf diese beiden Eingaben wußte, wie gesagt, die Firma postwendend zu antworten. Anders auf eine Zuschrift, worin dieselbe Verwaltung im Auftrage der dort beschäftigten Arbeiter die Firma ersuchte, die sehr niedrigen Löhne etwas zu erhöhen. Nach 10 Tagen teilte die Firma mit, daß ihr Bestreben dahin ginge, sich zufriedene Mitarbeiter zu sichern. Eine neuerdings auf diesen salomonischen Bescheid in derselben Angelegenheit am 6. September an die Firma gerichtete Zuschrift, die als dringlich bezeichnet wurde und worin die Verwaltung sich zu Verhandlungen bereit erklärte, hat heute bei der Firma ihrer Erledigung. Sie hat plötzlich die Sprache verloren. Sie glaubt, daß 30- bis 40jährige Schlosser bei dem gewaltigen Verdienst von 40 Pf. pro Stunde allen Grund zur Zufriedenheit haben. Trotz der Zusicherung der Firma sind aber die Arbeiter der Meinung, daß ihre Zufriedenheit nur durch einen genügenden Lohn erreicht werden kann, zu dem sie bei solchen Verdiensten leider nicht kommen können.

Die Glasergehilfen in München haben den Glasermeistern eine Tarifvorlage unterbreitet. Die Innungstraiter, die meist ohne Gehilfen und mit Lehrlingen wucheln, lehnten es ab, mit der Organisation in ein Tarifvertragsverhältnis zu treten. Dagegen erklärten sich die im Arbeitgeberverband vertretenen Glasermeister zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit, wenn neben einem Minimallohn auch eine Mindestleistung im Vertrage ausgenommen werde. Vor dem Einigungsamt wurden unter dem Vorsitz des Gerichtsdirektors Dr. Prentner nach mehrstündiger Verhandlung unter Zugrundelegung einer Mindestleistung folgende provisorische Vereinbarungen getroffen: Die wöchentliche Arbeitszeit wird um eine Stunde vergrößert. Vertragsdauer bis 1. April 1915. Die bestehenden Löhne werden sofort um 4 Pf. pro Stunde, ab 1. September um weitere 2 Pf. pro Stunde erhöht. — Die beiderseitigen Kommissionen werden diese Vereinbarungen nunmehr ihren Vollversammlungen zur Genehmigung unterbreiten.

Ausland.

Rechtsgültige Verurteilung der Straßenbahngesellschaften von Kopenhagen-Frederiksberg.

Bei den erfolglosen Verhandlungen zur Beilegung des Straßenbahnerstreiks Mitte August stellten die Vertreter der Gesellschaften und der dänischen Arbeitgebervereinigung das Ansuchen an die Streikenden, daß sie kontraktlich auf ihr freies Koalitionsrecht verzichten, und sich gleichzeitig damit einverstanden erklären sollten, daß ihnen von ihrem Lohn nach und nach 300 Kronen abgezogen wurden, um als Garantiesumme dafür zu gelten, daß sie die Gesellschaften nie mehr durch Streikaktionen in Verlegenheit bringen wollten. Es sollte sich also jeder der Angestellten bei Strafe des Verlusts der obigen Summe verpflichten, unter keinen Umständen mehr in den Streik zu treten. Die Angestellten konnten darauf natürlich nicht eingehen. Ueberdies bedeutet das Verlangen des Unternehmertums einen Bruch des Septemberübereinkommens vom Jahre 1899, das noch immer die Rechtsgrundlage für Arbeitsfreiheiten in Dänemark bildet und in dem das Koalitionsrecht sowie das Streik- und Aussperrungsrecht der Arbeiter bzw. der Arbeitgeber ausdrücklich festgelegt ist. Der Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften hatte denn auch bei dem permanenten Schiedsgericht Klage gegen die Arbeitgebervereinigung und die Straßenbahngesellschaften erhoben. Das Urteil ist jetzt gesprochen und lautet in seinem Schlusse:

„Die Frederiksberg Straßenbahn- und Elektrizitätsgesellschaft sowie die Aktiengesellschaft Lyborg-Klampenborg Straßenbahnen haben dadurch, daß sie den organisierten Arbeitern gegenüber an Forderungen festhielten, die die Arbeiter verhindern sollten, einer Aufforderung zur Arbeitsniederlegung seitens ihrer kompetenten Organisationen nachzukommen, einen Bruch des § 2 des Septemberübereinkommens begangen.“

Die Kosten des Verfahrens trägt die Dänische Arbeitgeber- und Meistervereinigung im Rahmen der beiden genannten Straßenbahngesellschaften in der Höhe von 100 Kronen.“

Die beiden Straßenbahngesellschaften sind also verurteilt, und in dieser Verurteilung liegt gleichzeitig auch die Anerkennung der Berechtigung des Streiks. Das Schiedsgericht hat von der Festsetzung einer Geldbuße, zu der es auf Grund des Schiedsgerichtsgesetzes von 1910 berechtigt ist, Abstand genommen. Den schuldigen Teil zu Schadenersatz zu verurteilen, ist das Schiedsgericht nicht kompetent, die Streikenden werden jedoch derartige Forderungen gegenüber den Gesellschaften jetzt bei den ordentlichen Gerichten geltend zu machen suchen, und da das Schiedsgericht bereits einem Unternehmer einen Schadenersatz von 4000 Kronen zugesprochen hat, weil seine Arbeiter unter Bruch des Septemberübereinkommens in den Streik getreten waren, so darf man wohl annehmen, daß hier, wo der Bruch jenes als rechtsgültig anerkannter Übereinkommens auf Seiten des Unternehmertums liegt, auch der Schadenersatz der Angestellten als berechtigt anerkannt werden muß.

Der Streik der Straßenbahner wird übrigens auch sonst eine immer größere Rolle in Prozessen zur Folge haben. Außer den früher bereits erwähnten Massenklagen der Streikbrecher gegen „Socialdemokraten“ und die Gewerkschaften, zu denen noch weitere 99 wegen Veröffentlichung von Streikbrechernamen hinzugekommen sind, hat man jetzt auch damit zu rechnen, daß die Streikenden auf gerichtlichem Wege gegen ihre Verleumder vorgehen. Es sind nicht weniger als 350 Verleumdungsklagen der Streikenden gegen „Berlingske Tidende“ und „Nationaltidende“ in Vorbereitung, zwei reaktionäre Blätter, die sich in der Beschimpfung der organisierten Arbeiterschaft besonders hervorgetan haben.

Der Generalstreik in Bilbao.

Von der Regierung wird eine strenge Telegraphenzensur geübt. Es ist deswegen schwer, ein Bild von der wirklichen Lage zu bekommen, da man ganz auf die offiziellen Schwindelnachrichten im Stille der bekannten Kriegsberichte aus Madrid angewiesen ist. Alle diese Meldungen sind natürlich mit der größten Vorsicht anzunehmen. Wir lassen einige derselben folgen:

Madrid, 15. September. Es wird amtlich bekanntgegeben, daß der Zustand in den Grubengebieten von Langreo und Rieros beendet ist.

Aus Bilbao wird gemeldet, die Ausständigen haben die Eisenbahnen an verschiedenen Punkten unterbrochen, die Arbeitswilligen mit Steinen beworfen und an den Arbeiten zur Wiederherstellung der Bahnlinien gehindert, sowie die Telephon- und Telegraphenlinien unterbrochen. — Es ist auch gestern zu Zusammenstößen zwischen den Ausständigen und Gendarmen gekommen. Es fehlt an Brot. Aus San Sebastian wird gemeldet, daß sich die Arbeitervereine dafür entschieden haben, von heute an den Ausstand in Bilbao zu unterstützen.

Bilbao, 15. September. Der Zugverkehr auf der Linie Santander-Portugalete ist unterbrochen. Ständig patrouillieren Soldaten des Forts durch die Straßen und treiben Ansammlungen mit blanker Waffe auseinander. Die Streikenden versuchen eine bei Pampallo belegene Brücke mit Dynamit in die Luft zu sprengen.

Bei den gemeldeten „Sprengungen“ von „Eisenbahnbrücken“ handelt es sich um die Beseitigung kleiner Stege, über welche die Kleinspurgleise der Grubenbahnen gelegt sind. Zur regulären Sprengung von Brücken braucht man natürlich Vorbereitungen, welche die Arbeiter unter den Augen der Soldaten gar nicht treffen könnten. Man hat schon daran einen Maßstab dafür, was man von den offiziellen Darstellungen zu halten hat.

Gerichts-Zeitung.

Erinnerungen an eine 19 Jahre zurückliegende graulige Morbidt erweckte eine Verhandlung, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Lampe die 2. Strafkammer des Landgerichts I beschaffigte. Wegen gemeinschaftlichen Diebstahls waren der Arbeiter Otto Neukam und der Hausdiener Franz Wausdorf angeklagt. — Der Angeklagte Neukam ist schon mehrfach vorbestraft, darunter wegen Raubmordes mit 15 Jahren Gefängnis. Im Mai des Jahres 1892 wurde die in der Gartenstraße 53 wohnhaft gewesene Postkassierersfrau Karoline Mangel ermordet aufgefunden. Einige Zeit darauf wurde der jetzige Angeklagte Neukam, der damals 17 Jahre alt war und der 18jährige Stukkateurlehrling Wagenschütz mit mehreren anderen jungen Burschen bei der Verübung eines Einbruchs abgefaßt. Neukam und Wagenschütz wurden von ihren Komplizen des Mordes an der Frau Mangel bezichtigt und legten schließlich ein Geständnis ab. Beide wurden f. Z. von der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rath als Jugendliche zu der höchst zulässigen Strafe von je 15 Jahren Gefängnis verurteilt. — Nach Verbüßung der 15 Jahre Gefängnis hielt sich Neukam einige Zeit von jeder Straftat fern, bis er aber jetzt wieder den Weg des Verbrechens betrat. Er verband sich mit dem bei der „Berliner Plan- und Sackfabrik“ in der Münzstraße beschäftigten Mitangeklagten Wausdorf und veranlaßte diesen, mehrere hundert Schlafdecken und Pläne zu stehlen, während er selbst mit einem geliebten Fuhrwerk auf der Straße wartete und die Beute in Empfang nahm. Die beiden Diebe wurden dann am nächsten Tage, als sie die Decken verkaufen wollten, in einem Lokal in der Oberbergstraße verhaftet. — Das Gericht erkannte wegen gemeinschaftlichen Diebstahls auf je 1½ Jahren Gefängnis. Neukam, der sich auf freiem Fuße befand, wurde wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Sonntagsverordnung gegen sozialdemokratische Flugblattverbreiter.

Auf Grund der Kabinettsorder vom 7. Februar 1897 (in den neueren Provinzen Geseh vom 9. Mai 1892) sind in allen preussischen Provinzen Verordnungen der Oberpräsidenten über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage, welche u. a. an Sonn- und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten verbieten, erlassen worden. So auch in der Provinz Sachsen die Verordnung vom 27. Oktober 1905. Steiner, Reinsch und eine Anzahl weiterer Genossen aus Halle a. S. sollten die Vorschriften dadurch übertreten haben, daß sie in Halle sozialdemokratische Flugblätter am Sonntag, den 22. Januar 1911, verteilten.

Das Landgericht Halle als Berufungsinstanz verurteilte sie auch zu Geldstrafen, weil sie Sonntags verbotswidrig eine öffentliche bemerkbare Arbeit verrichtet hätten. Es erachtete zunächst für festzustellen, daß die Angeklagten mit nichtverhüllten Päckchen Flugblättern über dem Arm oder in der Hand von Haus zu Haus gegangen seien und dann die Flugblätter in den Häusern so verteilt hätten, daß die Blätter in die Briefkästen der Wohnungen gesteckt oder auch auf den Korridoren niedergelegt worden seien. Dann führte das Gericht aus: Zweifellos habe es sich um eine Arbeit gehandelt, denn die Tätigkeit der Angeklagten sei mit einer gewissen Körperlichen Anstrengung verbunden gewesen. Das Gehen von Haus zu Haus und besonders das Steigen von Stockwerk zu Stockwerk sei eine solche Kraftanstrengung. Diese Kraftanstrengung sei auch öffentlich in die Erscheinung getreten, denn es hätte von einem größeren Kreise beobachtet werden können, wenn die Leute mit den Blättern über dem Arm von Haus zu Haus gingen.

Die Angeklagten legten Revision ein und machten namentlich geltend, daß es doch nicht als eine Arbeit angesehen werden könne, wenn man unentgeltlich im parteipolitischen Interesse Flugblätter verbreite, wie es hier der Fall gewesen sei.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Angeklagten mit folgender Begründung: Polizeiverordnungen, welche öffentlich bemerkbare Arbeiten an Sonn- und Feiertagen verbieten, fänden ihre rechtliche Grundlage in den alten preussischen Provinzen in der Kabinettsorder vom 7. Februar 1837 und in den neueren Provinzen im Geseh vom 9. Mai 1892. Sie seien rechtsgültig. Die Verordnung hier sei auch mit Recht angewendet worden. Eine Arbeit sei eine mit einer gewissen Kraftanstrengung verbundene Müheleistung, ganz gleich, ob sie im parteipolitischen Interesse ohne Entgelt geübt werde. Daß eine Arbeit, nämlich eine mit einer gewissen Kraftanstrengung verbundene Tätigkeit, vorliege, sei aber ohne Nachsicht festzustellen. Bedenklich sei nur der Umstand, worin auch von der Anstrengung beim Steigen von Stockwerk zu Stockwerk die Rede sei. Dieses Steigen von Stockwerk zu Stockwerk hätte die Strafkammer nicht berücksichtigen dürfen, weil diese Tätigkeit nicht in der Öffentlichkeit vorgenommen sei. Dies Bedenkliche habe aber nicht zur Aufhebung des Urteils führen können, weil das Urteil auch die Feststellung enthalte, daß, ganz abgesehen vom Steigen im Hause, eine gewisse Anstrengung beim Austragen der Flugblätter von Haus zu Haus abgewandt habe und hierbei öffentlich in die Erscheinung getreten sei. Das genüge schon zu der Annahme einer öffentlich bemerkbaren Arbeit. Es rechtfertige sich deshalb die Verurteilung.

Letzte Nachrichten.

Eine zweijährige Muttermörderin.

Budapest, 15. September. (Pr. Tel.) In Ragyar-Gheped wurde ein zweijähriges Kind zur Muttermörderin. Das zweijährige Mädchen Rita Jsurkuc, das im Bett bei der schlafenden Mutter lag, bemächtigte sich eines auf dem Nachtschischen liegenden Revolvers des Vaters und spielte damit. Die Waffe ging los und die Kugel tötete die Mutter.

Hungerrevolte.

Frag, 15. September. (B. D.) Nach hier vorliegenden Meldungen finden in Neu-Pala und Piepen große Straßenkämpfe gegen die Lebensmittelhändler statt. Diese wurden täglich angegriffen und mußten flüchten.

Ein Dorf in Flammen.

Brüssel, 15. September. (B. T. B.) In dem Dorfe Giermont-Thimixer bei Verbois ist ein Feuerbrand ausgebrochen. Bis um 4 Uhr nachmittags sind über zehn Wohnhäuser abgebrannt.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Fünfter Tag.

Vormittagsführung.

Dienstag, den 15. September. (Fig. Ver.)

Die Tribünen sind überfüllt. Vorsitzender Leber eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt

Klara Zetkin

mit, daß in New York die Genossin Arch. Kraner verstorben ist. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Sie war ein Kind des Volkes aus Deutschland und gehörte unter dem Ausnahmefall zu den ersten Frauen mit, die organisierend und agitierend unter die Massen des weiblichen Proletariats hinausgegangen sind. Sie wurde von den Stürmen des Ausnahmegesetzes nach New York getrieben und gehörte dort zu den tätigen und geachtetsten Agitatoren der deutschen Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten. Sie gründete dort nach deutschem Muster eine zentralisierte deutsche Frauenbewegung, die in bezug auf Grundsätze und Taktik auf dem Boden unserer Bewegung steht. Sie haben sich in Anerkennung der Verdienste der Genossin von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Dann folgt das Referat über

Die Reichstagswahlen.

August Bebel:

Bevor ich auf mein Referat eingehe, bin ich genötigt, meinen geistigen Ausführungen eine kleine Verichtigung zuteil werden zu lassen. Ich hatte anlässlich der Darstellung der Vorgänge auf dem internationalen Kongress bezüglich der Militärkommission angegeben, daß die Franzosen in ihren verschiedenen Fraktionen sich für den Waffenstreik im Kriegsfall erklärt hätten. Das war ein Irrtum von mir. Die Russen hatten sich in der Kommission auf das allerentschiedenste dagegen erklärt, sie haben für unsere Resolution gestimmt und gleichzeitig waren es die österreichischen Genossen unter Führung Dr. Adlers, die im gleichen Sinne gewirkt haben. So wurde in der Subkommission mit 8 gegen 4 Stimmen die deutsche Resolution angenommen, und schließlich mit großer Mehrheit im Plenum der Kommission und im Plenum des Kongresses.

Parteienossen! Der im Januar 1907 gewählte Reichstag geht nunmehr seinem Ende entgegen, und wenn nicht alles täuschlich, und wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, die eine Verschiebung der Wahlen aus irgendeinem Grunde herbeiführen, dann dürften die Wahlen in der ersten Hälfte des Jahres, also in genau vier Monaten, stattfinden. Man will dann, wie ich aus sehr guter Quelle gehört habe, in der zweiten Hälfte des Jahres die Stichwahlen vornehmen, und man glaubt, Anfang Februar, jedenfalls in den ersten Tagen, den neuen Reichstag berufen zu können.

Der jetzt bestehende Reichstag hat ein tragisches Geschick erlebt. Bekanntermaßen fanden die Wahlen unter der Parole statt: Gegen Sozialdemokratie, Zentrum und Polen! Diese drei Fraktionen hatten bei der Abstimmung am 13. Dezember 1906 in der zweiten Lesung über eine geforderte Summe für den Kriegsetat für Südwestafrika sich dagegen erklärt und mit ein oder zwei Stimmen die Vorlage zur Ablehnung gebracht. Es war zweifellos, daß wenn es zur dritten Lesung gekommen wäre — das hatte der Redner des Zentrums hinlänglich deutlich angezeigt —, die Position im Sinne der Regierung entschieden worden wäre. Aber es hatte sich mittlerweile im Reichstage eine Konstellation gebildet, die um jeden Preis den Bruch herbeiführen, die auflösen wollte, weil man hoffte, daß man durch die Auflösung eine neue, der Regierung günstigere Zusammensetzung des Reichstages herbeiführen würde. Und in der Tat gelang es. Ich habe ja vom Jahre 1867 an alle Wahlen zum norddeutschen und deutschen Reichstag mitgemacht, und ich muß sagen, soviel auch an Druck von Regierungsseite und von Seiten von Unternehmern immer vorgekommen ist, ein solcher Druck, wie bei diesen Wahlen ist noch niemals ausgeübt worden. Selbst zu Bismarcks Zeiten fand nicht ein Druck in ähnlichem Maße statt. Vom Minister bis zum Nachwächter wurde alles gegen uns mobil gemacht, und so war der Erfolg, daß wir zwar einen Stimmenzuwachs von einer Viertelmillion Stimmen hatten, aber 88 Mandate verloren, daß wir von 79 bis auf 43 zurückgingen. Großer Jubel erhob sich, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen internationalen bürgerlichen Welt. Die Hoffnung wurde ausgesprochen, als sei die Sozialdemokratie jetzt völlig unterdrückt und ihr Ende nahe. Als ich in einer der ersten Sitzungen des Reichstages das Schicksal des Dönnertottenblodes, wie wir ihn nannten, charakterisierte und das Jiat brauchte:

„In den Ocean schiffte mit tausend Ratten der Jüngling, Stüll auf getretetem Kahn lehrte in den Hafen der Greis, da lachte alles und man rief mir zu, das treffe auf mich zu. (Heiterkeit.) Na, die Dinge haben einen anderen Verlauf genommen. Der Dönnertottenblod ist in Trümmer gegangen und sein Erzeuger, der Fürst Bülow, wandelt heute trauernden Blickes an den Ufern des Tiber, ihn schmerzt tief das Geschick, das ihn ereilt. Sein anderes Ich, Derenburg, hat es vorgezogen, ebenfalls aus dem Amt zu scheiden, er sitzt heute auf seiner Villa in Grünwald und wird weidlich gequält durch unsere neuen Landbesitzer, die Schwarzen (Heiterkeit), die dort in einer Truppe Vorstellungen geben, und ihm dabei nicht nur die Tagesruhe, sondern auch die Nachtruhe rauben. (Heiterkeit.) Ich habe ihm das weidlich gegönnt. (Erneute Heiterkeit.)

Wer am 25. Januar 1907 in Berlin war, war Zeuge des majestätischen Jubels, der alle bürgerlichen Kreise erfasste, als die Wahlergebnisse bekannt wurden. In ungeheuren Scharen zogen sie zum Fürsten Bülow, und obgleich keine Versammlung unter freiem Himmel erlaubt war, fand doch eine statt, in der Fürst Bülow eine Rede hielt. Und von da ging es zum Kaiser, der eine Ansprache hielt, in der er das bekannte Wort aus dem „Bringen von Pomburg“ zitierte:

„Was kümmert Dich die Regel, nach der der Feind sich schlägt. Wenn er nur nieder vor Dir mit allen seinen Fahnen sinkt. Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste. Die Kunst geht lernen wir ihn zu besiegen und sind gewillt, sie fürder auch zu üben.“

Es kam anders. Die Auflösung des Reichstages stand ja einen Augenblick in Frage, damals als die Finanzreform des Fürsten Bülow abgelehnt wurde. Damals trat man an den Kaiser wegen der Auflösung heran, da soll der hohe Herr gesagt haben:

„Ich traue mich nicht!“

Jedenfalls hatte er gemeckt, daß die Stimmung mittlerweile eine total andere geworden war; die Nachwahlen hatten gezeigt, daß die Sozialdemokratie nicht tot

war, daß die Niedergelassenen lebten. Ein Sieg nach dem anderen wurde erlitten; wir eroberten mehr Mandate als alle bürgerlichen Parteien zusammen, und heute stehen die bürgerlichen Parteien schlotternd vor der Aussicht, die ihnen die nächsten Wahlen bieten. (Sehr richtig!) Derselbe Jubel in anderen Kreisen. Der katholische König von Sachsen erinnerte sich plötzlich eines Wortes des Protestantischen Ulrich von Gütten: „Es ist eine Lust zu leben!“ rief er aus. (Heiterkeit.) 1903, als von den 23 sächsischen Mandaten 22 von uns erobert wurden, sang es freilich ganz anders. König Eduard fandte telegraphische Glückwünsche an

den Kaiser, der Kaiser von Oesterreich gratulierte, kurz: die Internationale der Fürsten nahm gegen die Internationale der Arbeiter Stellung. (Heiterkeit.) Und nun gar der Jubel im liberalen Lager! Jahrzehnte hatten die armen Schächer gelämpft, um endlich einmal ein bürgerliches Regierungskollegium zu erlangen. Endlich fing die Regierungsförone an, ihnen zu leuchten; Bülow war bereit, sie in den Dönnertottenblod aufzunehmen — allerdings eine sehr wunderbare Gesellschaft. Jeder vernünftige Mensch hätte sich sagen müssen, daß das eine Mißgeburt war, eine Zusammenschweißung von Elementen, die unmöglich zusammenhalten konnten, weil die Interessengegenstände viel zu groß waren. (Sehr richtig!) Der Bülowblod ist ja auch in die Brüche gegangen, an seine Stelle ist der schwarz-blaue Blod getreten. Ganz mit Recht, denn der schwarz-blaue Blod ist in Wahrheit homogener. Er gehört seiner ganzen Natur nach zusammen. In der Sozialpolitik, in der Agrarpolitik, in der Gewerbepolitik, in der Steuerpolitik, in der Verkehrspolitik, in Schul- und Kirchenfragen, in Militärfragen, im Kampf gegen Kunst und Wissenschaft besieht volle Gemeinschaft der Interessen und Anschauungen zwischen Zentrum und Konservativen. Die gehören ihrer Natur nach zusammen, und wenn sie erst jetzt zusammengekommen sind, so, weil die Ursachen, die seinerzeit den Kulturkampf traurigen Angebens hervorgerufen haben, verschwunden sind. Ich habe schon anfangs der siebziger Jahre, als der Kulturkampf entbrannte, in meiner Rede gegen das Jesuitengesetz gesagt: Ihr werdet das Gegenteil erreichen; statt das Zentrum zu schwächen, werdet ihr es stärken.“ Und in der Tat ist ja auch das Zentrum groß geworden, nicht nur trotz des Kulturkampfes, sondern gerade wegen des Kulturkampfes. (Sehr richtig!) Der hat ihnen die Massen zugeführt, und noch heute sehen wir, daß, wenn es die wandelnden Massen an seine Fahne fesseln will, sofort die Kulturkampffahne hervorgeholt wird. Dann heißt es: die katholische Kirche ist in Gefahr, die Religion ist in Gefahr. Dann werden die alten Schlagworte hervorgeholt, an die kein denkender Katholik mehr glaubt, und diejenigen, die die Fahne hervorholen, erst recht nicht. (Heiterkeit und Sehr gut!) Denn sie wissen, daß die katholische Kirche sich heute in Deutschland außerordentlich mäßig fühlt, und einige Führer haben ja auch offen erklärt:

So gut, wie es uns im Deutschen Reich geht, geht es der katholischen Kirche nirgends!

Man braucht ja nur auf das katholische Frankreich, auf das katholische Portugal, vielleicht auch auf Spanien hinzuweisen, um die Unterschiede zu erkennen. (Sehr richtig!) Rein, der Kulturkampf ist alle; er wird nur ab und zu hervorgeholt, um die wandelnden Massen an die Fahne des Zentrums zu fesseln. Die Massen wanden in der Tat, womit ich nicht etwa sagen will, daß der Sturm sehr bald kommt, dazu ist das Zentrum zu fest; aber sein Verbalten im Reichstage wird in der weiteren Entwicklung zu seinem Sturz beitragen.

Wie sich nun die Dinge entwickelt haben und wie uns der schwarz-blaue Blod heute als geschlossene Mehrheit des Reichstages gegenübersteht,

ist es ganz selbstverständlich, daß wir alles aufbieten müssen, um den schwarz-blauen Blod zugrunde zu richten, um seinen Einfluß im Reichstage zu vermindern. Dabei befolgt das Zentrum eine ganz widersprechende Taktik. Es ist die grundsätzlicste Partei, die es gibt. Sie hat gar keine Prinzipien, sie treibt einfach Zweckmäßigkeitspolitik. (Sehr richtig!) Das Zentrum tut heute genau das Gegenteil von dem, was es gestern getan hat, wenn ihm das Rechte bringt. Es tritt in Bayern im Bunde mit der Sozialdemokratie für das allgemeine Stimmrecht ein, es fordert in Baden das allgemeine Wahlrecht und es ist

in Preußen und Hessen der entschiedenste Gegner des allgemeinen Wahlrechts.

Seine einzelnen Glieder in den Staaten und Ländern richten sich ganz und gar nach dem Augenblick und seinen Möglichkeiten und Vorteilen, und man fragt gar nicht danach, ob Grundsätze und alte Anschauungen dabei zugrunde gehen.

Das Bündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Bayern war so regelrecht abgeschlossen, wie es regelrecht nicht zwischen zwei Parteien abgeschlossen werden kann. (Sehr richtig!) Da nach der ganzen Natur der Entwicklung sich das Zentrum in den nächsten Wahlen mit aller Vehemenz und allen schiefen Mitteln, die ihm im reichlichsten Maße zur Verfügung stehen und die es ohne jede Gewissensstrupel anwendet, denn in der nächsten Weichte absolviert ja schließlich der Papst (Heiterkeit), da es sich also mit aller Kraft auf Euch (zu den bayerischen Delegierten) stützen wird, gilt es, gerade an dieses Bündnis zu erinnern. Es war der

gegenwärtige Erzbischof von München,

der 1903 mit unserem inzwischen leider verstorbenen Genossen Franz Joseph Ehrhardt im Dom zu Speyer und an möglichst ruhiger Stelle, unter den Kaisergräbern (Heiterkeit), die Vereinbarungen für die nächsten Landtagswahlen traf, und sie sind auch durchaus eingehalten worden. In jeder Volksoberammlung, wo Ihr dem Zentrum gegenübertrtet, müßt Ihr ihm diesen Paß, den es nicht wegleugnen kann, unter die Nase reiben. Es sind heute noch Zeugen dafür da, wenn auch Veruche gemacht worden sind, das Bündnis wegzustreiten. Der Erzbischof von Vettinger ist heute einer der ärgsten Hasser der Sozialdemokratie (Sehr wahr!); nehmt das wahr, nicht das aus; ich meine, die katholischen Köpfe müßten noch etwas härter sein, als sie im allgemeinen sind, wenn sie da nicht begreifen wollten, daß ein freches Spiel mit ihnen getrieben wird. (Sehr richtig!)

In nachdrücklicher Weise aber muß ausgenutzt werden die Stellung des Zentrums zu den entscheidenden Fragen im Reichstage, zu den Lebensmittel- und Fleischzöllen, zu den Sperrmaßregeln, zu der ganzen agrarischen Politik, der ein ganz wesentlicher Teil der Verteuerung der Nahrungsmittel zu danken ist. Wie hat sich da das christliche Zentrum ausgeführt?

Wir kämpfen für die Armen und Elenden, für die Mäßeligen und Beladenen.

Das sollte auch das Zentrum tun, das wäre seine Aufgabe. Vor Jahren schon habe ich im Reichstage einmal ausgerufen: Wenn Euer Christus einmal wiederkäme und Mitglied des Reichstags würde, er würde nicht bei Euch im Zentrum, sondern bei uns, der Sozialdemokratie, seinen Platz einnehmen, weil sie die einzige Partei ist, die die menschlichen Grundfätze seiner Lehre vertritt. (Lebhafte Beifall.)

Das Zentrum benimmt sich auch jetzt wieder in der Marokkofrage aus äußerster Zweckigkeit. Da lese ich in einer Zeitung, daß Trimborn vor einigen Tagen in Koblenz erklärt hat, wenn die Ehre des Vaterlandes bedroht sei, wenn der Kaiser rufe, dann würden sie Gut und Blut einsehen (Heiterkeit). Aber was sind das für Randover? Man glaubt, mit dergleichen Dingen auf die Schwachheit des Kaisers zu spekulieren. Es ist ja überhaupt ein Nublen jeht in allen bürgerlichen Kreisen um die Gunst des Kaisers, daß einem ein wahrer Stel

erfassen muß. Ich glaube, der Kaiser muß selbst derartige Umfindungen haben, er muß eine wahre Menschenverachtung

empfinden, wenn er das Paß sieht, daß sich an ihn Herandrängt und um seine Gunst wirbt. (Sehr gut!) Sein einziger aufrechter Mann, der den Mut hat, seine Heberzeugung zu sagen, die Wahrheit auszusprechen. Man kann im Bürgertum des ganzen Reiches Männer von Entschiedenheit und Wahrhaftigkeit mit der Laterne suchen, man wird keinen finden. Das deutsche Bürgertum ist in den letzten Jahrzehnten an Charakter von Glatte zu Glatte immer tiefer gesunken. Leider ja auch die Liberalen, und trotz alledem sind wir schließlich in der Klemme, zu bestimmen, was wir bei den Stichwahlen tun werden.

Würde das Zentrum ernstliche Sozialpolitik treiben, dann müßte es unsere Anträge unterstützen, müßte mit uns die Lebensmittelzölle bekämpfen. Mit Leichtigkeit kann nachgewiesen werden, daß die Anträge der Sozialdemokratie, die das Zentrum und andere bürgerliche Parteien in früheren Jahren entschieden bekämpft haben, von ihnen nach 10, 12, 14 Jahren selbst aufgenommen und unter der Firma „eigene Anträge“ eingebracht wurden, weil auch das Zentrum durch die Entwicklung der großen industriellen Arbeiterklasse, auf die es namentlich in Rheinland und Westfalen in hohem Grade angewiesen ist, Rücksicht nehmen muß. Bismarcks Wort, das er, protobiert durch unseren Genossen Auer am 28. November 1884 sprach:

„Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und sich nicht eine Menge vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialpolitik überhaupt gemacht haben, auch nicht existieren.“

Das gilt heute noch genau so, wie damals. Auch das wollen sie wogtreiten, es sei nicht in dem Sinne gemeint gewesen (Heiterkeit). Es ist gar kein Zweifel daran möglich, daß es so gemeint war, man muß nur die Situation kennen, in der wir damals standen. Wie soll es auch anders ausgelegt werden können? Es ist so klar wie irgendmöglich.

Und erst die Steuerpolitik des Zentrums!

Die 450 Millionen neuer Steuern, die vor zwei Jahren die große Mehrheit des Reichstages bewilligt, sind ja in erster Linie dem Zentrum zu verdanken, das müssen wir mit aller Schärfe festhalten. Das Zentrum war es, das die Erbschaftsteuer und die Nachlasssteuer zu Hause gebracht hat. Die Liberalen waren bereit, dem Kaiser Bülow 500 Millionen neuer Steuern zu präsentieren, wenn nur 400 Millionen davon indirekter und 100 Millionen direkter gewesen wären, worunter hauptsächlich die Nachlasssteuer. Das Zentrum hätte als „christliche Partei“ die verdammt Pflicht und Schuldigkeit gehabt, für diese Steuer einzutreten. Ja, es hätte die Pflicht gehabt, diese ganzen Hunderte von Millionen auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen, nicht auf die der Armen und Elenden abzuwälzen. Das ist nicht geschehen, im Gegenteil, es wurde alles aufgeboten, um eine solche Steuerpolitik unmöglich zu machen. Das Zentrum hat Steuern gutgeheißen, die nachher die schwersten und verhängnisvollsten Folgen für ganze Industrien, ich erinnere nur an die Bündholz-, Tabak- und Brauereindustrialie, nach sich zogen, wodurch

Zehntausende von Arbeitern auf Monate und Jahre brotlos gemacht wurden, eine Menge selbständiger Geschäftsleute bankrottierten. Und wenn dann, wie es ganz selbstverständlich ist, solche Steuern auch einen Ertrag ergeben, dann hat das Zentrum noch die Unerschämtheit, von dem Erfolg einer solchen Steuerpolitik zu reden, als wenn es nicht ganz selbstverständlich wäre, daß schließlich eine solche Masse drückender Steuern, die man dem Volke auferlegt, auch etwas bringen! (Sehr wahr!) Selbstverständlich war hier das Zentrum nicht allein. Die Liberalen standen hier ausnahmsweise einmal in der Opposition, aber die Konservativen und die Mittelstandspolitiker unterstützen, ganz gegen die Interessen des Mittelstandes, diese Steuerpolitik.

Diese Mittelstandspolitiker, diese Antisemiten, das sind auch diejenigen, die sich bei jeder Gelegenheit als die großen Politiker aufspielen, und die dann alle Militär-, Flotten- und Kolonialvorlagen, mögen die Belastungen noch so groß sein, ungeschrien hinnehmen; die das Kleinbürgertum reiten wollen, und die in ihrer ganzen Hölle und Steuerpolitik gerade dem Kleinbürgertum Lasten aufbürden, die es fast erdrücken. Das ist die Rettung des Kleinbürgertums, des Kleingewerbes und Kleinhandels von jener Seite! Wunderbar aber ist das eine, daß die katholischen Arbeiter und die antisemitischen Kleinbürger nicht begreifen, welche Politik ihre Vertreter im Reichstage betreiben, wie sie gerade das Gegenteil von dem tun, was sie von rechtswegen tun müßten.

Und nun der berühmte Erfolg. Der Etat von 1910 hat einen ungeheuren Ueberfluß von 117 Millionen Mark gehabt. Darob große Freude in Israel (Große Heiterkeit). Da seht Ihr, was für einen Erfolg die Steuern gehabt haben, schreit das Zentrum und die anderen, da seht Ihr, daß wir dem Volke nicht zu viel zugemutet haben, und in welche gute Finanzlage das Reich kommt! Der Mann, der da am Reichstage sitzt in Berlin, der Reichschatzsekretär Herr Bermuth, hielt sich gleich verpflichtet, zur Aufzupfeifen und zu erklären: Falls, redet Ihr mir nicht von den guten Finanzen (Heiterkeit), das ist gar nicht der Fall, wir haben eine Masse Schulden zu decken, deren Zahlung wir übernommen haben, und trotz der 117 Millionen können wir nicht einen einzigen Pfennig für Schuldentilgung aufbringen. Dabei hat Bermuth bei der letzten Etatsrede im Reichstage erklärt: „Meine Herren, der Etat ist nur dadurch in Balance gekommen, ohne daß wir noch größere Schuldenlasten auferlegen müßten, als wir sie im Etat selbst präsentieren, dadurch, daß wir Hunderte von Millionen Forderungen, die von den verschiedenen Ressorts angemeldet wurden, gestrichen haben.“ (Lebhafte Hört! Hört!) Er hat also Abstriche gemacht und gesagt: Ne, ne, Kinder, Ihr müßt Maß halten (Heiterkeit), wenn wir später Geld haben, mit Vergnügen, vorläufig haben wir es nicht. Ob Sie es bekommen werden, darüber werden wir später reden. (Heiterkeit.) Mittlerweile sind ja Ereignisse eingetreten, die die Situation in dieser Hinsicht nicht verbessert haben.

Außer den neuen Steuern und Militärvorlagen hat das Zentrum auch die Flottenvorlage von 1909 mit Hurra-Hoch bewilligt. Bei dieser Gelegenheit stellten die Nationalliberalen in der Budgetkommission des Reichstages die Forderung, es sollten die Kriegsschiffe der Kaiser-, Mittel- und Siegfriedklasse, die mehr oder minder durch die moderne Technik überholt seien, neu gebaut werden. Das hätte wieder eine ganz bedeutende Verstärkung der Flotte und ganz bedeutende Mehrausgaben bedeutet. Wenn die Parteien, das Zentrum, die Liberalen und Konservativen — heute sind ja in dieser Beziehung nahezu alle bürgerlichen Parteien vollständig einig, solche Ausgaben zu bewilligen, weil sie im Interesse des Vaterlandes lägen — wenn sie an den Nationalismus des Volkes appellieren, dann wäre es Anstandsfrage, daß die Herren die daraus entstehenden Mehrkosten aus eigener Tasche bezahlen. (Sehr gut!) Denn ihre kapitalistischen Interessen sind es in erster Linie, die durch alle diese Dinge gestützt und unterstützt werden sollen. Wird Deutschland in einen Krieg verwickelt, würde Deutschland eine Niederlage erleiden, dann sind es die großen Klassen, die leider die ungeheuren Opfer zu bringen haben. Was tragen denn die Herren zu den Laken bei? Was zahlen sie an Absesteuer — von der Traummehsteuer gar

nicht zu reden —, was zahlen sie an Zuckersteuer, Getreidezölle usw. im Vergleich zu ihrem ungeheuren Einkommen? Was aus dem Budget dieser Kreise in die Reichskasse fließt, ist gar nicht im Vergleich zu stellen mit dem, was der arme Arbeiter zu leisten hat, der allerärmste Arbeiter. Ihn treffen diese Lasten am schwersten, je mehr Kinder er besitzt, je mehr Gottes Segen bei ihm eingeleitet ist, wie die Frommen sagen. (Weiterleit und Beifall.) Da zeigt sich die ganze

Heuchelei der Kirche!

Da hebt ein Pfaffe in der evangelischen Kirchenzeitung zum Kriege. Das ist ein echt christliches Werk, so gehört es sich für die Diener der Kirche. Und kommt es dann zum Kriege, dann steigen die Pfaffen auf die Kanzeln, auf die 50 000 Kanzeln in Deutschland und beten zu ihrem Gott, er möge den Deutschen den Sieg verleihen. Unglücklicherweise waren das die Franzosen, die Engländer und die Spanier ebenso (Weiterleit), und da wir heute nicht mehr, wie zu den Zeiten der Griechen, der Römer und der Gallier nationale Götter haben, sondern da wir einen einzigen internationalen Gott haben, da wir einen Christengott haben, so kommt er in die schrecklichste Verlegenheit, wenn er denn eigentlich helfen soll. (Große Weiterleit.) Denn wenn er dem einen hilft, dann sind die anderen wütend, daß er sie im Stich gelassen hat. (Weiterleit.) Das ist ein Beweis dafür, wie es mit der ganzen christlichen Heuchelei in Wahrheit beschaffen ist.

Wenn man alle diese Dinge bedenkt und beobachtet, wie in allen Ländern in dieser Weise geheuchelt wird, dann muß man sagen: Solange die Menschheit besteht, hat es kein Zeitalter gegeben, in dem

die Heuchelei und die Lüge zu einer derartigen Herrschaft gelangt ist wie in der heutigen Zeit. (Lebhafte Zustimmung.)

Dann kam das Militärarquinament. Es ist ja auch noch in der letzten Session des Reichstages bewilligt worden und erfordert bis 1915 eine Mehrausgabe von 104 Millionen. Das hat man ohne großen Lärm gutgeheißen. Ich habe schon in meiner Eröffnungsrede angedeutet, daß auch bei dieser Gelegenheit die Rationalisten und die Konservativen sich bereit erklärten, mehr zu bewilligen. Sie erklärten, sie seien der Meinung, der Kriegsminister habe zu wenig gefordert und sie boten ihm mehr an. Sie machten es gerade so, wie es der Parteitag hier dem Parteivorstand gegenüber gemacht hat. (Weiterleit.) Ihr habt dem Parteivorstand auch mehr bewilligt als er haben wollte; das ist ja auch ganz in der Ordnung. (Erneute Weiterleit.) Aber im Reichstage lagen die Dinge anders. Man erklärte also, man wolle dem Kriegsminister gern mehr bewilligen, er solle nur mehr fordern. Dabei muß doch der Kriegsminister am besten wissen, was zur Schlaffertigkeit der Armee gehört, was notwendig ist. Erst auf diese Erklärung hin ließ man von der unsinnigen Aufforderung ab, noch mehr zu verlangen.

Run besteht gar kein Zweifel, daß wir auf dem Gebiete der Militärverwaltung eine sehr wichtige Forderung zu stellen haben, die wie schon seit Jahren betreten. Wir haben bereits 1908 im Reichstage den Antrag gestellt, daß endlich einmal den armen Soldaten, den gemeinen Soldaten, ihre täglichen 22 Pfennig Entlohnung erhöht wurden. Diese 22 Pf. Tageslohn bestehen wohl schon seit einem Jahrhundert. Inzwischen sind gewaltige Ummächtigungen in der Gesellschaft vor sich gegangen. Die Lebensmittelpreise, der Geldwert haben eine wahre Revolution durchgemacht. Man hat vom Unteroffizier aufwärts bis zum Generalfeldmarschall wiederholt sehr bedeutende Gehaltsbewilligungen gemacht. Heute bekommt ein General soviel, daß, wenn der alte Wilhelm das erlebt hätte, er die Hände über den Kopf zusammenschlagen würde, daß den Generälen so reichlich mit Geld gedient wird. (Weiterleit.) Für die Gemeinen ist es bei den Lumptigen 22 Pf. geblieben. Wir verlangen aber, daß nicht allein der Sold erhöht wird, sondern daß den armen Soldaten auch die Kosten für Brot und Schuhzeug, die sie beim Eintreten ins Militär bezorgen müssen, ersetzt werden. 1908 haben wir auf den Antrag gestellt. Die Gemeinen einschließlich der Spielleute, Oekonomiehändler usw. sollten eine entsprechende Lohnerhöhung erfahren. Der Antrag wurde leider abgelehnt. Auch da empfehle ich Ihnen bei der Wahl, wenn wieder von der nationalen Feindseligkeit und der Verschönerung des Deutschen Reiches durch die Sozialdemokratie die Rede ist, darauf hinzuweisen, daß wir es gewesen sind, die den armen Teufeln die erforderliche Solcherhöhung bewilligen wollten, die sie trotz unserer Bemühungen bis heute noch nicht erhalten haben. Angeblich ist kein Geld vorhanden. Wenn man den Sold von 22 auf 32 Pf. erhöhen würde, was durchaus gerechtfertigt wäre, so würde das dem Deutschen Reich 18 bis 20 Millionen Mark mehr kosten. Das ist den Herren zu viel, aber wenn es sich um andere Dinge beim Heere und bei der Marine handelt, dann werden Hunderte und Tausende von Millionen weggegeben. Diese Erhöhung des Soldes verdienen die gemeinen Soldaten am ehesten, denn zahlreiche Proletarier von ihnen müssen ihre Angehörigen in Not und Elend zurücklassen, wenn sie beim Militär eintreten. Sie haben es am notwendigsten.

Bis 1907 der Etat beraten wurde, hat Fürst Bülow auch zu der Frage Stellung nehmen müssen: was hast Du für ein Programm? Er hat da allerlei hingewarumelt, was ein Programm sein sollte. Er erklärte: ich denke an Ersparnisse durch Vereinfachung auch in der Armee. Der Kriegsminister, der dicht daneben saß, wurde ganz bleich. (Weiterleit.) Das hatte er gar nicht möglich gehalten, daß der Reichskanzler so etwas sagen konnte. Aber er brauchte keine Furcht zu haben. Fürst Bülow war ein angenehmer Pörscher, er hat das Wörtchen von der Ersparnis nur geprägt, als Beruhigungspulver für die Liberalen.

(Sehr richtig!) Selbstverständlich ist von Ersparnissen in keiner Weise die Rede gewesen. Wir haben sogar auf verschiedenen Gebieten, ganz abgesehen vom Quinquennat, mehr oder weniger Mehrausgaben getan. Das war allein schon bedingt durch die beständige Verteuerung der Lebens- und Futtermittel.

Denn wenn wir uns einmal die sogenannte Finanzreform in ihrer Totalität ansehen und fragen, was ihr finanzieller Nutzen war, und wenn wir genau zusehen, dann entdecken wir, daß das gerade Gegenteil von dem, was damit beabsichtigt war, herausgekommen ist. (Sehr richtig!) Da sind in erster Linie die gewaltigen Mehrausgaben der Armee für Futtermittel und die Bedürfnisse der Mannschaften. Die Verteuerung der Lebensmittel hat weiter zur Folge gehabt, daß die Gehälter der Beamten erhöht werden mußten. Der preussische Etat hat weit über hundert Millionen Mehrausgaben dadurch zu verzeichnen, beim Reiches sind es 90 Millionen. Die Sache überträgt sich natürlich auch auf die Kommunen. Auch bei ihnen müssen die Beamtengehälter erhöht werden. Das sind Hunderte und Aberhunderte Millionen, die durch den dem Agrarierum gewährten Schutz, durch die Lebensmittelsteuern, mehr ausgegeben werden müssen. (Zuruf: Die Zivilisten!) Gewiß, auch in der Zivilisten tritt die allgemeine Verteuerung zutage. Wajschitz erklärte ja, er könne mit 10 Millionen nicht mehr auskommen. (Weiterleit.) Da erhielt er 3½ Millionen mehr. Das war ja das allerdeutlichste schlagende Zeugnis für die Situation. Was sind dann weiter für Mehrausgaben entstanden für die Krankenhäuser, die Waisenhäuser, die Städtchenhäuser, die Gefängnisse und alle möglichen Anstalten, in denen der Staat Tausende und Abertausende von Menschen zu schütten und zu ernähren hat. Wenn man das alles zusammenrechnet und in Vergleich stellt zu dem, was bei der ganzen Finanzreform herausgekommen ist, dann entsteht ein gewaltiges Defizit, aber kein Ueberschuß.

(Lebhafte Zustimmung.) Das ist doch eine ganz tolle Steuerpolitik. Man sollte es nicht für möglich halten, daß erlauchte Regierungen mit ihren Ministern und Geheimräten und 400 ausgemählten Mitgliedern der Nation — ich habe mir allerdings nie eingebildet, daß diese die Creme der Nation bilden, aber es sind doch die, die ausgewählt werden —, daß die eine Finanzreform das Wort reden, die schließlich das Gegenteil dessen erreicht, was man erwartet.

Und dann schließlich die Stellung des Zentrums bei der Reichsversicherungsordnung, die wieder den

Verrat des Volkes

zeigt. Auf einzelnes will ich gar nicht eingehen, darüber hat ja schon Volkensdörfer gesprochen, auch ist Ihnen darüber Material zugegangen und weiteres wird Ihnen zugehen.

Es ist gar kein Zweifel, daß dem neuen Reichstage eine Reihe wichtiger Aufgaben bevorsteht. Daß eine

neue Flottenvorlage

in Aussicht steht, ist selbstverständlich. Der Kaiser hat in seiner bekannten Rede auf dem Fest des Hamburger Senats bereits leise Andeutungen gemacht, die gar keinen Zweifel darüber ließen, daß eine neue Flottenvorlage kommt. Als ich mir die Entwicklung der Dinge in der Marokkofrage ansah, als sich insbesondere herausstellte, wie England in der Frage dachte, sagte ich mir sofort, nun ist die neue Flottenvorlage fertig, nun haben unsere Wasser-kaulinisten Oberhand, jetzt werden sie losgehen und behaupten, die deutsche Flotte sei der neuen Situation nicht gewachsen, jetzt werden sie fordern, es müssen neue Schiffe gebaut werden. Die Flottengeschgebung des letzten Jahrzehnts hat sich allmählich als viel teurer herausgestellt, als man annahm. Im Jahre 1898 bei der ersten Flottenvorlage kostete ein großes Linienschiff noch 25 Millionen Mark, heute kostet ein Dreadnought 50 bis 60 Millionen, genau das Doppelte; damals kostete ein erster Kreuzer 20 Millionen, heute kostet ein Panzerkreuzer fast so viel wie ein Dreadnought, 45 bis 50 Millionen Mark. So ist auf allen Gebieten eine gewaltige Steigerung der Kosten zutage getreten, die selbstverständlich viel mehr Ausgaben erfordert.

Dazu kommt, daß in den letzten Wochen Delcassé, bekanntlich ein guter Freund Deutschlands, der in Frankreich Marineminister wurde, bereits erklärt hat, er gehe mit einem Plane der Reformierung der französischen Flotte um. Frankreich hat in den letzten Jahren, gestützt auf das englische Bündnis, geglaubt, es könne seine eigene Flottenentwicklung etwas zurückhalten. Die Kosten, die das französische Volk für den Militarismus zu tragen hat, sind ja auch ganz kolossal, sogar noch etwas höher als in Deutschland, aber es wird den Franzosen viel leichter, weil sie ein viel reicheres Volk sind. Die Franzosen haben nicht die ungeheure industrielle Entwicklung durchgemacht wie wir, die französische Bevölkerung ist seit nahezu 40 Jahren stabil geblieben, Frankreich hat einen ungeheuer fruchtbaren Boden, die Franzosen sind ein sogenanntes Sparvolk, das Ueberschuß bei ihnen durch alle Schichten durchgeführt, die französischen Staatsschulden haben bei dem Ueberschuß an Geld einen Rinsfuß, mit dem Deutschland seinen Vergleich aushält, das Geld ist im Ueberschuß da, und weil es im eigenen Lande mangels einer großen industriellen Entwicklung keine Verwendung findet, müssen die Kapitalisten ihre Millionen im Auslande unterbringen. Also Herr Delcassé kündete an, es werde der Kammer im Herbst eine neue Flottenvorlage zugehen, es sei ihm geblüht, die Einrichtungen für die Herstellung der Kriegsschiffe so zu vervollständigen, daß er imstande wäre, binnen zwei Jahren zwölf Dreadnoughts fertig zu stellen, daß er hoffe, innerhalb weniger Jahre die französische Flotte auf die Höhe der deutschen zu bringen. Was an dieser Renommee wahr ist, weiß ich nicht. Es genügt, daß er eine neue Vorlage angekündigt hat, das ist ja alles Wasser auf die Mühlen unserer Marinepatrioten, und es wird selbstverständlich von dieser Seite alles getan werden, um neue Rüstungen herbeizuführen. Auch die Engländer werden vorwärts gehen.

das allgemeine Wehrwesen wird weiter gehen,

und ich habe ja gestern schon gesagt, was das Ende vom Liede sein wird. Jeder Mensch muß sich ja sagen: Wo soll das hinaus, wie kann das anders enden, ja, wie soll das anders enden, als mit einer Katastrophe? (Sehr wahr!) Nun, mögen diejenigen, die an der Spitze der heutigen Gesellschaft stehen, mit den hinter ihnen stehenden Massen in ihre Verderben rennen, wir haben keine Ursache, das zu bedauern. Es bewahrt sich hier wieder das alte Wort: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. (Sehr gut!) Man kann mit Engelszungen reden, nichts wirkt auf sie ein, sie fragen nach nichts, nein, wie mit eisernen Peitschen treibt es sie in ihren Untergang hinein.

Die ganze Geschichte kommt den Herren ja verdammt unbequem, sie haben gewußt, wenn auch der letzte Reichstag den Etat für 1912 nicht mehr beraten konnte, so möge die Regierung ihn doch wenigstens einbringen, damit man Kenntnis davon bekommt. Eine Komödie, wenn das wirklich geschähe. Ich habe auch einem unserer Minister gesagt: Was ist denn damit geändert, wenn Sie den Etat vorlegen? Aber das ist doch nur eine Attrappe, die keinen Wert hat, denn wer hindert Sie denn, nachdem dieser Etat bewilligt ist, sofort mit neuen Nachtragserforderungen zu kommen, von denen heute natürlich etwas wissen lassen will. Das geht genau wie 1907. Drei Tage vor der Wahl schrieb die „Norddeutsche Allgemeine“ frech, es sei gar nicht daran zu denken, daß die Regierung mit neuen Steuererforderungen käme, und ein Jahr danach war die Vorlage mit 500 Millionen da. Wenn aber die Massen zu dumm sind und sich was führen lassen, so ist das nicht zu ändern. Wir jedenfalls werden versuchen, sie nach jeder Richtung hin aufzuklären. (Leb. Beif.)

Die jegige

Teuerung

— das müssen wir anerkennen — ist nicht bloß durch die Zölle und Steuern, sondern zum Teil auch, namentlich in diesem Sommer, durch Minderern hervorgerufen. Aber einen Punkt haben wir dabei bisher viel zu wenig berücksichtigt: Die Teuerung wird eine dauernde sein; die Preise werden zwar bei übergroßen Ernten zeitweise etwas heruntergehen, aber der Preis aller Lebensmittel wird auch in Zukunft ein so hoher sein, daß die kleinen Beamten, daß die Kleinbürger, daß vor allem die Arbeiter dauernd unter der Teuerung zu leiden haben. (Sehr richtig!), und daß die Arbeiter vor allem gezwungen sein werden, durch Lohn erhöhungen einigermassen das Loch auszugleichen, das die Teuerung in ihr Budget gerissen hat. (Sehr richtig!) Das mögen sich besonders die Unternehmer merken. Dieser Zustand zwingt die Arbeiter zu neuen Forderungen, zu neuen Kämpfen; die Arbeiter können nicht auskommen, und es ist ein Verbrechen, wenn ein Arbeiter, der das erkannt hat, nicht sofort seinen Eintritt in die Gewerkschaft anmeldet. (Lebhafte Zustimmung.) Denn das ist die einzige Möglichkeit, die Teuerung auszugleichen, wie andererseits der Konsumverein unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine notwendige Einrichtung ist. (Sehr wahr!) Die Arbeiter müssen den Konsumvereinen in Masse zufliehen, nicht nur, weil sie etwas billiger kaufen, sondern vor allem, weil sie unerschöpfte Lebensmittel bekommen. (Sehr wahr!) Die Verschärfung der Lebensmittel hat eine ungeheure Höhe erreicht; würde da einmal gründlich nachgeforscht, es würden erschreckende Dinge zum Vorschein kommen. (Sehr richtig!) Aber genau so wie die Arbeiterorganisationen Unternehmerrorganisationen hervorgerufen haben, genau so hat das Unternehmertum sich bereits des Genossenschaftswesens bemächtigt, und insbesondere die Bauernschaft. Heute haben die Bauern ein so entwickeltes Genossenschaftswesen, wie kaum ein anderer Beruf, und das wird ausdrücklich benutzt zur Lebensmittelvehtierung. Der Verkauf von Eiern, Butter, Käse, Milch und anderen Produkten geht in rascher Weise auf bäuerliche Genossenschaften über, ja man will sogar schon die Viehzucht kontingentieren. (Hört! hört!) Wenn auf irgendeinem Gebiet einmal eines Tages die Frage der Sozialisierung aufkommt, dann am ehesten bei der Landwirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin überzeugt, sie ist dort am allerleichtesten durchzuführen.

Dann die Bäder- und Fleischerorganisationen, die Unternehmerringe! Die Fleischerpreise, die Brotpreise, die macht doch heute nicht mehr der einzelne Fleischer und Bäcker, die macht die Innung, die macht die Organisation; da wird dafür gesorgt, daß entsprechende Profite herauskommen, und jede Konjunktur, die eine Preissteigerung ermöglicht, wird gründlich ausgenutzt. Wo 10 Proz. genügen würden, da erhebt man 15 und 20 Proz.

(Sehr wahr!) Das ist ein sehr wesentliches Moment. Wir können natürlich nicht hindern, daß Genossenschaften sich gründen, ebenso wenig wie wir daran gehindert werden wollen. Aber insam ist es, daß dieselben Kreise, die die Arbeitergenossenschaften bekämpfen, in den Städten und auf dem Lande für ihre Unternehmerrzwecke Genossenschaften organisieren. (Sehr wahr!) Das finden sie in Ordnung, aber die Arbeiter sollen das nicht. Diese Ungerechtigkeit liegt auf der Hand, und auch nach der Richtung hin werden wir mit aller Energie künftig vorgehen müssen.

Da ist nun eines interessant. Der Kaiser hat neulich in Atona eine Rede gehalten, in der er besonders die Notlage der Landwirtschaft erwähnte, die durch die Ereignisse dieses Sommers herbeigeführt worden sei. Der Staat werde alles tun, um diese Notlage nach Möglichkeit zu beseitigen. Ich begreife den Standpunkt des Kaisers.

Der Kaiser ist der größte Agrarier im Deutschen Reich.

Er steht der Landwirtschaft nahe, er kümmert sich um die Landwirtschaft, er lenkt die Landwirtschaft. Also was ist natürlicher, als daß er meint, diesem Stande müsse in besonderem Maße geholfen werden. Wie es aber den armen Schludern, den Konsumenten der landwirtschaftlichen Produkte geht, darüber hat er kein Wort gesagt. (Hört! hört!) Das kennt er eben nicht; der Kaiser kann nicht alles wissen, das kann kein Mensch verlangen. (Weiterleit.) Was hat denn der Kaiser für eine Ansicht von den Arbeitern. Für den deutschen Arbeiter ist gesorgt bis an sein Lebendende; er kann gar nicht in Not geraten, der hat eine köstlich gefüllte Kommodenkassette vor sich. (Weiterleit.) Das wird dem Kaiser gesagt; er glaubt es und spricht es aus, aber wahr ist es nicht. (Sehr richtig!) Gerade das Gegenteil ist wahr. (Lebhafte Zustimmung.) Niemand mehr als die Arbeiter — und hier trete ich auch zugleich für die kleinen Beamten und für die kleinen Gewerbetreibenden ein — leiden unter dieser Teuerung. Und wenn irgendjemand Schutzmaßnahmen braucht, dann sind es die Arbeiter, die kleinen Gewerbetreibenden und die unteren Beamten. (Lebhafte Zustimmung.) Das wird immer schlimmer. Ich sehe schon heute, selbst auf die Gefahr hin, wieder einmal bespöttelt zu werden, daß ich prophete: — ich sehe schon heute die Zeit kommen, wo

die Frage der Lebensmittelpreise die Hauptfrage für die ungeheure Mehrheit des Volkes ist.

(Sehr richtig!) Und dann wird ein Lärm in deutschen Völkern hervorgerufen werden, dann werden die Lebensmittelpreise fliegen, ob die Herren wollen oder nicht. (Zuruf!)

Da droht man jetzt schon wieder mit dem Verbot der Einfuhr von Geflügel. Ja, die deutsche Landwirtschaft erzeugt nicht Geflügel genug. Ich habe auf Grund meiner Studien über die landwirtschaftlichen Verhältnisse die Ueberzeugung gewonnen, wenn alle Erzeugnisse der modernen Agronomie auf das Land, den Landbau, die Landausnutzung angewendet werden, dann ist Deutschland imstande,

auf eigenem Grund und Boden 100 Millionen Menschen zu ernähren.

(Sehr richtig!) Dann braucht man kein Korn vom Auslande. Aber dazu gehört eine vollständige Revolutionierung der ganzen Landwirtschaft auch in bezug auf den Grund und Boden. (Erneute Zustimmung.) Es ist ein Unfinn, so sagen, wir leiden an Uebersättigung. Gar kein Gedanke! So lange noch Jahr für Jahr Hunderttausende von ausländischen Arbeitern nach Deutschland geschleppt werden, kann man davon nicht reden. (Lebhafte Zustimmung.) Auch die Statistik beweist, daß in den letzten 30 Jahren trotz des Anwachsens der Bevölkerung die Auswanderung ganz erheblich zurückgegangen ist. (Hört! hört!) Man will der Masse, die die Dinge nicht beurteilen kann, Sand in die Augen streuen. Nein, wir können alle Leute in Deutschland ernähren, bei richtiger Wirtschaft, und da sollen wir jetzt sogar noch nach Marokko gehen, wo tagtäglich die Sonne noch ganz anders auf unseren Schädel brennt als in diesem Sommer. (Weiterleit.) Ich glaube, wir haben in diesem Sommer gerade genug gehabt. Aber in Marokko sollen Deutsche millionenweise unterkommen können. (Hört! hört!)

Zu nächsten Reichstage haben wir nun die Vorlage des neuen deutschen Strafgesetzbuches zu erwarten. Das ist eine außerordentlich wichtige Frage. Ich sehe voraus, daß die meisten von Ihnen das vorzügliche Referat gelesen haben, das Genosse Heinemann hierüber auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Dresden gehalten hat. Ich will mich nicht näher darüber auslassen. Die Rede ist im Verlage von Legien, also der General-Kommission erschienen, ihre Anschaffung ist auf das dringendste zu empfehlen. Der Titel lautet: „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Sorentour zu einem deutschen Strafgesetzbuch“. Wieweit wir bereits gekommen sind, wieweit die Reaktion bereits um sich gegriffen hat, dafür will ich Ihnen einige Sätze aus der Einleitung der Broschüre vorlesen. Es heißt da: „Niemand werden unter dem Anschein der notwendigen Bekämpfung lediglich gemeiner, sondern jedermann für strafwürdig angesehen Verbrechen die Teilbestandsmerkmale des Vergehens heimtückisch so abstrakt, so unbestimmt und so inhaltslos gefaßt, daß jede sybillische, den herrschenden Klassen unangenehme politische oder gewerkschaftliche Betätigung bestraft werden kann... Einige im allgemeinen Teil des Entwurfs unzulässig vorhandene Fortschritte sollen auch auf dem Gebiet der politischen und sozialpolitischen Kollektive mit den für ein kulturvollst unangehörigen Rückschritten ertauscht werden, die sogar die empörendsten, volksfeindlichen Entwürfe, Suchtausegeln und Unklarheitsvorlage, weit hinter sich lassen. (Hört! hört!) Diese Tatsache ist in der gesamten bürgerlichen Presse und Literatur bisher nicht mit der genügenden Schärfe gewürdigt worden. Ganz im Gegenteil, dem Entwurf folgen auf der abschüssigen Bahn auch Männer, die an sozialpolitischer Einsicht die Bureaucratie turmhoch überragen. Vier Professoren — Professor Litzig gehört dazu — haben einen Gegenentwurf veröffentlicht, der ebenfalls den herrschenden Klassen eine Reihe der schärfsten Waffen gegen die Ausübung des Koalitionsrechtes liefert. Und doch nennt sich die internationale kriminalistische Vereinigung: die soziologische Schule!“

Soweit sind wir also gekommen, daß die fortgeschrittenste juristische Schule Strafbestimmungen in das Gesetz aufnehmen will, die die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter unmöglich machen. (Hört, hört!) Sie sehen, unsere Genossen im künftigen Reichstag stehen sehr wichtigen und einschneidenden Aufgaben gegenüber.

Dann noch ein weiterer, wichtiger Punkt. Daß man jetzt noch nicht übersehen kann, was in 3 Jahren kommt, ist ganz selbstverständlich. Daß aber bei der Stimmung der Konservativen und des Zentrums, wenn sie etwa wieder im Reichstag dominieren, die

unheilvollsten Dinge für die deutschen Arbeiter

herauskommen, steht fest, und das 1913 an haben wir uns mit dem neuen Zolltarif zu beschäftigen. Die Handelsverträge mit anderen Nationen laufen in den Jahren 1914, 1915 und 1916 ab, wir werden also dieselben Kämpfe zu führen haben, die wir 1902 so glänzend geführt haben. Abermals kommen die Agrarier und verlangen die Einführung erhöhter Zölle. Wir stehen natürlich auf dem entgegengegesetzten Standpunkt. Mit aller Macht und kraftvoller Agitation müssen wir alles aufbieten, daß die Massen im Kampf dagegen auftreten, damit wir den nötigen Dinterhalt für den Kampf im Reichstag bekommen, und auf die große Bewegung unter den Massen hinwirken können.

Dann haben wir nach den Vorgängen der letzten Zeit auch die große Möglichkeit, daß wir im Laufe der nächsten Jahre einen Obambokrieg in Südwestafrika zu erwarten haben, eine zweite und viel schlimmere Auflage des Herero-Krieges. Daß wir die Obambos in ihren Niederlassungen nicht völlig beherrschen, ist ein großer Schmerz unserer Kolonialleute. Sie müßten um jeden Preis die Obambos sich untertan machen, die tüchtige Arbeiter sind, zugleich aber auch tapfere Leute, die überdies in einem Lande wohnen, das die Verteidigung leicht macht. Auch

Da haben wir in der letzten Zeit Symptome, die auf die Möglichkeit des Aufstandes hindeuten. Und das eine teilweise Erwerbung von Marokko in den Verhandlungen mit Frankreich auch nicht sehr zur Beruhigung beitragen würde, steht fest. Es wird sehr schon geschrien, daß Marokko den Franzosen nur 10 Millionen Frank kostet. Das sei eine Kleinigkeit. Aber wenn wir erst da eingerückt sind, werden sich ganz andere Summen zeigen.

Weiter ist es selbstverständlich, daß wir die Frage des Dreiklassenwahlrechts im Wahlkampfe zu erörtern haben. Wir wissen ja, wie die bürgerlichen Parteien dazu stehen, wie insbesondere das Zentrum auch hier Heuchelei treibt. In den letzten Jahren unter Windhorst, trat das Zentrum noch offen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht im preussischen Landtag ein. Heute ist es längst davon abgekommen. Man sagt im Zentrum, wir geben das allgemeine Wahlrecht nicht preis, wir wollen es, aber wir können es nicht haben, und deshalb verzichten wir darauf. Das ist doch keine Stellung für eine Partei, die etwas erreichen will. Wo können wir hin, wenn wir so reden wollten? Erreichen kann man etwas nur, wenn man agitiert, wenn man die Massen aufklärt, sie in Bewegung bringt, sie zwingt, auch ihrerseits die Forderungen zu stellen, und wenn man eine

große Volksbewegung

entfacht. Es ist doch ein Widerspruch, daß die Preußen ein schlechteres Wahlrecht haben sollen, als unsere Süddeutschen in Bayern, Württemberg, Baden und neuerdings auch in Elsaß-Lothringen, wo das allgemeine Wahlrecht mit unserer Hilfe eingeführt ist. Die elende Rolle, die das Zentrum und die liberalen Parteien hierbei spielen, ist ja allen bekannt, so gut wie die Haltung des Zentrums zum Fortbildungsschulgesetz, zum Leibesverbrechungsgebot, zur Bortomäuseuzucht, kurz, seine wachsende Intoleranz auf allen Gebieten. Wir haben also bei dem nächsten Wahlkampfe Zähne und Nägel daran zu setzen, um möglichst große Erfolge

zu erzielen. Ich habe schon am Sonntag auf Verbers Bemerkungen geantwortet, seid nicht zu optimistisch. (Sehr richtig!) Wenn einer Optimist ist, so bin ich es. Wenn es aber zum Kampfe kommt, da bin ich es vielleicht auch — was ich im Inneren denke, sage ich nicht, das soll keiner von Euch sagen —, wir müssen vielmehr den Kampf so führen, als unterlägen wir. Wir müssen natürlich den Gedanken an Sieg erwecken in den Massen, aber wir dürfen uns nicht an Siegeshoffnungen vollsaugen. (Sehr richtig!) Und neben einer möglichst großen Zahl von Mandaten müssen wir

möglichst viel Stimmen

erwerben; insbesondere gilt das für die Wahlkreise, in denen wir sicher sind. Gerade diese Wahlkreise müssen den ungeheuren Zuwachs an Stimmen, den der Bevölkerungszuwachs gebracht hat, gründlich ausnützen. Wir müssen den Wahlkampf auch denjenigen, um der Parteipresse auf die Strümpfe zu helfen; wir müssen neue Kreise erschaffen, neue Genossen erwerben. Wenn man da die Frauen zum Vergleich heranzieht, so haben sie prozentual ganz anders gearbeitet wie die Männer. 120 000 Genossen mehr haben wir im letzten Jahre bekommen; das ist eine sehr respektable Zahl, mehr als doppelt soviel als die Süddeutsche Volkspartei bei den Wahlen 1907 bekommen hat, und die bürgerliche Presse ist ganz einseitig über diesen Zuwachs. Ich bin aber gar nicht zufrieden damit; es ist viel zu wenig; es heißt, daß von den 700 000 Genossen, die wir hatten, nur je 3/4 Mann im ganzen Jahre einen Genossen gewonnen haben. Das ist doch nicht in der Ordnung. (Weiterkeit.) Bringen wir es zunächst mal dahin, daß je zwei Genossen einen neuen im nächsten Jahr bringen; dann haben wir wenigstens 200 000 neue und rüden über die Million hinaus, und dann müssen wir verlangen, daß jeder Genosse einen neuen bringt, dann geht es vorwärts. (Lebhafte Beifall.) Dann fällt den Gegnern das Herz in die Hosen. Und das können wir erreichen. Nur wollen müssen wir, wollen muß der Mensch!

Auch die Presse hat sehr erfreuliche Fortschritte gemacht; wir haben eine ganze Anzahl neuer Abonnenten bekommen, aber das reicht noch lange nicht hin. Wir müssen viel mehr, viel mehr haben. In jeder Versammlung müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß neue Mitglieder sich einschreiben können. (Sehr richtig!) In jeder Versammlung müssen neue Abonnenten gewonnen werden, muß dafür gesorgt werden, daß die Leute wissen, wie und wo sie sich einschreiben und abonnieren usw. usw. Bei den Tausenden von Versammlungen, die wir abhalten, können wir dann ganz Erhebliches gewinnen.

Dann können wir, wie es immer geschah, in einem großen Zahl Wahlkreisen zu

Stichwahlen

kommen, zu solchen, wo unser Kandidat nicht in Frage steht, und zu solchen, wo unser Kandidat in Frage steht. Bei diesen letzteren wird — täuschen wir uns darüber nicht — der ganze bürgerliche Klüngel gemeinsam gegen uns marschieren. (Lebhafte sehr richtig!) Das ist so selbstverständlich, daß wir kein Wort darüber verlieren. Kerger! Euch nicht, wenn Ihr seht, daß die Liberalen den Konventionen gegen uns wählen. Liberale und Konservative stehen sich ja doch viel näher als die Liberalen zu uns stehen, sind sie doch alle von einem Bein und Fleisch. Sollte sich das ändern, so wäre das die erste angenehme Erfahrung, die ich in meinem Leben auf diesem Gebiete gemacht habe. Ich würde mich darüber freuen, aber ich glaube nicht daran.

Run sind die Forderungen, die ich bei diesen Wahlen den Parteigenossen empfehle, den gegnerischen Kandidaten in der Stichwahl vorzulegen, wenn er auf unsere Stimmen rechnet, sehr beschreiben, vielleicht so beschreiben, daß mancher von Ihnen den Kopf geschüttelt hat. (Sehr richtig!) Ja, sehr richtig! Aber ich würde froh, wenn wir die Kandidaten überall darauf freisetzten, haltet Euch doch vor Augen, es kommt nicht darauf an, was wir wollen, sondern was wir können. Entweder stellen wir Forderungen, die ein ehrlicher, bürgerlicher Mann noch bewilligen kann, oder wir verzichten ganz darauf, uns an der Stichwahl zu beteiligen. Aber das nützt nichts, die Leute laufen doch in Massen zur Wahl. Man muß eben die Psychologie der Massen kennen. Ein dem Wahlkreise geht es ihnen wie den Kavallerieoffizieren, wenn sie die Trompete hören. Sie laufen dann in Massen zur Wahl.

Wir haben die Erfahrungen gemacht, wozu wir mit unserer Stimmentendenz gekommen sind. Wir haben elend Schiffbruch gelitten und wollen nicht abermals solche Dummheiten machen. Wir haben schwere Forderungen gestellt und gesehen, daß man in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen nicht folgen konnte und um jeden Preis bei der einzelnen Wahl sich beteiligen wollte. Darum stellen wir jetzt

sehr mäßige Forderungen.

Da ist zunächst die Forderung der Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts. Ja, Parteigenossen, wenn die Hauptwahlen glücklich ausfallen, und wenn wir eine gehörige Stimmenzahl bekommen, dann werde ich einmal das Gefahrenreue erleben, das bei den bürgerlichen Parteien nach rechts hin stattfindet. Das wird einen gewaltigen Schrecken abgeben. Da wird die Frage sein: können wir bei einem solchen Zustand der Dinge der Sozialdemokratie weiter das Feld überlassen? Ich betrachte diese Wahl gewissermaßen als

eine Probe auf den Wasserstand.

Man befindet sich auf einer Insel, die selbstverständlich von Wasser umgeben ist. Die Wahlrechtsstimmen zeigen den Wasserstand an. Das wächst und wächst. Die Insel wird mit jeder Wahl kleiner und enger. Da stellt sich mal die Situation der herrschenden Klassen vor. Sie sagen sich: wenn das so weiter geht, ertrinken wir ja! (Weiterkeit.) Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß in einer solchen Situation sie zu den aller verzweifeltsten Mitteln greifen werden. Darauf müssen wir gefaßt sein und darum vorbeugen.

Bedingung stellen, daß das Wahlrecht nicht geändert wird. Wer diese Bedingung nicht unterschreibt oder nicht in anderer Weise Gewähr gibt, darf nicht unterstützt werden. Dann muß er sich erklären gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsgesetzes und des Koalitionsrechtes. Was auf diesem Gebiete vorliegt an Klagen, ist so deutlich, daß wir froh sein müssen, wenn wir das, was wir haben, aufrechterhalten. Denn leider ist nicht daran zu denken, daß wir mehr verlangen können. Wenn wir mehr verlangen könnten, so würde gewiß jeder tun, was er kann.

Dann muß der betreffende Kandidat sich erklären gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts, gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz, gegen jede Erhöhung der Zölle auf die Verbrauchsartikel der großen Masse, gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse. Eine Steuererhöhung zu verlangen, würde uns nicht in allen Fällen gelingen. Wir müssen froh sein, wenn sie nicht erhöht werden. Das gilt nicht nur für die Zölle, sondern auch für die indirekten Steuern.

Also, Parteigenossen, ich kann Ihnen dringend raten: Bescheiden Sie sich in dieser Richtung. Und dann kommt schließlich die Frage: Wie handeln wir, wenn von zwei Kandidaten beide die aufgestellten Bedingungen erfüllen? Da sage ich, daß wir den liberalen Kandidaten dem nichtliberalen vorziehen würden. Was ich damit sagen will, das weiß jeder deutlich nach meinen Ausführungen.

Damit bin ich zu Ende. Sie sehen also, daß

die nächsten Reichstagswahlen die allerwichtigsten

sind, die wir jemals durchgemacht haben, daß für die Sozialdemokratie, für die deutsche Arbeiterklasse ungeheuer viel auf dem Spiele steht, und da ist es jetzt unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, den Kriegszustand zu erklären. Alle Mann auf die Posten! Alle Mann an die Arbeit! (Stürmischer Beifall.) Und wenn Ihr vier Monate hindurch, Tag für Tag, Nacht für Nacht, emsig arbeitet und alle Eure Schuldigkeit tut, wenn wir alle nach jeder Richtung hin unsere Kraft einsetzen in den Dienst der allgemeinen Sache, dann müßte es doch sehr sonderbar zugehen, wenn wir dann nicht ein anderes Resultat zu verzeichnen hätten, ein viel freundlicheres, als wir am 20. Januar 1907 erlebt haben. Es besteht kein Zweifel, daß die neuen Wahlen ganz anders ausfallen werden als damals. (Lebhafte Zustimmung.) Darum auf, Parteigenossen! Auf zum Kampfe!

Vorwärts! Durch!

(Draufender, anhaltender Beifall.)

Zur Diskussion stehen die Resolution 70 (siehe Leitartikel), der Antrag Bernstein und der Antrag 65 (Dortmund).

Dazu ist ein Amendement Scheibe-Vohum eingegangen. Danach soll in diesem Antrage statt der Arbeiterchaft den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei die Arbeiterklasse empfohlen werden.

Eduard Bernstein:

Die herrschenden Parteien werden bei den Wahlen das Heuwerk versuchen, um das Volk durch Erörterungen über auswärtige Politik abzulenken, hier spielt namentlich die angebliche Bedrohung Deutschlands und der deutschen Industrie durch England eine große Rolle. Die verkehrtesten und verderblichsten Ideen finden auf diesem Gebiete immer weitere Verbreitung, der Zusammenstoß mit England wird nicht nur in der auswärtigen Presse, sondern weit darüber hinaus als unvermeidlich hingestellt. Es ist eine wahnsinnige Idee, die da verbreitet wird. Was würde denn selbst eine Verstärkung des deutschen Handels durch England, die ja eine Unmöglichkeit ist, ergeben? England kann die deutschen Arbeiter, die deutschen Aberglauben, Eisenhütten und Textilfabriken doch nicht aus der Welt schaffen und ebensowenig die der anderen Staaten, die doch auch mit der englischen Industrie konkurrieren. Man denkt nicht an den deutsch-englischen Handel, der ständig steigt und heute fast zwei Milliarden Mark ausmacht. Wir müssen also eine derartig unsinnige und gefährliche Agitation mäßig bekämpfen. Dazu hat das so bekämpfte Flugblatt Kautskys verdienstvoll beigetragen. Rosa Luxemburg möge aber ruhig sein, ganz stimme ich mit dem Flugblatt doch nicht überein. (Weiterkeit.) Aber es hat das große Verdienst, an die Stelle hoher Argumente endlich Tatsachen zu setzen. Aus Feigheit, Schwäche, vielleicht auch aus Grund von effizienten Mittelungen, endlich auch insoweit Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse hat die bürgerliche Presse, auch die liberal-demokratische, mit sehr wenigen Ausnahmen in der letzten Krise durchaus verlagert. Unsere Presse aber hätte nicht nur die Meinungen, Äußerungen und Beschlüsse unserer englischen Parteigenossen wiedergeben müssen, sondern sie hätte auch der Londoner Lokalpresse Blatte aus der viel wichtigeren Presse der großen Industriezentren Englands gegenüberstellen müssen. Gründliche Aufklärung aber darüber, daß beide Nationen ihre Interessen nur durch den Frieden wahrnehmen können, ist nicht durch ein Flugblatt, sondern nur durch eine Broschüre möglich, deshalb bitte ich um Annahme unseres Antrages. (Beifall.)

Krupp-Dortmund:

Wir haben den Antrag 65 schon bei der letzten Wahl durchgeführt und hatten dadurch am Wahltage 4000 Genossen zur Wahlarbeit in Tätigkeit. Gerade bei diesen Wahlen, wo die christlichen Gewerkschaften von vornherein erklärten, ihre ganze Arbeit gegen uns zu richten, wo im Osten der amtliche Apparat den Konservativen und im Westen die größten Kapitalisten den Nationalliberalen zur Verfügung stehen, müssen wir alle unsere Genossen zur Wahlarbeit freimachen.

Scheibe-Vohum:

Der Antrag geht in dieser Form zu weit. Wir können doch nicht die gesamte Arbeiterchaft, sondern nur unsere Genossen auffordern, den Wahltag arbeitsfrei zu halten. Deshalb bitten wir, den Antrag 65 nach unserm Vorschlage abzuändern. (Zustimmung.) Im Ruhrrevier haben die christlichen Gewerkschafter ihren anfänglichen Widerstand gegen das Kompromiß von Zentrum und Nationalliberalen aufgegeben, da die Nationalliberalen versprochen, keine gelben Gewerkschaften zu gründen. Das Kompromiß ist also fertig, um so notwendiger ist, daß wir unsere Rührung stärken. Wir kommen durch diese Forderung unseres Antrages auch unserer Verbandsforderung, daß alle Wahlen an Ruhetagen stattfinden, näher.

Darauf wird in die

Diskussion über die Reichstagswahlen

eingetreten.

Rönig-Dortmund:

Das Zentrum bricht alle Verträge. Wir sind früher auch für das Zentrum eingetreten, aber jetzt, da es an der traurigen Lage der Arbeiterchaft mit Schuld ist, würde sich eine gewaltige Opposition erheben, wenn wir vorschlagen würden, das Zentrum zu unterstützen. Da die christlichen Arbeitersekretäre keine Erfolge mehr erzielen, machen sie Kompromisse mit den Nationalliberalen. Wir müssen den christlich-nationalen Arbeitern klar machen, daß ihre Interessen allein von uns vertreten werden.

*) Der Parteivorstand möge, wenn möglich, noch vor den Reichstagswahlen die Herausgabe einer Broschüre veranlassen, welche gegenüber den Vertretern, England und Deutschland zu verstehen, die großen gemeinsamen Interessen der arbeitenden Massen beider Länder an der Erhaltung und Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen ihnen darlegt und das Falschspiel der Deber ausbeht.

Ed. Bernstein und Gen. Dortmund. Der Parteitag wolle beschließen, der Arbeiterchaft zu empfehlen, am Tage der Reichstagswahl die Arbeit ruhen zu lassen.

Carlseib-Bannover:

Bei dem Wahlkampfe werden ungeheure Massen von Flugblättern von allen Parteien verteilt, aber diese Flugblätter werden meist nicht gelesen. Wir sollten deshalb nicht dazu übergehen, ähnlich wie es bereits im Jahre 1893, 1907 und auch bei dem preussischen Wahlrechtskampfe geschehen ist, illustrierte Flugblätter zu verbreiten. Wir könnten z. B. Glendebilder auf diese Weise darstellen und Vergleiche mit dem Ueberflusse in dem die Reichen leben. (Bravo!)

Düwell-Berlin:

Ich unterbreite die Warnung von Bebel, man möge sich den Kampf gegen das Zentrum nicht leicht vorstellen. Mit der Theorie der dummen Kerle kommen wir beim Zentrum nicht aus, der Auktionskampf hat ein ganz besonders festes Band um das Zentrum geschlossen. Das Volk glaubt an das, was der Ultramontanismus, was die katholische Kirche lehrt, und diesen Glauben dem Volke durch einen Wahlkampf aus dem Herzen zu reißen, ist gar nicht möglich. Nun treiben auf der anderen Seite die wirtschaftlichen und die sozialen Verhältnisse die Massen mehr und mehr in die Arme der Sozialdemokratie. Eine Volkspolitik kann das Zentrum nicht betreiben, weil dann die bestehenden Kreise dieser Partei gegen Revolution machen würden, das Zentrum muß also reaktionär werden, die Industriellen liefern ihm die Schule aus und zum Dank dafür liefert es diesen die Arbeiter als wehrlose Ausbeutungsobjekte aus. Wir müssen den Kampf gegen das Zentrum zwar energisch, aber auch vorsichtig führen, wir dürfen nicht mit dem Anspüßel auf die Religion los schlagen, wir müssen den katholischen Arbeitern zeigen, daß das Zentrum mit der Religion gar nichts zu tun hat und daß es mehr und mehr eine reaktionäre, volksfeindliche Partei wird. (Sehr richtig!)

Haupt-Flugdeburg:

Der Passus in der Stichwahlresolution, daß wir, wenn zwei Kandidaten in Frage stehen, die beide die genannten Bedingungen erfüllen, dann unter allen Umständen den liberalen Kandidaten vorziehen, scheint mir bedenklich. Es kann dann leicht vorkommen, daß der liberale Kandidat bei der Hauptwahl uns mit den schmutzigsten und niederträchtigsten Mitteln bekämpft und dadurch statt unserer in die Stichwahl kommt. Ich gebe Bebel doch zu bedenken, ob man diesen Passus nicht streichen oder durch einen anderen ersetzen soll, daß in solchen Fällen der Kandidat vorzuziehen ist, dessen Partei Gegenseitigkeit verbürgt.

Ein von Direktor Altenburg gestellter Schlußantrag wird von Hingeb-Berlin mit dem Hinweis bekämpft, man solle doch einige Redner noch Gelegenheit geben, auf die Frage der Stichwahlparole näher einzugehen und die von Haupt erhobenen Bedenken noch weiter auszuführen; Bebel habe sich wohl scharf gegen das Zentrum, nicht aber genügend scharf gegen die Liberalen geäußert.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Bebel (Schlußwort):

Wenn Hingeb bei seiner Bekämpfung der Ablehnung des Schlußantrages hervorhob, daß ich zwar das Zentrum scharf angegriffen habe, nicht aber ebenso scharf die liberalen Parteien, so ist doch hervorzuheben, daß ich wiederholt auch auf die Haltung der liberalen Parteien bei den verschiedenen Vorlagen eingegangen bin und darauf hingewiesen habe, wie sie mit unseren übrigen Gegnern zusammen gestimmt haben. Ich will nicht bestritten, daß man in einem einstündigen Vortrag nicht die ganze Situation nach allen Richtungen hin beleuchten kann. Aber so viel politische Erfahrungen haben wir ja alle, daß wir wissen, was wir von den Liberalen zu erwarten haben. Noch gegen ein starkes Widerstandsmaß muß ich nicht wenden. Haupt und eine Reihe anderer Redner haben es so dargestellt, als wenn wir es ipso facto für die Liberalen zu stimmen haben. Es ist nichts weiter gesagt als das: stehen in engerer Stichwahl zwei Kandidaten, die bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen. Das ist doch ungeheuer klar. Sehen Sie z. B. den Fall, ein Liberaler und ein Zentrumsmann stehen in Stichwahl, wir scheiden aus, wir bleiben natürlich außer Frage. Wo wir selbst in Frage kommen, bieten wir natürlich alles auf, um den Sieg an unsere Fahnen zu heften. Aber die Frage kann ja nur entstehen, wenn wir ausfallen. Nun sagte Haupt, dann wird der Liberale alles anbieten und auch die schmutzigsten Mittel anwenden, um uns aus der engeren Wahl zu drängen. Glauben Sie, daß er das nicht so wie es ist? (Weiterkeit.) Die schmutzigsten Mittel anzuwenden, ist nicht sein gutes Recht; alles aufzubieten, um uns aus der Stichwahl herauszuwerfen, das ist sein gutes Recht. Da hat er ebenso viel Recht wie wir. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß gerade diejenigen, die die niederträchtigsten und schmutzigsten Mittel anwenden, sehr schlecht abschneiden. (Sehr richtig!) Ich glaube also in der Tat, daß der Passus ganz gerecht ist, und daß die Befürchtungen, die dagegen erhoben werden, nicht zutreffen.

Ich habe weiter zu erklären, daß wir es als selbstverständlich erachten, daß bevor die Entscheidung in den einzelnen Wahlkreisen getroffen wird, man sich mit den Bezirks- und Landesorganisationen und den Parteivorstand in Verbindung zu setzen hat, und daß der Parteivorstand auch in diesem Falle als eine Art Zentralinstanz für ganz Deutschland besteht.

Nun möchte ich selbst eine kleine Änderung an der Resolution vorschlagen. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß es sich unter Umständen bei der Frage in Passus 5 der Resolution auch um neue Zölle handeln kann, und daß besonders der Rückgang in Frage kommt. Deshalb schlage ich vor, den Passus 5 folgendermaßen zu fassen: gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse. Damit ist diese Klage ausgefüllt.

Die Genossen in Dortmund haben nun beantragt, daß am Tage der Wahl die Arbeit ruhen soll. Ich bitte Sie im Namen des Parteivorstandes, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir sind mit dem Inhalt vollständig einverstanden. Aber wenn wir einen derartigen Beschluß fassen, dann besteht die große Gefahr, daß der Glaube erweckt wird, die Genossen müßten die Arbeit ruhen lassen. Dadurch können Konflikte mit den Arbeitgebern hervorgerufen werden und Angelegenheiten aller Art entstehen, die wir in diesem Falle vermeiden möchten. Wo man glaubt, die Arbeit ruhen lassen zu können, mag es geschehen. Aber wir raten davon ab, einen derartigen Beschluß zu fassen.

Gegen den Antrag Bernstein habe ich durchaus nichts einzumenden. Nach der Begründung halte ich es für sehr nützlich, wenn eine derartige Broschüre zur Aufklärung der Beziehungen Deutschlands zu England geschrieben wird. Es wird ja möglich sein, eine solche herzustellen zu lassen.

Nun eine Bemerkung gegen die „Weimarische Zeitung“ (das amtliche Nachrichtenblatt für das Großherzogtum). Sie bringt einen Artikel „Der Lebensnerv des deutschen Volkes“ vom heutigen Tage, dem 15. September. Da ist als Motto angegeben: Wir fordern die Befreiung der Zölle, weil wir dem Deutschen Reiche den Lebensnerv abknicken wollen. August Bebel auf dem Parteitag in Jena 1911.

Das Lügen, das längst bereits sehr frühzeitig an, und das Hälchen und das Verkommen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist eine ganz gemeine Fälschung und Verdröpfung meiner Worte. Das ist eine doppelte Schande, wenn das Blatt sich ein Amtsblatt nennt und sich zu einer solchen Fälschung herbeiläßt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe gesagt, daß die Agrarzölle nicht aufrechterhalten werden können, daß sie nicht auf einmal, sondern nach einander fallen müssen, und daß sie nach unserer Auffassung gleich fallen sollten. Geht es so, so kommt allerdings das Reich insofern in Verlegenheit, als bisher keine Haupteinnahmequelle die Zölle waren. Da muß es für andere Einnahmequellen sorgen, da muß es noch direkten Steuern gehen. Es ist eine Schand und Schande für den betreffenden Herrn, in solcher Weise zu behaupten. (Lebhafte Zustimmung.)

Krupp-Dortmund zieht den Antrag Dortmund zurück. (Schluß in der 2. Beilage.)

Allgem. Orts-Krankenkasse für Tempelhof.
Einladung zur Wahlversammlung
 am Montag, den 25. September, im Restaurant Wilhelmshof, Tempelhof, Berliner Str. 9.
 Gemäß § 49 des Statuts ist eine Neuwahl sämtlicher Delegierten erforderlich.
 Zu wählen sind:

28 Vertreter der Arbeitgeber
 57 " der Rassenmitglieder
 und 30 Erfahrmänner.

Die Wahl der Rassenmitglieder findet von 5^{1/2} bis 7^{1/2} Uhr abends, die der Arbeitgeber von 8^{1/2} bis 9 Uhr abends statt.

Die Wahlen sind geheim und werden durch Stimmzettel vorgenommen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Rassenmitglieder und Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Für die Rassenmitglieder genügt zur Legitimation das Quittungsbuch oder Karte. Tempelhof, 15. September 1911.

Der Vorstand
 der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Tempelhof.

H. N. Jacob Flieg, 1. Vorsitzender.

Ich suche zu kaufen oder zu tauschen einzelne Fahrgänge oder vollständige Reihen des "Vorwärts" und bitte um schriftliche Offerte.

Karl W. Hiersemann,
 Buchhandlung und Antiquariat,
 Leipzig, Königstr. 29.

Greift zu!
 Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten. Berlins gearb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jackott-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Wint-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.
Warme Winter-Joppen.
 Große Abteilung neuer Garderobe.
 Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
 (Nähe Strausberger Pl.)
 Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Enorm billig
 Vorjährige feinste **Ulster-Anzüge**
 von 20-60 M.
Billige Hosenwoche.
Versandhaus Germania
 Unter den Linden 21.

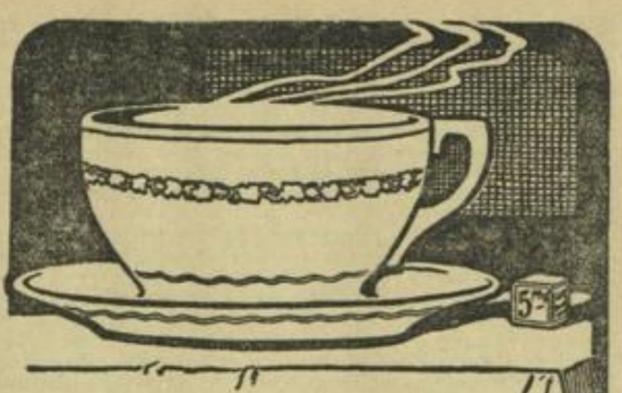
Stoffe
 Loden für Anzüge, Wetter-Pelzinnen imprägniert Mtr. 1,50, 2,50, 3,50 M.
 Tuchlager Koch & Seeland, G.m.b.H.
 Gertraudenstr. 20-21, Petrikirche.

Tadellos 1 M.
 wöchentliche Teilzahlung
 liefert elegante
Herren-Moden
 fertig und nach Mass
 Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.
J. Kurzberg
 Maß-Schneiderel
 Rosenthaler Str. 40-41 | Frankfurter Allee 104
 am Hackeschen Markt. | Ecke Friedenstrasse.

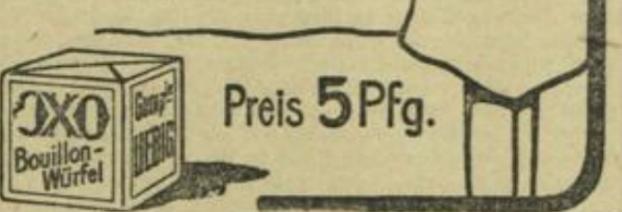
Los nur 1/2 Mark!
 Ziehung am 21. Sept. 1911.
Schneidemüller
 Automobil- und Pferde-
Lotterie
 3103 Gewinne i. Werte v. Mark
100000
 Hauptgew. 1 Automobil v. v. M.
15000
10000
5000
3000
2000
 4 komplett bespannte vier-, zwei- und einspannige Equipagen im W. von M.
 11 Lose aus verschied. 5 M.
 Lose à 50 Pf., extra durch das General-Debit
H. C. Kröger
 Berlin W 8, Friedrichstr. 193a
 sowie alle durch Plakate kenntlich. Verkaufsstell.

1 Mark
 wöchentliche Teilzahlungen
 liefert elegant fertige
Herren-Garderoben
 macht für Mass gefertigt, n. Mass tadellos. Ausfüh.
Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurter Strasse 37, II
 Eingang Strausberger Platz
 (I. Geschäft).
 Turmstr. 18
 nur erste Etage, kein Laden.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
 Neue Friedrichstr. 35
 neben Zentral-Markthalle
 liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
 nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz geg. wöchentl. Teilz. von 1 Mk. an. Ausgabebereit u. Werkstoff im Hause. Auf Wunsch Besuch d. stehenden m. neuest. Stoffmustern.
 Sonntag geöffnet.



Diese große Tasse
 feinsten Fleischbrühe liefert Ihnen ein Aufguß heißen Wassers auf einen
OXO Bouillon-Würfel
 der Comp^{ie} **LIEBIG.**



Preis 5 Pfg.
Möbel
 Spezial-Geschäft
 Auch

Teilzahlung
 Große Frankfurter Straße 45-46, I u. II

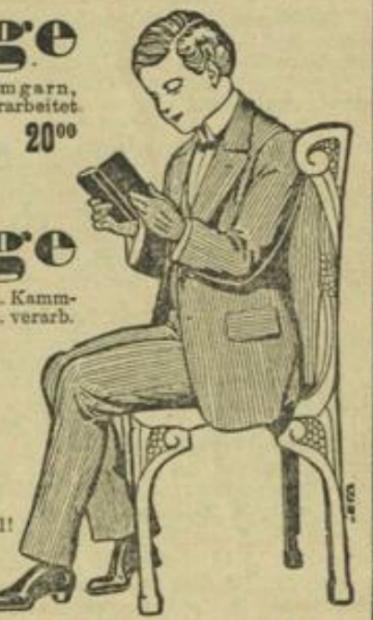
Wilhelm
Misch

Cigarren-Händlern
 bequemsten Einkauf zu billigsten Preisen bietet das größte und reichhaltigste ausgestattete
Tabak-, Cigarren- und Cigaretten-Engroslager
Carl Röcker, Berlin O. 27,
 Grüner Weg 112. — Fernsprecher VII, 3861.
 Officiere sämtliche bekannten Berliner und Dresdener Marken zu Original-Fabrikpreisen.
 Ferner: Oesterreichische und ungarische Regie-Tabake.
 Neu aufgenommen:
„Rolezi-Wahlrechts-Cigaretten“.
 Generalvertrieb für **dänischen Kapitän-Kautabake,**
 Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Kautabak-Fabriken G. A. Hanswacker und Grimm & Triepel in Rindshausen; Brödr. Braun in Kopenhagen, Joh. Dannehl, Waldow, sowie F. Goldfarb's Schnupftabake, Kr. Stargard.
 Bei **Neueinrichtungen** von Cigarren-Geschäften bitte m. bestassortiertes
Cigarren-Engroslager
 zu beschäftigen. — Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preislagen.

Gänse! Gänse!
 Sämtliche **Gänse-Artikel** täglich frisch und in großer Auswahl. —
 Billigste Tagespreise!
Prima Schlack- und Salamiwurst a Pfd. 1,20.
Hermann Leibner, Klosterstr. 95,
 Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. II. Zentral-Markthalle Stand 23.

Möbel
 liefert auf bequeme **Teilzahlung** bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Zur Einsegnung
Anzüge
 aus schwarzem Kammgarn, ein- u. zwei-reihig verarbeitet.
 14⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁰⁰ 20⁰⁰
 22⁰⁰ 24⁵⁰
Anzüge
 aus blauen Cheviot- u. Kammgarnstoffen, zwei-reihig verarb.
 15⁰⁰ 17⁰⁰ 19⁰⁰
 21⁰⁰ 24⁰⁰ 27⁰⁰
 29⁰⁰ - 45⁰⁰
Prüfungsanzüge
 in größter Auswahl!
 Anfertigung nach Maß innerhalb 24 Stunden
M. Schulmeister
 Herren- und Knaben-Konfektionshaus
 Dresdener Str. 4 Berlin SO, 26 Dresdener Str. 4
 Eckh. a. Kottbuser Tor Eckh. a. Kottbuser Tor
 Kataloge porto- u. kostenfrei.



MÖBEL-SELBIGER
Brunnen-Str. 22
 im Fabrikgebäude neben Kaufhaus Jandorf
Selten günstige Gelegenheitskäufe
 in Schlaf-, Speise-, Wohnzimmer, jede Holz- und Stilkart. Moderne bunte Küchen zu enorm billigen Preisen
 Wohnzimmer 210 M., Herrenzimmer 388 M.
 Speisezimmer 422 M., Küche 45 M.
 Zahlungsvereichterung gestattet

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
 (Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

 Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00
 Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00
 Nur schlechteste moderne Ware
 Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Sensation
 erregen meine
3 Schlager-
Anzüge, Paletots und Ulster
 aus besten deutschen und englischen Stoffen.
 Garantie für tadellosen Sitz und beste Verarbeitung.
Mk. 48 58 68
 Besonders empfehle meine Hose, Spezialität im Schnitt
Mk. 15 18 21
 Monatlich 10 Mark Abzahlung.
Martin Katz
 Schneidermeister
 Berlin S. Schönberg
 Dresdenerstr. 76 II. Hauptstr. 158 I

Zur Beachtung!
MAGGI Suppen tragen auf der Umhüllung jedes Würfels den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke  Kreuzstern. Achten Sie gefälligst darauf beim Einkauf, denn andere Würfel stammen **nicht** von **MAGGI**.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß der 1. Beilage.)

Der Antrag Bernkei wird angenommen. Die Resolution des Parteivorstandes wird mit der von Bebel vorgeschlagenen Ergänzung einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

Reich-Hamburg schlägt vor, die Reserate Bebel's in Broschürenform herauszugeben.

Bebel:

Ich bitte Sie, den Antrag abzuzeichnen. Die Vorträge kommen in ausführlicher Weise ins Protokoll. Dann bekommen wir auch für die Wahlen eine so ungeheure Masse an Material, daß ich gar nicht weiß, wie sie verteilt werden soll.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Beil (zur Geschäftsordnung):

Es schwirren hier auf dem Parteitag allerlei Gerüchte. Es ist mir von verschiedenen Seiten die Mitteilung zugegangen, daß ein Teil der Jenaer Studentenschaft, der hier in Jena anwesend ist, den Genossen erklärt hat, ob er nicht in irgend einer Form heute nachmittag das Manifest hören könnte.

Vorsitzender Leber:

Das Amt hat gestern Abend erfahren, daß die hier anwesenden Studenten und auch die, die in der Nähe wohnen, gestern Abend im Weimarer Hofe eine Sitzung abgehalten haben, um zu hören, wie sie unter Fest hören können.

Geworden jetzt

„Sonstige Anträge“

berate.

26. Bremen: Der Parteitag möge beschließen: Der Zentralschulbildungsausschuss wird aus Delegierten der Provinzial-, Distrikts- oder lokalen Bildungsausschüsse zusammengesetzt.

1. Parteitag Sachsen-Altenburg: Der Parteitag soll beschließen, in Zukunft soll bei Anlässen u. a., bei denen allgemeine Sammlungen vorgenommen werden, die Partei selbst Sammlungen vornehmen, um nicht wieder, wie in Laddob, die Gesellen der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.

2. Niederbarnim: In Erwägung, daß bisher die für die Gewerkschaften reservierten Säle der Parteischule nicht voll ausgenutzt wurden, wird der Parteivorstand beauftragt: Um eine volle Verwertung der Schule zu erzielen, in Zukunft etwa freibleibende Säle anderweitig besetzen zu lassen, wenn sechs Wochen vor Eröffnung des Kursus die volle Schülerzahl nicht angemeldet ist.

3. Berlin IV: Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitag's in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgeweckt werden, den Schnapsgenuss zu unterlassen.

4. Stuttgart: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, dafür zu sorgen, daß künftig in der Parteipresse Schnapsinhalte nicht mehr aufgenommen werden.

5. Bremen: Der Soz. Verein Bremen bedauert, daß der Parteivorstand es nicht für nötig gehalten hat, in eine allgemeine Aktion gegen den Moroskorummel einzutreten. Die Versammlung ersucht den Parteitag, dafür Sorge zu tragen, daß der Parteivorstand in Zukunft solche wichtige, die ganze zivilisierte Welt in Aufregung setzende Fragen nicht so gleichgültig behandelt.

6. Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin Resolution: Die Verhandlungen über die Genossenschaftsfrage und die einstimmige Annahme des Antrages über das Genossenschaftswesen auf dem Magdeburger Parteitag haben endlich die langersehnte Regelung des Verhältnisses zwischen Partei

Die Anträge 25, 51 und 57 werden nicht genügend unterstützt. Den Antrag 52 begründet Düssel-Berlin: Die Genossenschaften haben von ihrem Rechte, die Pläne der Parteischule zu besetzen, nicht genügend Gebrauch gemacht.

Heinrich Schulz: Im Einverständnis mit dem Parteivorstand bitte ich, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Es ist nicht richtig, daß die Hälfte der Plätze leer geblieben ist; freilich sind nicht alle besetzt worden.

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen. Den Antrag 53 begründet

Auswerschmidt-Berlin: Unser Antrag will den Leipziger Schnapsbottelbeschlus bekräftigen. Gerade bei den Reichstagswahlen ist es angebracht, den Schnapsbottel erneut durchzuführen, denn Leute, die Schnaps trinken, die folgen nicht uns, sondern den Gegnern. Und unsere Gegner verwenden, namentlich im Osten, den Schnaps nicht selten zur Wahlbestechung.

Der Antrag wird angenommen. Zum Antrage 54 führt

Welfenbuhr aus: Es ist schon öfter gewünscht worden, daß die Parteiblätter bestimmte Inserate nicht aufnehmen sollen. Aber auf einem Parteitag kann man das nicht beschließen. Was soll denn als Schnapsinserter gelten? Da sind die großen Warenhäuser, die eine große Einnahme der Parteipresse bilden, und wo neben Wäsche, Teppichen, Gemälden usw. auch mal Rum oder Cognac verzeichnet steht.

Der Antrag wird abgelehnt. Zur Resolution 55 spricht

Wohler: Der Inhalt der Resolution weist deutlich auf das Problem hin, das gegenwärtig das wichtigste in der Genossenschaftsbewegung ist. Keiner von uns wird das Ansinnen stellen, daß die Genossenschaftsbewegung Parteipolitik treiben soll, auch nicht in dem Sinne, daß der Sozialdemokrat wirtschaftliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen.

und Konsumgenossenschaften gebracht. Klar und scharf wurde hervorgehoben, daß die Arbeiter die Hauptträger der Konsumgenossenschaftsbewegung sind und daß diese bemüht sein müssen, diese Bewegung mit sozialistischem Geiste zu erfüllen, damit auch die Konsumvereine als Waffen im proletarischen Emanzipationskampfe Anwendung finden können.

Das steht aber auch voraus, daß die leitenden Männer der Konsumgenossenschaftsbewegung dieser energischen Willensäußerung der imponenten Masse politisch organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen nicht entgegenarbeiten und diesen Willen durch so widerliche Zeremonien von Neutralität, wie sie der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Heinrich Kaufmann gezeichnet hat, geradezu verhöhnen.

Der Parteitag wendet sich mit aller Schärfe gegen diesen Neutralitätsfanatismus und erhebt energischen Widerspruch. Er spricht aber auch gleichzeitig aus, daß eine Wiederholung solcher Verhöhnungen nur dann anzuhören ist, wenn durch massenhaften Eintritt der Genossen und Genossinnen in die Konsumvereine und rege Anteilnahme an der Bewegung derselben die Möglichkeit geschaffen wird für die Ausbreitung sozialistischer Geistes in den Konsumvereinen.

Nur dann können die tiefen Gegensätze zwischen Masse und Führer verschwinden und die auf dem Magdeburger Parteitag und dem Internationalen Kongress in Kopenhagen ausgesprochenen Erwartungen in Erfüllung gehen.

67. Düsseldorf: Um die Frauen zur intensiven Mitarbeit zu befähigen, wolle der Parteitag beschließen, daß seitens des Parteivorstandes Unterrichtskurse zu diesem Zwecke eingerichtet werden.

tatives Hinneigen zu bürgerlichen Anschauungen. (Widerspruch.) Das ist tatsächlich ein scharfer Gegensatz zur Arbeiterbewegung. (Zuruf: Unsinn!) Wir müssen Mittel und Wege finden, um das zu ändern. Im Augenblick ist durch die Einbringung der Resolution genug geschehen. Die Offenheit ist auf den bestehenden Konflikt aufmerksam gemacht worden. Das genügt, ich ziehe daher die Resolution zurück.

Engler-Freiburg: Ich halte es für illegal, daß hier eine solche Rede zur Begründung der Resolution gehalten wird und daß dann die Resolution zurückgezogen wird. (Zustimmung.) Ich hätte es begrüßt, wenn man dem, was Böhre hier gesagt hat, in einer Debatte hätte entgegenzutreten können. (Zustimmung.)

Vorsitzender Diez: Da die Resolution zurückgezogen und nicht wieder aufgenommen ist, ist die Diskussion geschlossen.

Den Antrag 56 begründet Müller-Düsseldorf: Wir halten es für notwendig, daß unsere Programmforderung, Trennung der Kirche von der Schule und Trennung der Kirche vom Staat scharfer als bisher propagiert wird, weil alle bürgerlichen Parteien mehr und mehr die Kirche in den Dienst ihrer Interessen stellen.

Heinrich Schulz-Berlin: Die Tendenz des Antrages ist mir äußerst sympathisch, aber wir können ihn nicht ohne weiteres annehmen, sondern wir müssen ihn dem Parteivorstand überweisen. Seine Ueberweisung an den Parteivorstand würde erneut eine Angelegenheit in Fluß bringen, die eigentlich noch nicht erledigt ist. Die von der Genossin Jettin und mir dem Mannheimer Parteitag vorgelegten Leitfäden über das Erziehungs- und Bildungswesen sind bisher immer noch nicht offiziell von der Partei beraten und angenommen worden.

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

Der Parteitag vertagt sich. Die Nachmittags-Sitzung fällt aus. Die Parteigenossen von Jena haben zu Ehren der Delegierten für den Nachmittag ein Manifest vorbereitet.

Vorf. Diez: Wir haben morgen noch zu erledigen den Antrag 78, den Antrag 80, dann haben wir den Bericht der Beschwerekommission und die Feststellung des Wahlergebnisses entgegenzunehmen und den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen. Wenn alles nach Wunsch geht, dürften wir gegen 11 Uhr mit unserer Arbeit fertig sein.

Schluß 1 Uhr.

Berichtigung.

Im Bericht des letzten Verhandlungstages, Vormittags-Sitzung, 13. September, ist folgender Irrtum unterlaufen: In der Impfdebatte muß der Redner hinter Sachse „Dullmer-Stuttgart“ heißen: „Wolf-Döhlen“.

*) 78. Der Parteitag anerkennt die Notwendigkeit, dem Ausbau der Parteisekretariate erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, entsprechend dem gesteigerten Leben der Partei und seinen vermehrten Anforderungen an diese Institute. Als Mittel zum Zweck erachtet er neben der materiellen Vervollständigung der leitenden Sekretäre die gute technische Ausgestaltung der Sekretariate und die Anstellung weiterer Kräfte. In Besitzen, wo es von Bedeutung ist, daß breite proletarische Frauenmassen agitatorisch erfasst und den Organisationen ihrer Klasse zugeführt werden, sollte außer dem leitenden Sekretär eine Sekretärin tätig sein.

Alara Jettin und 26 Genossen.

80. Der Parteitag nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem neuen Ataken des eiddrähigen Zarisismus gegen das finnische Volk. Es brandmarkt die unter dem Vorwande strategischer Notwendigkeiten begonnene Verhinderung Finnlands als einen Akt unerbittlicher Vorgehens, durch den die russische Regierung ihre bisherigen Infamien gegen das finnische Volk noch übertrumpft.

Der Parteitag spricht der tapferen finnischen Bruderpartei und dem geeinigten finnischen Volke im Namen des kämpfenden deutschen Proletariats seine herzlichsten Sympathien aus und das Gebotnis der Unterstützung in den schweren Kämpfen, die das finnische Volk geführt von dem finnischen Proletariat, gemeinsam mit dem russischen Proletariat zur Niederwerfung des Zarisismus durchzuführen hat.

Unterstützt durch: Fr. Wehlo, H. Hoppe, Ribadow, Otto Krug, Edwin Wolf, Anna Simon, Heus, Ebdow, Hunschebe, Rob. Schmidt, F. Pröblich, A. Sinke, W. Dams, H. Müller, Eugen Brüdner, A. Barchel, A. Scholz, Adolf Hoffmann, R. Greger, Oskar Cönen.

Glasmalerei.

(Zur Ausstellung bei Keller u. Meiner.)

Es wäre falsch, anzunehmen, daß es sich um eine Malerei handle, die mit dem Pinsel auf einer Glasfläche geschieht. Es wäre richtiger, von Glasmalerei zu sprechen; aber ganz richtig wäre das auch nicht. Denn für einige Prozesse des technischen Vorgehens wird der Pinsel notwendig. Man könnte von einer Glasbildkunst reden; doch hat auch das seine Bedenken, die weil der normale Sprachgebrauch bei dem Worte „Bild“ mehr an etwas Persönliches als an das Ornamentale denkt. Die Glasmalerei, wenigstens zurzeit die moderne, will aber keineswegs Naturähnlichkeit imitieren. Sie will sich in den Dienst der einen Raum umfassenden Fläche stellen; sie will der Wand eine Verzierung sein. Eine Glasmalerei, die in der Fensterabdeckung irgend eines Saales sitzt, will nicht den Blick nach außen schweifen lassen, sie will ihn im Gegenteil arretieren, daß er an dem bunten Fenster anhalte und es als ein besonders wertvolles Stück Raumbegrenzung empfinde. Somit scheint es zutreffend, das Glasbild den architektonischen Elementen zu stellen, den Mitteln, die der Architekt für seine Rechnung braucht. Und dies um so mehr, als in der Tat die Herstellung solch eines Glasbildes eine Art von Architektur ist: es wird aus einzelnen Glasstücken aufgebaut. Wenigstens war das die Technik zu allen guten Zeiten; auch heute ist sie es wieder. Wobei freilich zu beachten bleibt, daß solchem Vorfalle meist eine Verzierung wurde, nicht zum wenigsten durch den Pinsel. Man sieht: die Sache scheint ein wenig verworren. Im Grunde aber ist sie doch ganz einfach und klar; nur die Vocabel — Glasmalerei, Glasbildkunst, Glasmalerei, Meierglasmalerei — schaffte hier und da Verwirrungen. Der argste dieser Verwirrer war jenes populäre Monstrum, das man für 50 Pf. kaufen und auf eine Scheibe billigen Glases kleben konnte: die Diaphanie. Mit diesen bunten bedruckten Papieren ließ sich alles erreichen, ganze Gemälde, selbst die Bleistiftzeichnungen, die sonst den einzelnen Glasern im Zusammenhange geben, waren mit Leichtigkeit zu imitieren. Und jedem verständigen Menschen mußte es lächerlich erscheinen, ein Stück gemeines Glas durch das Ausstopfen einer Ovale in etwas wandeln zu wollen, was zu den schönsten Schätzen alter Bauwerke gehört. Als die Zeit der Erkenntnis kam, als man Technik und Material wieder zu ehren begann, versiel die gekleidete Substanz der Diaphanie. (Nun Sie solch kleines Scheußliches irgendwo vor den Fenstern hängend oder in der Tür eines Schrankes montiert haben, waschen Sie es ab, oder legen Sie es in die Kommode!)

*) Für Sonntag, den 17. September, von 9-11 Uhr, wurde der Eintritt auf 25 Pf. ermäßigt. Um 10 Uhr beginnt eine Führung unter sachverständiger Leitung.

Am Anfang, als die Kunst noch von den Mönchen betrieben wurde, war es so, daß farbige Gläser zurechtgeschliffen und durch Meiruten bildlich zusammengefaßt wurden. Bald aber wollte man die Effekte mehrern, man wollte das Rot des Glases an einigen Stellen dämpfen, an anderen ganz zudecken. Man lernte das Schwarzlot nützen; Eisenhammerschlag, der mit Wasser angerührt, mit dem Pinsel aufgetragen und dann eingekramt wurde. Damit ließ sich die Farbe des Glases nuancieren, auch dessen Durchsichtigkeit. Es ließen sich Holten, Gefäßzüge, die sogenannten inneren Konturen in die Flachfläche des Glases eintragen. Eine weitere Entdeckung kam hinzu: man beobachtete das Silber, wenn es als ein mit Wasser angerührtes Pulver auf das Glas gerieben und dann gekramt wurde, sich dem Glas als ein schönes transparentes Netz vereinte. Das mußte man, sich Sonnenstrahlen ausleuchten und Sterne funkeln. Zum dritten wurde das Ueberfangglas erfunden. Das ist ein Glas, bei dem etwa über Blau ein Rot liegt; wenn das Rot an einigen Stellen fortgeschliffen oder nicht wird, so kommt das darunter befindliche Blau zu seiner Geltung. Es war bequem und selbstverständlich, dies Prinzip für die verschiedensten Farbmischungen, für vielerlei Zeichnungen zu verwenden. Das tat man bereits im späten Mittelalter, tat es mit noch größerem Erfolge in den Zeiten der Renaissance und des Barock. Die herrlichsten Stücke der alten Glasmalerei arbeiten mit diesem dreifachen Mittel: des Schwarzlotes, des Silbergelbes und des Ueberfanges. Die moderne Technik will nichts anderes. Nur muß man bedenken, daß die weiter fortgeschrittenen Fabrikan heute eine weit größere Auswahl an fertigen Gläsern auf den Markt bringt: getrübe, milchige, schillernde, rosenbogene, scheinbar flüssige. Mit solchen Reichtum wachsen die Möglichkeiten der Glasmalerei, ohne das Gefäß des Malers zu gefährden.

Von dem, was heute in solchem Sinne geleistet werden kann, gibt die Ausstellung des Künstlerbundes für Glasmalerei einen gründlichen Befund, auch einen sehr farbigen und amüsanten. Es ist lustig, diese durchsichtigen Teppiche, diese leuchtenden Wobelin, diese blumigen oder tierischen Organisationen aus so fernem Blau, schmetterndem Gelb und brennendem Rot, diese flüchtigen Aufbauten aus Herbenstein anzuschauen. Es ist interessant zu sehen, wie mannigfaltig die einzelnen Persönlichkeiten ihre Art zum Ausdruck bringen, ohne die Technik zu verlassen. Es läßt sich beobachten, daß manche Maler, denen der willige allzu willige Pinsel leicht eine Gefahr wird, in der Glasfläche und der Meirute fruchtbarere Lehrmeister erhalten. Das gilt besonders für unsere Jünglinge; die müssen sich händigen und müssen ihren Glückseligkeitsrausch einer architektonischen Rechnung untertan machen. Trotzdem wäre es natürlich ganz falsch, zu sagen, daß zum Beispiel Max Beckstein erst im Glasbild zu sich selber kam. O nein, so fröhlich und feurig auch seine Glasbilder sind, auf dem Papier und auf der Leinwand kommt seine Art doch unmittelbarer und leidenschaftlicher zum Ausdruck.

Kleines feuilleton

In der japanischen Holzindustrie grassiert in denjenigen technischen Werkstätten, in denen das sogenannte Tagahasanholz verarbeitet wird, die Augenentzündung in mannigfaltiger Intensität, zugleich Hautentzündung mit schwarz-bräunlicher Verfärbung entblößter Körperstellen, wie am Gesicht, an der Brust und den Händen, die wie mit Schilfpulver bestreut aussehen. Die Schuld liegt an der Wirksamkeit einer pulverförmigen Substanz, die sich in den Spaltungen und Röhren des Tagahasanholzes vorfindet. Dieses Holz, das zur Herstellung eleganter Pfeiler und Möbel verwendet wird und wegen seiner Härte, Schwere, prächtigen Maserung und sehr polierfähigen Schnittfläche sich großer Beliebtheit erfreut, kommt von China aus in den Handel; jedoch dürfte es wohl in Ostindien heimisch sein. Früher teils den Guttiperwachsen zugehört, teils als Balmenart angesehen, ist es jetzt in Wirklichkeit als eine Kaffeeart der Leguminosen erkannt worden. Das schwarze Pulver, an der Luft überbraun bis schwarzlich-biolett werdende geruchlose Pulver ist chemisch eng verwandt mit dem Chinrobin, das in der Medizin häufig zu Salben Verwendung findet. Dr. Sawakawa aus Tokio, der eine Reihe von Tierversuchen und chemischen Untersuchungen mit diesem Tagahasanholzpulver anstellte, wies nach, daß es ebenso wie es auf den Augen und der Haut Entzündungen hervorruft, auch innerlich schwere Störungen der Nieren und Verdauungsorgane zu bewirken imstande ist. Er fordert zum Schutze der Arbeiter dieses Industriezweiges mögliche Vermeidung jeder Staubentwicklung und die Verwendung von Schutzbrillen und Handschuhen bei der Verarbeitung des Holzes in den einschlägigen Betrieben. Vielleicht ist das Tagahasanholzpulver dazu berufen, statt des Chinrobin als Zusatz zu Salben gegen Hautkrankheiten Verwendung zu finden.

Notizen.

— Das Damenhutverbot ist vorläufig außer Wirkung gesetzt — bis Herr v. Jagow von seinem Sommerurlaub heimgekehrt sein wird.

— Der Zensurkreislauf ist schon wieder wacker an der Arbeit, kaum daß die Theaterjahren begonnen hat. Man verbietet sich auch schon die Stücke, die in Berlin, Wien und anderen Orten bereits Hunderte von Aufführungen hinter sich haben. Dem Dan-noverschen und Münchener Zensur hat es nämlich gefallen, an einem satirischen Liebesdrama: „Das Prinzipien“ von Robert Lischitzischen Anstoß zu nehmen, nachdem er in Berlin 185, in Wien 186mal gegeben und belacht worden ist.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 16. Sept. 1911:
Anfang 4 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Lebende Tierbilder von nah und fern.
Anfang 3 Uhr.

Ensemblehaus. Der Herr Senator.
Anfang 3 1/2 Uhr.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Kumpelkätzchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Cyrenhaus. Bohème.
R. Schauspielhaus. Besthefte.
Deutsches. Ein Sommernachtsstraum.
Neues Schauspielhaus. Des
Keeses und der Liebe Wellen
Weiten. Die Dame in Rot
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Berliner Theater. Die junge Garde.
Haberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Roms Jubiläumstage und seine
Ausstellung.
Kammerpiele. Landul.
Leffing. Glaube und Heimat.
Neues Cyrenhaus. Die schöne
Helena.
Berliner. Bummelstudenten.
Königsgräber Straße. Grete Wiesen-
thal.
Steines. Der Leibgarde.
Neues. Die Frau Grell. König
Debyus.
Komische Oper. Die leuchtende Lanterne.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Thalia. Polnische Bittschaft.
Schiller. O. Der Probekandidat.
Schiller. Charlottenburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Kabale und Liebe.
Ensemblehaus. Die goldene Schüssel.
Trianon. Ihr Mibi.
Suisen. Die Waife aus Lowood.
Casino. Der seltsame Holländer.
Hyone. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wägnge. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königsgräber-Kasino. Spezialitäten.
Serrusfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Kofe. Kaffees Ende.
Hollés Caprice. Die Weisterringer
von Dirnborg. Nr. 14.
Wahalla. Teufel, das hat einge-
schlagen!
Anfang 8 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. Die Diebin.
Intimes. Pariser Ehen.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Schweiz -
Zeltlage. Land und Leute von
Lontin.

Schiller-Theater O. Berliner.
Charlotten-
burg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Erbild des Tarriff.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Darauf: Der eingebildete Kranke.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Darauf: Der eingebildete Kranke.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Darauf: Der eingebildete Kranke.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Bummelstudenten.

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Gastspiel Wiesenthal.
Neues Theater.
8 Uhr. Gastspiel Hansi Niese:
Die Frau Grell.
Dazu: König Oedipus (Wagnere-
drama) mit Hansi Niese als Oedipus.

Theater des Westens.
7 1/2 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die geschiedene Frau.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Sonnabend, 16. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr:
Erste Augenvorstellung:
Kumpelkätzchen.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Letzte Spielzeit unter Direktion
Richard Alexander.
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akte v. Korovil u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearb. v. Helten-
bäckers. - Morgen u. folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah u. fern.
Abends 8 Uhr:
Roms Jubiläumstage und
seine Ausstellungen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Großes Militär-
Doppel-Konzert.
Heute
Große Festbeleuchtung
Eintritt 1 Mk.; Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.

Belle-Alliance-Theater.
8 1/2 Uhr: Seimat.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Hüttenbesitzer.

Suisen-Theater.
Heute 8 Uhr:
Die Waife aus Lowood.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Vollständig neues Programm.
Sensationsvolle Novitäten
u. a.
Die G'schamige.
Ein Dialog nach dem berühmten Bild
von F. v. Rejzkef.
Bera Fortl.: H. v. Laiberg a. G.

Metropol-Theater.
Heute zum ersten Male:
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Nacht von Berlin!
Große Adresseroute in 8 Bildern von
Paul Freund. Musik von H. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Wiederauftreten v. Joseph Josephi.
Joseph Giampietro. G. Thiescher.
Will Bishop. Viktor Norbert.
Debit von Else Kupfer.
Madge Lessing. Gussy Holl a. D.
Lori Leux a. D. Ly Winter etc.
Rauschen gestattet.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Marietta Oily
(Kleines Theater)
Guido Herzfeld
(Deutsches Theater)
in ihrem Sketch
„In einer Nacht!“
Soma Balogh
d. Sänger m. d. doppelte Kohle
und das große
Variété-Programm.

PASSAGE :: ::
PANOPTIKUM
Das größte Schauetablissemant
des Kontinents.
Lebend
der Mann mit der
**eisernen
Zunge.**
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwelende Jungfrau
Alles ohne Extra-Entree

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener
Lacherfolg!
**Das Kind
der Firma**
mit Anton und Donat Herrnfeld in den
Hauptrollen. Bocher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Börnerstr. 11-13 Uhr (Theaterkasse).
Montag, den 18. d., nachmitt.
3 1/2 Uhr: Sonder-Vorstellung zu
Günsten der Bühnengenossen-
schaft: Das Kind der Firma.
Preise der Plätze: 2 Mk., 1.50
Mark und 1 Mk.

CLOU
Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
!!! Heute !!!
Doppel-Konzert!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen Sonntag, 17. September: Doppel-Konzert! Anfang 4 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags 4-7 Uhr:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Union-Theater
Direktion: Willy Kremer.
Moritzplatz.
Heute Erstaufführung
der dramatischen Novität
**Im großen
Augenblick.**
Schauspiel in 3 Akten von Urban Gad.
In der Hauptrolle:
Asta Nielsen
— die „Duse der Kino-Kunst“ —
Anfang: 9 Uhr. Ende: 11 Uhr.
Vorher von 5-8 1/2 Uhr:
Buntes Programm.
(Neuer Spielplan.)
Alexanderplatz — Unter den Linden
Johnson Jeffries
Erstaufführung in Berlin.

SPORT PALAST
Potsdamer Str. 72
Allabendlich
Hurrah! Parade! Sport-Attraktionen
Grosse militärische Revue in 6 Bildern
ca. 200 Mitwirkende.
2 Musikkapellen. Feenhafte Beleuchtung.
Größter Eispalast der Welt
Reederei Kahnt & Hertzner, Potsdamer Str. 72
Telephon: Amt VII, 2992.
Sonder-Dampfer-Extra-
fahrten mit Musik ab Wallenbrücke jeden Sonntag nach Biegenhale.
Abfahrt 10 Uhr morgens. Fahrpreis hin und zurück 70 Pf.
Billetts im Vorverkauf An der Stralauer Brücke 5 bei Wörda u.
Mörchel.

Zirkus Busch.
Sonnabend, den 16. September 911, abends 8 Uhr!
Gala-Premiere.
Das vollständig neue glänzende eröffnungs-Programm.
Carl Hagenbecks
Schimpansen „Max und Moritz“.
bisher unerreichte Dressleistung.
Perez Troupe (Die 4 Originalen)
Fredrik u. Charles (Amerikanische Reiter)
Moriz u. Vincent (Clowns).
Vica Bros. (Die fallenden Männer).
Geschwister Blumenfeld (Reitkünstlerinnen).
Gebr. Iarlan (Clowns).
Zum 1. Mal auf dem Kontinent!
Paul Conehas Aero-Star
(Trapezarbeit am fliegenden AeroJan!)
Georg Burckhardt-Footitt (Schulreiter).
Anna Stalls (Schulreiterin).
Ernst Schumanns neueste Meisterdressuren (90 Pferde).
Zwergclown Friscools mit seinem Ueber Dackel
Komiker Delboag mit seinem Elefant „Baby“ sowie das gesamte vollständig neue, glänzende Gala-Programm.
Voranzeige!
Morgen, Sonntag, den 17. September 1911
2 große Gala-Vorstellungen nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Das vollständige, glänzende Eröffnungsprogramm.

Zirkus A. Schumann.
Heute abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere:
1000 Jahre auf dem Meeresgrund.
Nach Kollmen aus 1000 Jahre in 4 Bildern. Entworfen und inszeniert von Regisseur und Direktor Adolf Schumann. Einstudiert vom Royal Balletmeister Giovanni Pratesi. Musik komponiert vom Kapellmeister Christ van Dinteren. Die Gesamtinszenierung der Dekorationen, Requisiten usw. aus dem Atelier Georg Handrich, Dresden. Kostüme von Hugo Baruch & Co., Berlin. Die elektrischen Lichteffekte von der Firma Schwabo & Co., Berlin.
Vorher das reichh. Programm.
Ausreten sämtl. Spezialitäten.
Sonntag 2 große Vorstellungen, nachm. 5 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Weisterringer v. Dirnborg
Bunter Solotitel.
Nr. 14.
Esabiter Wintergarten
Artus-Hof
Perleberger Str. 25, Ständaler Str. 11
Direktion: Karl Pirnau.
6 Madonnen
auf der Höhe.
Clown Jansly
mit seiner Tischmille.
M. Wiegmanns
beste Schilfblätter etc. Welt.
Theater - Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Meysel, Britton, Seidel,
Horst, Schröder, Schubert,
Gröning A. u. R. Leirader.
Wagn
montags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 17. d., abends. Schu-
spiel in 4 Akten von D. Griem.
H. Werbach. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 18. d.: Auf Stralauerdam.
Lustspiel in 3 Akten von Josef L.
Krotha. Anfang 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm
Nachmittag:
Kunstlaufproduktionen,
u. a.:
Apachentänze.
Eisbahn-Konzert.
Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballott
Montreal
Die Stadt auf Schlitt-
schuhen.
Neu: Push-Ball-Spiel
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds.: halbe Kassenpreise

Casino-Theater
Lohrenger Str. 37. Täglich 8 Uhr
Abendlich der neue
Berliner Pöffen-Schlager
Der seltsame Hollschinsky.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Marianne.
(Ein Weib aus dem Boite).
Königsstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72, Ecke N. eganderstr.
Täglich:
Der Pariser Tangentisch.
Lustspiel in 2 Akten.
Nurdem erstklassig. Spezialitäten.
Ritwood, Sonnabend u. Sonntag
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Noacks Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Brunnentstraße 16.
Große Extra-Vorstellung:
Der Mann im Monde.
 Besetzung mit Hof. in 3 Akte v. Jacobson.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Volksgarten-Theater.
 Säte für Vereine und Geseft-
 schaften noch einige Sonnabende frei
 bei kalten Bedingungen.
Trianon-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Zhr Alibi.

**Paritätischer Arbeitsnachweis für Buchbinder
 und verwandter Berufe.**

Stotte Holzgerinnen für längere Zeit und auswärtsreise werden
 sofort verlangt. Zu melden von 6-1 Uhr O., Rüdertstr. 9, Aufgang
 links IV. 578b

**Brandenburgischer Provinzialverein
 für Frauenstimmrecht.**

Montag, 18. September, abends 7 Uhr, im Restaurant Preuß,
 Mariendorfer, Rurfürststr. 44:

Oeffentliche Versammlung.

Die Krankenkassenwahlen und die Frauen.
 Referentinnen: Frau Th. Eschholz, Frä. M. Todenhagen. — Freie
 Aussprache. 578b
 Männer und Frauen dringend eingeladen.
 Der Vorstand. J. H. Dr. Dr. Olga Kalschowsky.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
 Zahlstelle Groß-Berlin.
 Bureau: Engelster 15. Geöffnet v. 9-1 u. 4-8 Uhr. Tel. Amt IV, 11443.

Bezirks - Versammlungen
 Sonntag, den 17. September, vormittags 9 Uhr:

- für Blankenfelde im Lokal Staab.
- für Ober-Schöneweide bei Rabe, Wilhelmshofstr. 47.
- für Adlershof bei Kaul, Bismarckstr. 19.
- für Reinickendorf bei Wohlfahrt, Eichbornstr. 18.
- Gruppe der Kunststeinarbeiter bei Haberland, Einickstraße 73.
- für Rummelsburg bei Blume, Alt-Borghagen 56.
- für Johannishal bei Gobin, Roonstr. 2. (Nachm. 4 Uhr.)
- für Niederlehme bei Koch, Restaurant Jägerbräu.
(Nachmittags 4 Uhr.)
Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr:
- für Spandau bei Böhle, Fabelstr. 20.
- für Rixdorf bei Gellert, Stelmeierstr. 93.
- für Schönhauser Vorstadt bei Gilecho, Kopenhagener
Straße 74.
- für Südost u. Süden bei Gades, Forster Str. 9.
Donnerstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr:
- für Norden bei Wernicke, Ackerstr. 123.
- für Nordwest bei Kirschkowski, Besselftr. 9.
- für Osten bei Zietz, Warshawer Straße 61.
- für Charlottenburg im Volkshaus, Rosenthaler Str. 3.
- für Tegel bei Kakles, Berliner Str. 92.
- für Weißensee bei Content, Seidnerstr. 5.
- für Schöneberg und Umgegend bei Grams, Eberd-
straße 27.
Sonntag, den 24. September, vormittags 9 1/2 Uhr:
- für Köpenick im Stadttheater, Friedrichstraße.
Donnerstag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr:

Gruppe der Schallplattenarbeiter
 641 bei Hahn, Rosenthaler Str. 57.

Zahlreicher und pünktlicher Besuch, möglichst mit Frauen, wird er-
 wartet. Die Teilnahme an den Versammlungen wird durch Stempel-
 vermerk im Mitgliedsbuch quittiert. Die Ortsverwaltung.
Achtung! Die Versammlung für den Bezirk Norden findet
 nicht, wie auf dem Laufzettel angegeben, bei Schoppau,
 Kolberger Str. 23, sondern in den Umständen halber bei
 Wernicke, Ackerstr. 123, statt. D. C.

Verband der Schneider und Schneiderinnen,
 Filiale Berlin.
 Telefon: Amt IV 9737. Zebollanstr. 37/38.

Achtung! Innungsmitglieder! Achtung!
 Sonnabend, den 16. September 1911, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 der der
 Berliner Schneiderzunft angehörigen Mitglieder
 in den Arminkassen, Kommandantenstraße 57/58.
 Tages-Ordnung: 163/20*
 Welches Interesse haben wir an der Neuwahl der
 Vertreter zur Zwangsinnung. — Aufstellung der Kandidaten.
 Zu dieser Versammlung sind alle Mitglieder, Kaufleute, Spinn-
 weber usw. eingeladen. — Wegen der Wichtigkeit dieser Angelegenheit er-
 wartet recht zahlreichen Besuch. Die Ortsverwaltung.

Für die kreisförmigen Holzarbeiter Hamburgs gingen folgende
 Beiträge ein: Tischl. Bohrmann 8,—, Tischl. Weidner 8,—, Tischl. Wankel,
 3. Rate 10,63, Tischl. Sotalla 6,—, Tischl. Dittmar, Sechsterklasse 40,—,
 Tischl. Wauer 4,50, Rodm. Heilmann, 3. Rate 7,15, Bergold. Bielefeld
 2,—, Wobellfabr. Cyclop 5,50, Wobellfabr. Unrau Nachf. 8,20, Wobellfabr.
 N. T. Pfaff, Saal II 31,50, Schneidemühle Reichel 8,65, Tischl. Weidner,
 außer Selbst 11,80, Tischl. Nachfall 19,00, Brauerei der Rahmenmacher
 161,20, Tischl. Hauschild 5,95, Tischl. Horstke u. Götlich, 2. Rate 4,50,
 Tischl. Bollmar u. Hante 10,70, Tischl. Born 2,—, Strohfabr. Ludwigs
 25,—, Tischl. Siebert 21,50, Röhrenmüllfabr. Brause 5,40, Tischl. Baboß
 2,50, Tischl. Teitel u. Comp., 3. Rate 7,05, Tischl. Bahn 22,—, Tischl.
 Reimer u. Koffe 13,55, Tischl. Goulig u. Comp., 2. Rate 10,05, Werkst.
 Pfaffath 8,20, Werkst. Wagner 5,—, Werkst. Buhnerbach 20,—, Werkst.
 Kohn u. Beyer 12,10, Werkst. Deede u. Koch 23,45, Werkst. Götz 8,—,
 Werkst. Doh u. Kifola 5,70, Werkst. Karstrop u. Tau 14,50, Werkst. Schwarz
 u. Fröhlich 30,70, Werkst. Trebb 20,—, Werkst. Nögler, Sechsterklasse 20,—,
 Werkst. Behlowitz 2,75, Stellmach. Klemm 14,—, Werkst. Zimmermann
 u. Heint 10,60, Werkst. Reimer u. Barisch, 2. Rate 15,—, Werkst. Wob-
 lard u. Goldschmidt, Sechsterklasse 25,—, Werkst. Weidner 12,—, Werkst.
 Hofmann 4,—, Werkst. Kronjohn, Sechsterklasse 15,00, Werkst. Wob-
 10,50, Werkst. Richter 8,75, Werkst. Vormann u. Korting 10,—, Werkst.
 Wegner 18,75, Werkst. Stern, Seiliger u. Comp. 20,20, Werkst. Barisch
 15,—, Werkst. Zander 15,30, Werkst. Carlwig Nachf. 11,—, Werkst. Wau-
 sell 6,35, Werkst. Ring 40,—, Vereinigte Werkst. für Kunst und Handwerk
 14,80, Werkst. Sierota 7,40, Werkst. Wankel 3,90, Werkst. Wankel 8,—,
 Stellmach. Wierde Nachf. 30,—, Werkst. Prose u. Wegner 9,55, Werkst.
 Rog 4,—, Werkst. Dittmar 15,05, Werkst. Weise 5,35, Werkst. Platow u.
 Comp. 21,—, Werkst. Postmann u. Comp. 9,—, Werkst. Vietri 10,—,
 Werkst. Müller 6,50, Wobellfabr. Stern 7,—, Werkst. Blankenburg u.
 Schnabel, 3. Rate 9,20, Werkst. Steinhilf 8,25, Werkst. Kohn 2,—,
 Werkst. Schorn 10,55, Werkst. Kallia 20,—, Firma Kint Nachf. 28,83,
 Werkst. Meles u. Reumann 16,—, Werkst. Kuske 6,30, Werkst. Duesel,
 2. Rate 6,50, Werkst. Peterken u. Comp. 5,80, Werkst. Kapf, 2. Rate 4,25,
 Werkst. Schuster u. Heuer 5,55, Werkst. Berolina 14,15, Werkst. Müllsch
 Langsch 9,05, Werkst. Friedrich 10,—, Vol-Werkst. Ring 15,—, Werkst.
 Bahl 9,—, Werkst. Raier u. Franz, 1. Rate 5,—, Werkst. Reih u. Comp.
 9,60, Werkst. Berner 2,25, Werkst. Färberberg 16,70, Werkst. Krause
 12,80, Werkst. Grohndach 50,—, Weitenfabr. Reier, 3. Rate 5,90, Tischl.
 Nöbbe 13,80, Werkst. Heim u. Gerken 30,—, Werkst. Staudt 32,45, Werkst.
 Ruch 7,05, Werkst. Groh 18,20, Wobellfabr. Vorsch 15,—, Wobellfabr.
 G. u. Lucas 9,—, Werkst. Pfaff durch Bräuning 15,30, Werkst. König
 11,90, Werkst. Pfaff durch Raske 30,05, Werkst. Försterling 10,45, Werkst.
 Gmmluth 18,10.
 Summa 1516,15 R. Bereits quittiert 2437,00 R. Summa 3954,05 R.
 88/17 Die Ortsverwaltung.

Sichere Merkmale
 guter realer Bedienung liegen in der außerordentlich
 großen Haltbarkeit und den enorm billigen Preisen
 unserer Garderoben. Der Fortfall der großen Spesen
 ermöglicht es uns, mit ganz geringem Nutzen zu
 verkaufen. Es bieten sich daher

für alle Herren

die ihren Bedarf im Verleihhaus feiner Herren-
 Moden, Leipziger Straße 59, am Spittelmarkt,
 decken, ganz besonders große Vorteile.
 Wir empfehlen nur kurze Zeit verliehen gewesene
 und wenig

getragene Anzüge m. 9, 12, 16, 20
 getragene Paletots m. 8, 10, 15, 18

Wir verliehen elegante neue Garderoben, die im Ver-
 kauf bis zu M. 100 kosten, auf Tage, Wochen und
 Monate zu niedrigen Preisen.
Verleihhaus feiner Herren-Moden
 Berlin — Hamburg
Leipziger Straße 59 am Spittelmarkt
 Sonnabends bis 9 Uhr abends,
 Sonntags von 8-10 vorm. und 12-2 Uhr nachm. geöffnet

Für die Hälfte
 der Originalpreise verkauft
WESTMANN
 Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemstrasse)
 Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstrasse)
 einen grossen Teil
hochparter Modelle
 anfangend von
 15 18 23 29 36 48 62 77 95 124 bis 750
 bis 30 36 48 58 72 86 112 154 192 248 bis 1500

Plüschmäntel | **Kostüme**
 in echt engl. Seal, in | echt englisch, blau
 Velour du Nord, Mohair, | Kammergarn, Tuch und
 Wolllinien, Astrachan, | deutsche Phantasiestoffe,
 auf Damast, Cloth u. | das Vornehmste, Apar-
 Seide gefüttert. | teils G. d. d. g. g. g. g. g.

Ulster in deutschen u. echt englischen Fabri-
 kates u. in feinen, besten Fassons.
Pelz-Konfektion
 Pelzackete in Persischer, Electric, Sealbissam-
 elasto u. Orenburger, anis-ass.
Einsegnungs- u. Prüfungskleider
 Sonntag geöffnet 8 10, 12-2.

Reinigungs-Anstalt
 Robert Schmidt Rosenthaler Str. 9
 I. Etage. Ecke August-Strasse.

Wir kaufen getragene Herren-Garderoben, wenn dieselben gut erhalten sind.
 Wir reinigen getragene Herren-Garderoben, so daß dieselben wie neu werden.
 Wir verkaufen getragene Herren-Garderoben

Anzüge u. Paletots für 6.—, 9.—, 12.—, 16.— M.
 Wir verkaufen gereinigte Herren-Garderoben

Anzüge u. Paletots für 10.—, 14.—, 18.—, 22.— M.

Wir können billig sein, da wir keine teure Ladenmiete zahlen.
 Bitte überzeugen Sie sich. — Kein Kaufzwang. — Zuverlässige Bedienung.

Todes-Anzeigen

**Verband der Brauerei- und
 Mühlenarbeiter und verwandter
 Berufsge nossen.**
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß am Mittwoch, den 13. Sep-
 tember, unser Kollege, der Glis-
 arbeiter

Julius Bussian
 nach langer Krankheit verstor-
 ben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 17. September,
 nachmittags 2 Uhr, vom Trauer-
 hause, Eichenstr. 84, nach dem
 neuen Rigborfer Kirchhof am
 Mariendorfer Weg statt.
 Regte Beteiligung erwartet
 14/7 Der Vorstand.

**Verband
 der Lederarbeiter.**
 Filiale Berlin I.
 Am Mittwoch, den 13. d. Mts.,
 starb unser Mitglied, der Weh-
 gerber

Ernst Völkel
 im Alter von 54 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 16. September,
 vormittags 10 Uhr, von der
 Leichenhalle des Reichow-Kranken-
 hause nach dem Sebastian-Kirch-
 hof, Reinickendorf, Humboldt-
 strasse statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 144/17 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten die traurige Nach-
 richt, daß mein lieber Mann,
 unser guter Vater, Schwieger-
 und Großvater, der Rufer

August Bähge
 nach langen schweren Leiden am
 Donnerstag, den 14. d. Mts.,
 vormittags 7 Uhr, sanft entschlafen
 ist. Um stille Beileid bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 17. September,
 nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Hons-Kirchhofes
 in Nieder-Schönhausen - Norden
 aus statt. 58322

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Meritzplatz.
 10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Todes-Anzeige.

Am 11. d. Mts. verstarb plötzlich
 und unerwartet mein lieb-
 geliebter Mann, unser unvergeß-
 licher Sohn, Bruder, Schwager
 und Onkel

Otto Bethke.
 Im Namen
 der trauernden Hinterbliebenen:
Hedwig Bethke geb. Leist.
 Die Beerdigung erfolgt am
 Sonnabend, den 16. September,
 nachmittags 6 Uhr, auf dem
 Sophien-Kirchhofe, Freienwalder
 Straße. 5795

Sozialdemokratischer Verein
 im
5. Berl. Reichstagswahlkreise.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse

Otto Bethke
 (5. Abteilung)
 gestorben ist. 223/13
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonnabend, nachmittags 6 Uhr,
 von der Leichenhalle des Sophien-
 Kirchhofes, Freienwalder Straße
 (Gehlnsdamm) aus statt.
 Der Vorstand.

**Deutscher
 Transportarbeiter-Verband.**
 Ortsverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Haus-
 diener

Otto Bethke
 am 11. d. Mts. im Alter von
 42 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 16. d. Mts.,
 nachmittags 6 Uhr, von der
 Leichenhalle des Sophien-Kirch-
 hofes, Freienwalder Straße, aus
 statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Gürtler

August Schröder
 am 12. September an Herpesleiden
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 19. September,
 nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Neuen Jakob-
 Kirchhofes in Rigdorf, Hermann-
 strasse, aus statt.
 Regte Beteiligung erwartet
 123/3 Die Ortsverwaltung.

Am 13. September verstarb
 nach langem Leiden unser hoch-
 verehrtes Vorstandsmitglied, Herr

Hugo Deutsch,
 welcher mit warmem Herzen und
 scharfem Verstande in unermüd-
 lichem Eifer für die Interessen
 unseres Vereins tätig war und
 sich als Kurator des Männerasyls
 unaussprechliche Verdienste um die
 Kernisten der Armen erworben hat.
 Sein Andenken wird bei uns
 fortleben. 5795
 Berlin, den 15. September 1911.
 Der Vorstand und Verwaltungsrat
 des Berliner Asyl-Vereins für
 Obdachlose.

Straußedern.
 Eine Dame oder ein Herr, der
 vollständig bewandert ist in der Fa-
 brifikation von Straußedern, sowohl
 Zufammenlegen wie auch Reinigen
 und Färben versteht, kann sofort
 lohnende Anstellung in Dänemark
 bekommen. 272/1

Jens Andreasen,
 Garsens (Dänemark),
 Fugholm 11.

**Orts-Krankenkasse
 der Kürschner u. verwandten
 Gewerbe zu Berlin.**
Bekanntmachung.
 Mittwoch, 20. September 1911,
 abends von 7 1/2-9 Uhr,
 in den „Müller-Sälen“, Kaiser-
 Wilhelm-Str. 18 m:

Wahlversammlung
 der großjährigen Kassen-Mit-
 glieder, welche im Bezirk der
 bürgerlichen Ehrenrechte sind.
 Tages-Ordnung:
 Eröffnung von acht Delegierten.

Donnerstag, 21. September 1911,
 abends von 8 1/2-9 Uhr,
 im Restaur. Ruhn, Einickstr. 8:

Wahlversammlung
 der Arbeitgeber, welche Beiträge
 aus eigenen Mitteln zur Kasse
 zahlen. 279/12
 Tages-Ordnung:
 Eröffnung von zwei Delegierten.
 Der Vorstand.
 G. Fricke, Vorsitzender.

Internationaler Glasarbeiterkongreß.

Zu Vorsitzenden werden Girbig-Deutschland und Baart-Holland gewählt.

Borlani-Italien berichtet über den schweren Kampf, den die Glasarbeiter Italiens um die Existenz der Organisation zu führen haben. Er ruft den Kongreß auf, Solidarität zu üben und aus allen Ländern den Bezug fernzuhalten.

Girbig gibt sodann den

Bericht des Sekretärs.

Aus dem Bericht geht hervor, daß das Sekretariat die ihm vom Kongreß in Paris aufgetragenen Arbeiten nach besten Kräften geleistet hat. Redner geht kurz auf alle Fragen ein, die zur Diskussion gestanden haben. Er bedauert, daß die einzelnen Organisationen am internationalen Mitteilungsblatt nicht so mitgearbeitet haben, wie es notwendig ist, und spricht die Hoffnung aus, daß dies in Zukunft besser werden soll; er wünscht, daß größere Mittel bereitgestellt werden, um das Blatt besser ausgestalten zu können.

Samann gibt sodann den Massenbericht.

In der Diskussion sprechen Delrants-Frankreich, Horn-Deutschland, Jonson-Schweden und Häkel-Oesterreich. Letzterer führt dem Kongreß die Schwierigkeiten vor Augen, die durch die Spaltung der Organisationen durch die Separatisten entstanden sind. Er spricht die Hoffnung aus, daß alle Delegierten daraus erkennen, wie notwendig eine internationale Einigung aller Arbeiter ist. Eichfeld-Ungarn bringt Beschwerden über die Schikanen der Behörden, welche einem Zusammenschluß der Arbeiter sehr hinderlich sind, zur Sprache.

Zur Diskussion spricht noch Baart-Holland, worauf Girbig das Schlusswort erhält.

Die Donnerstagssitzung begann mit der Verhandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung:

Regelung der Arbeitszeit.

Aus den Ausführungen des deutschen Redners geht hervor, daß es mit der Arbeitszeit der Glasarbeiter auch in Deutschland noch keineswegs zum besten bestellt ist. Vor allem ist die Sonntagsruhe noch sehr mangelhaft; die Glasarbeiter müssen noch darum kämpfen, die volle Sonntagsruhe für die am Ofen beschäftigten Arbeiter zu erreichen. Die vorgeschriebene Ruhepause der Hilfsarbeiter an den Glashöfen wird so gehandhabt, daß, wenn der eine Arbeiter seine gesetzliche 24stündige Ruhepause hat, ein anderer Arbeiter dafür 24 Stunden ununterbrochen arbeiten muß.

Ähnliche Verhältnisse werden aus Oesterreich gemeldet.

Delrants-Frankreich berichtet, daß die Arbeitszeit in Frankreich in den Bleiglasfabriken 10 Stunden dauert. Die Fabrikanten wehren sich gegen eine Verkürzung mit dem Hinweis darauf, daß die deutsche Konkurrenz, gestützt auf niedere Löhne, dies unmöglich mache.

Rome-Amerika macht interessante Ausführungen über die dortigen Verhältnisse. Die in Amerika gezahlten Löhne sind bedeutend höher als in Europa. Die Arbeitszeit beträgt circa 8 1/2 Stunden in Tag- und Nachtschicht. Die Fabriken sind gut eingerichtet, so daß nach Meinung des Delegierten die amerikanischen Glasarbeiter die besten Verhältnisse der Welt haben. Die Industrie leidet jedoch unter dem enormen Transport von Glaswaren. Deshalb ist es auch schwierig, neue Lohn erhöhungen durchzuführen. Für die tropischen Länder sei die Abschaffung der Nachtarbeit nicht empfehlenswert, weil es dort in der Nacht kühler sei und die Glasarbeiter dann nicht so unter der Hitze leiden.

Girbig wünscht, daß Rome seine Darstellungen über die Löhne und Arbeitszeit in Amerika schriftlich niederlege, um sie auf diese Weise den Unternehmern und Arbeitern in Europa erschöpfend darstellen zu können.

Horn-Deutschland weist darauf hin, daß auch Amerika sehr viel Glas nach dem Kontinent sende. Er erklärt, daß so gut wie in Holland die Gesetzgebung jetzt durch Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche unter 12 Jahren die Glasindustrie zwingen wird, die Nachtarbeit zu beseitigen, dies auch in anderen Ländern möglich ist. Er fordert die amerikanischen Delegierten auf, im Interesse der Kultur für die tunlichste Beschränkung der Nachtarbeit einzutreten.

Girbig weist darauf hin, daß Rome unbedingt für Abschaffung der Nachtarbeit eintreten müsse, weil, wenn die Nachtarbeit in Europa nicht beseitigt werden könne, sondern vielleicht noch mehr ausgedehnt würde, die amerikanische Industrie noch mehr unter der europäischen Konkurrenz leiden würde. Wenn die amerikanische Organisation uns beistehen will, so muß sie auch unseren Standpunkt teilen.

Rome gibt die Erklärung ab, daß, wenn den kontinentalen Staaten die Beseitigung der Nachtarbeit die Hauptsache ist, die Amerikaner sie in diesem Kampfe unterstützen werden.

Delrants-Frankreich hält den Standpunkt des englischen Delegierten für reaktionär; auch für England besteht die Möglichkeit, durch technische Einrichtungen die Nachtarbeit zu beseitigen. Die Resolution, die den Achtstundentag und die Beschränkung der Nachtarbeit fordert, wurde mit allen Stimmen gegen die des englischen Delegierten zum Beschluß erhoben.

Aus Industrie und Handel.

Amerikanische Wirtschaftskrise in Aussicht.

Im „People“ gibt Léon Crabant in einem Briefe aus Montreal beachtenswerte Angaben über den Niedergang der Geschäfte in den Vereinigten Staaten. Vor kurzem wurde berichtet, daß die Gewerkschaften des Staates New York zu Ende März d. J. 18,8 Proz. arbeitslose Mitglieder zählten gegenüber 13,4 Proz. zur gleichen Zeit des Vorjahres. Crabant gibt eine Reihe ähnlich schwerwiegender Tatsachen aus den verschiedensten Teilen des gewaltigen Reiches. Als „Thermometer“ des allgemeinen Geschäftsganges führt er die Ergebnisse des Transportgeschäfts an. Nach dem „Bulletin“ des Reichs-Handelsamts wurden auf den großen Seen im Juni 10 347 000 P.-Tonnen (zu 907 Kilogramm) befördert gegen 13 003 500 P.-Tonnen im Jahre 1910. Der Rückgang entfällt hauptsächlich auf Eisenerze (4,604 gegen 7,068 Millionen P.-Tonnen) und Fettkohle (2,232 gegen 2,807 Millionen), während Hartkohlen eine Zunahme um 87 000 aufweisen. Bauholz wurde um 11 Proz. weniger als 1910 befördert. Der Schiffsverkehr auf den großen Seen umfaßte 10 198 Schiffe mit 12,810 Millionen P.-Tonnen Ladefähigkeit gegen 10 384 mit 15,974 Mill. im Vorjahre. Ähnlich bei den Eisenbahnen. So hat die Northern Pacific in dem Ende Juni endenden Geschäftsjahr 6 258 000 Dollar weniger Betriebsausgaben gehabt als im vorhergehenden, und weitere Einschränkungen sind angekündigt. Natürlich besteht auch hier das „Sparen“ zuerst in der Entlassung von Arbeitern oder Verkürzung der Arbeitszeit und des Lohnes.

Auch von der Industrie kommen aus einer ganzen Reihe wichtiger Gebiete trübe Nachrichten. In Buffalo am Erie-See zählt man tausende Arbeitslose. Die gelernten Arbeiter suchen Tagelöhnerarbeit. In Cleveland, der Rockefeller-Stadt am selben See, wird nur 2 bis 3 Tage in der Woche oder 5 bis 6 Stunden am Tage gearbeitet. In Philadelphia wurden eine Anzahl Hochöfen ausgedient, der Betrieb der übrigen auf

etwa 60 Proz. beschränkt. Ähnlich in Cincinnati mit seiner umfassenden Maschinen-, Fahrzeug- und Schuhindustrie. In Pittsburg, dem Hauptort des Stahltrufes, wirkt die Krise von 1907 noch immer nach. Die Pressed Steel Car Company hat ihre Stahlwaggonfabrik 1909 wieder geöffnet, beschäftigt aber statt in jedem einzelnen ihrer Werke 12 000, wie früher, im ganzen nur 8000 Mann. Und der gewaltige Stahltruf selbst mit seinem Kapital von einer Milliarde Dollar, der dort 30 große Werke besitzt, produziert nur 60 Proz. der normalen Menge. Preise und Löhne sind herabgesetzt. Im ganzen ist die Stahlproduktion dieses Hauptgebietes auf etwa die Hälfte reduziert. In Detroit (Mich.) mit großer Auto- und Eisenindustrie feiern viele Arbeiter. Auf dem städtischen Arbeitsamt meldeten sich jüngst 1100 gelernte Arbeiter zu jeder beliebigen Arbeit. Die den Sommer über beschäftigten Arbeiter verdienen nicht mehr als 8 Dollar die Woche. Die meisten Betriebe stellen Arbeiter vorübergehend ein, um sie dann wieder bis zum Eintreffen neuer Aufträge zu entlassen. Die Fabrikanten von Unterwäsche im Staate New York, die täglich 12 000 Duzend zu erzeugen pflegen, haben auf mindestens einen Monat den Betrieb eingestellt. In Fall River (Massach.), wo 83 000 Textilarbeiter sind, wurden 8 Fabriken einer Firma geschlossen und damit 6000 Arbeiter und 485 000 Spindeln stillgesetzt. Die übrigen arbeiten höchstens 2 bis 3 Tage in der Woche. Statt 450 000 Yards (406 000 Meter) Baumwollstoffe wöchentlich werden jetzt nur 40 000 hergestellt. — In New York meldeten sich auf ein Gesuch um 15 Tagelöhner 500 Mann, darunter Berufsarbeiter, deren normaler Tagelohn 6 Dollar ist. In Seattle (Washington) sind die Straßen von Arbeitslosen gefüllt. In der Nähe der Arbeitsnachweise muß Polizei den Verkehr aufrechterhalten.

Man fürchtet, daß die Truists mit der Stodung zusammenhängen. Sie wollten, meint man, für die jüngst aus parteipolitischen Motiven gegen sie eingeleiteten behördlichen Maßnahmen Nachsicht nehmen. Man denkt dabei an die große Krise von 1907, die Roosevelt nötigte, die Hilfe Morgans zur Regelung des Geldmarktes in Anspruch zu nehmen und nicht allein auf seinen mit großem Värm unternommenen Feldzug gegen die Geldfürsten zu verzichten, sondern sogar der dem Gesetze widersprechenden Aussetzung der Tennessee Iron Company durch den Stahltruf, durch die erst dessen Herrscherstellung endgültig beseitigt wurde, zuzustimmen. Die Einwirkung der Krise auf den europäischen Markt dürfte nicht ausbleiben. Zu der Hemmung der Auswanderung, zu der noch eine Rückwanderung von drüben hinzukommen dürfte, wird jedenfalls der Versuch kommen, möglichst viele Waren zu billigen Preisen auf europäischen Vöden zu werfen. Umgekehrt aber wird die Aufnahmefähigkeit Amerikas für europäische Waren stark beeinträchtigt werden. So darf man erwarten, daß Nordamerika, von dem schon mehrfach große Erschütterungen unserer Wirtschaftsverhältnisse ausgegangen sind, auch dazu beitragen wird, die Wirkungen, die von der Lebensmittelsteuerung ausgehen müssen, noch zu verschärfen. Für Amerika selbst aber wird wohl das Ende von allem eine neue Stärkung der Truists und damit der Volksausbeutung, aber auch der wachsenden Empörung und der kräftig zunehmenden sozialistischen Bewegung sein.

Gegen den Stahltruf.

Einer Meldung des „Daily Chronicle“ aus New York zufolge hat eine neue Gesellschaft, die unter dem Namen Great Republic Steel Company mit einem Kapital von 7 300 000 Pfund Sterling zur Bekämpfung des Stahltrufes gegründet worden ist, ausgedehnte Erzlager in Alabama und Tennessee angekauft und sucht noch weitere zu erwerben. Die Gesellschaft soll ihr Kapital aus Deutschland, Großbritannien und Japan erhalten haben.

Großer Anzug-Verkauf

Dauer bis 18. September

ca. 35,000 Anzüge für Herren, Jünglinge, Burschen u. Knaben darunter Muster-Anzüge, Modelle und nicht abgeholte Maß-Anzüge

Serie 1 Herren-Anzüge Moderne gestreifte und karierte Kammgarne, 1 und 2 reihig . . . M.	27.—	Serie 5 Burschen-Anzüge Cheviots u. Kammgarne. Sehr haltbar. Einheitspreis Größen 7-12	7.50
Serie 2 Herren-Anzüge Hochmoderne Kammgarne u. Cheviots, 1 und 2 reihig M.	40.—	Serie 6 Burschen-Anzüge Karierte Cheviots und Kammgarne. Einheitspreis Größen 7-12	9.—
Serie 3 Herren-Anzüge Prima blaue Cheviots. Elegante Fassons, 1 und 2 reihig M.	36.—	Serie 7 Knaben-Anzüge Blaue und melierte Cheviots. Einheitspreis Größen 1-6	4.50
Serie 4 Jünglings-Anzüge Helle und dunkle Cheviots, schöne Muster M.	17.—	Serie 8 Knaben-Sport-Anzüge Falten loppfen-Formen. Neueste Muster. Sehr haltb. Stoffe. Einheitspreis Größen 1-6	6.50

Echt englische Gummi-Mäntel mit solange Vorräte reichen ganz besonders billige Preise, moderne Farben und Fassons 27.—, 22.50 10.90

BaerSohn

♦♦ Kleider-Werke ♦♦

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste HAUPT KATALOG Nr. 42 wird kostenfrei versandt



Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Bellealliance-Str. 100, I. Etage...

Berliner Credit-Haus... Kommandantenstr. 67.

Credit-Haus Moabit... Turmstraße 55, Ecke Waldstr.

Lubascher, S. Spandau... Auf Abzahlung gibt...

Wolter, Carl... Weilmoliner-Str. 141.

Wilhelm Peters Nachf., Rixdorf... Friedelstr. 32 (Hobrecht-Brücke).

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick... NO, Landsberger Allee 6/7.

Franz Abraham... Hans Meisinger u. Römerstr. 10.

Dece Brause... Duvillage & Co., Landsberger Str. 58.

Gutsch, Theodor... Thierstr. 44, T. A. 7, 8776.

Si-Si... Bestes alkoholfreies Getränk.

Arbeiter-Versicherung... F. Falk!

Hamburger Laden, Charl., Wallstr. 90

Rohnen & Jöring... Spez.-Gesch., Alexanderstr. 12.

Bäckereien, Konditor... Blotner's Großbäckerei

Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmsdorf.

Adlershofer Bäckerei, E. Zingst

Arnold Bauster's Landrotfabrik

All-Gilencien bei Berlin

Max Becker, Kammerstr. 36

Willy Behrend, Mantelstr. 29

Bäckerei u. Konditorei

Willy Beyer, Thornerstr. 6

Brotfabrik

E. von Brach, Tegel, Schulstr. 1

Buehl & Sohn, Spandau

Willy Dolor, Prenzlauer Allee 42

Hermann Carl, Rixd., Bernauerstr. 131

Herm. Eder, Schönebergstr. 1

Engel's Landrot

Willy Engel, Weiskowsk, Parkstr. 4

Erscheint 2 mal wöchentlich

Zustellort: 1. Brunnstr. 11, Str. 14, 33

Backerei „Nordstern“

Peter's Großbäckerei

Conrad Richter

Otto Scillat

P. Springer

Ulbrich

C. Vogt, Wellenose

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Arkon-Bad, Anklamer-Str. 34

Bad Bürger-Bad

Canitz-Bad, Münzstraße 2

Central-Bad, Ansegrubener-Str. 25

Erstes Lohtannin-Bad

Köhn's Samariter-Bad

Engel's Landrot

Willy Engel

Gustav Fenske, Elbingerstr. 90

Fischer, Görtsstr. 53

Haga Frankenstein, Soldinerstr. 69

Feronia

O. Peltche

Gaedicke's Bäckerei

Alfred Graf, Bunsenstr. 34

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Horberg, Paul, Amsterd. Str. 29

Oscar Hildebrandt, Langestr. 15

Carl Kappler

Kaempf, Bäckerei, Köpenick

Landrot-Großbäckerei

Rich. Liebenow

Bezugsquellen-Verzeichnis

Butter, Eier, Käse... Butterhandlung J. F. Assmann

Fritz Bartz

Oskar Beck

Buntrock, W.

Fischer, Ernst

Carl Franke

Fried. Gieseke

P. Hagen 22

August Holtz

Kosmalla, E.

Georg Lemke

Butterhandlung

Maeding, J.

Nordstern

Pomorski, Paul

W. Riesner

Ernst Schneider

Schröter, R.

Schulz, Arthur

A. Talman

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Gesund

Cacao, Chocolate

Cyliax, G.

Die Fabrikate der Sarotti

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus

Norddeutsches Brauhaus

Goldbier

Goldbier

Butter, Eier, Käse... Butterhandlung J. F. Assmann

Fritz Bartz

Oskar Beck

Buntrock, W.

Fischer, Ernst

Carl Franke

Fried. Gieseke

P. Hagen 22

August Holtz

Kosmalla, E.

Georg Lemke

Butterhandlung

Maeding, J.

Nordstern

Pomorski, Paul

W. Riesner

Ernst Schneider

Schröter, R.

Schulz, Arthur

A. Talman

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Gesund

Cacao, Chocolate

Cyliax, G.

Die Fabrikate der Sarotti

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus

Norddeutsches Brauhaus

Goldbier

Goldbier

Moses, Landsbergerstr. 81

Pappelbaum

A. Selowsky

Wagner, P.

A. Kieper, Nowawes

Westmann

Wolff

Paul Zutermann

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie

Untenstehende Geschäfte

empfohlen sich bei Einkäufen

Fühlmann, P. Müllerstr. 40b

J.C. Schütze Nachf.

Georg Stasinowski

Franz Wollmer

Fahrrad, Rähmisch

Brennabor

Alex Dam

Fahrrad-Lohmann

Klinik d. Weiden

Ernst Machnow

Feuerwerk

Feuerwerkskörper

Färbereien, Wäscher

H. BERGMANN

Dampfwascherei

Arno Fischer

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlaw

Lebensmittel-Großhandlung

Fleisch-u. Wurst-Centrale

Eduard Grunwald

Otto Grube

Gasinda, Rich.

Bern. Hartmann

Richard Helmke

Hegel, Wilh.

Georg Heiter

Carl Jacobczyk Spandau

Albert Jähner

Fritz Jentsch

Franz Jördy

Jul. Kempe

Oskar Klähn

Max Knast

August Koch

Ernst Kurth

Herm. Leucht

Wilhelm Lieberh

H. Wiatzker

Otto Menzel

Merker, P.

Gottfr. Meussling

Peter Reche

Oscar Röhr

Wilhelm Röder

Walter Rudolf

E. Schauer

Max Schubert

Tornow, Franz, Tegel, Berl.-St. 1.
Tugendreich, Wilim., Augustastr. 1.
Ullrich, Alte Schön.-Str. 59.
A. Yrenin, Friedrichshag, Friedrichstr. 23.
Ad. Uebnick, Goltzstr. 21.
H. Westedt, Wellense, Uckermark 125
Witt, Spand., Neuenhoferstr. 99.

Schirmfabrik

Berliner Schirm-Fabrik
 Eugen Lichtenstein
 Lelzigstr. 78. Müllerstr. 1a.
 Karlsruherstr. 211. Wilmersd. Str. 49
 Rosent. Str. 11/12. Schön. Allee 101.
 Tarnstr. 57. Oranienstr. 38.
 Tegel, Berlinerstr. 4.

Hüller, Wellense, Langhausstr. 4

Schirme u. Stücke

G. Dahinter, Bild. Kais.-Friedrichstr. 10.
 Reparaturen, Bezüge billigst.
 Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.
 Franz Hanel, Prinzen-Allee 7.
 Joh. Jung, Reichenbergerstr. 26.
 M. Lerebe, Alte Jakobstr. 57-59.
 Arth. Plesker, Chorinerstr. 61.
 A. Riecke, Badstr. 11. Serüge billigst
 Herm. Rosenky, W. Hanselstr. 4.
 G. Schleussner, Warschauerstr. 86.

Seifen

Gustav Gambal, Kantstr. 64.
 Heideke, Paul, Burgdorfstr. 13.
John, A., Memier Str. 48a.
 Alle Handballungs-
 artikel.
 R. Semrau, Wrangelstr. 119.
 Pücklerstr. 26. Eisenbahnstr. 26.

Teppiche u. Gardinen

Frankenstein & Co., Ri., Serp. 149.

Carl Gehring, Teppiche, Möbelstoffe,
 Gr. Frankfurterstr. 82, Gardinen, Linoleum.
Manerhoff, M., Gr. Frkf. Str. 9, pt.
J. A. Schulz, Weinbergs-
 Weg 10 I.

Trauer-Magazin

Westmann
 Mohrenstr. 37a, Gr. Frkf. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren

Abel Goltzstr. 30.
 Oscar Aldag, Charl., Krummest. 20.
 Arth. Herm., Mantuffelstr. 114.
 Joh. Beggerow, Charl., Tegel Weg 108
 J. Behrendt, Wrangelstr. 82.
 Arnold Beyer, Oberschöneweide.
 Fr. Beese, Charl., Krummest. 61
 Otto Brauer, Müllerstr. 164.

Charlottenburg
 Spandauerstr. 32
 F. L. Nisch, fr. Frank.
 Max Eisermann, Charl. Nehtigstr. 16.
 Briese, Ernst, Ri., Berl.-Str. 61.
 Brüggemann, Reichenbergerstr. 96.
 Rixdorf, Bergstr. 151
 (Passage).
Brückmann,
 Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
Max Busse
 Brunnenstr. 175/177.
 W. Schönhauser Allee 122,
 vis a vis der Gneist.
Emil Dippe
 Huttenstraße
 Nr. 67.
Ebert, Otto,
 R. Eichler, Reineckdt., O. Residenz 145
 W. Eisolt, Charl. Wilmersdorferstr. 111.
 Willinghausen, Gebr., Grinerweg 46.
 Fenske, S., Kottbusserdamm 98
 P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 9
 Fliegenschmidt, M., Bergmannstr. 9.
 Charlottenburg,
J. Gebhardt, Berlinerstr. 124.
 George, Adolph, Badstr. 65.
 Carl Giesen, Oranienstr. 165a.
 Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.

M. Graupner Bülowstr. 47, List. 4
 Koernz-Gez. Berlin u. Um.
P. Hoffmann, Hohenfriedb. Str. 4.
Holzfeld, E., Andreasstraße 21.
Hummel, K., Reichenberg-Str. 74.
Jarchow, A., Bergmannstr. 21.
H. Kammer, Charl., Krummest. 22
M. Kariel Brunnenstr.
 118.
R. Klonka, Oranienstr. 35.
Martin Klein, Neue Hochstr. 25.
Kalebusch, W., Frkf. Chaussee 61
E. Knuth, Beklagen, Eostlogstr. 2.
J. Körner, Reineckdt., Markstr. 12a. 8a.
E. Lechtermann, Dreyse-Platz 12.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wllh., Lindenstr. 61.
Lohse, G., Now., Lindenstr. 61.
Ernst Loutert, O. am Radolfplatz 1.
Königsstr.
Lewin, Adolf, 48/44.

Lüders, H., Schönberg,
 Kolonnenstr. 53.
 Fr. Neesche, Warschauer Str. 85.
G. Neumann, Charlitz, Wallstr. 59
Nolte, K. Simon-Dach-
 str. 13.
Radolf Planz, Brunnenstr. 112.
Emil Quade, Brunnenstr. 81
 Hauptstr. 168.
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Rampmaler, F., Skalitzerstr. 23.
Hermanns-
platz 7.
Riedel-Nehf., Reineckendorf-Str. 74.
A. Roß, Reineckdt., W. Eichberstr. 91
Joh. Schallau, Schön. Allee 184a. Tar.
Alfred Scheer, Turmstr. 49.
Carl Schiewinsky, Koppenstr. 4.
Reichen-
R. Schmelz, Bergerstr. 143
Willy Schmidt, Friesen, Kleinstr. 13.
Schöneberg
Gustav Scholz, Hauptstr. 155.
Schömann, G. Ri., Berl.-Str. 73.
F. Schönwlg., Berl. O., Gusslerstr. 27

W. Scholtz, Beklagen, Neue Bahnhofsstr. 23
Rich. Schramm, Turmstr. 32.
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 5a.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
T. Stolz, Chaussee 83.
Carl Stuhr, Dresdenerstr. 134.
Sturm, Erich, Tegel, Hermsd.-Str. 1.
M. Tomochua Nchl., Brückstr. 15.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.
Tribes, Alfred, Falkensteinstr. 4.
Truxa, W., Frankf. Allee 185.

Uhren- u. Goldwaren-Industrie

Berlin 220, Lindenstr. 16. Beste
 direkt. Bezugsquelle! Katalog gratis.
 Versand nach außerhalb, billigste Preise.
Adolf Vökel, Frankf. Chaussee 156.
Brunnenstr.
Reinh. Wankel 163.
 Otto Warthig, Triftstr. 2.
Wilmersdorf,
Wedermann, O., Augustastr. 14.
R. Welse, Nowawes, Priesterstr. 74
Rixdorf,
Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.
Wutke, Karl, Treckstr. 7
 Invalidenstr. 16
Zabel Nchl., Charlitz, Berlinstr. 118.

Versicherungen

„Deutschland“ Berlin
 Arbeitsversicherung - Schützkon-
 Sektionsversicherung. str. 3.
„Friedrich Wilhelm“
Berlin WB, Behrenstr. 58-61
 Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeitsversichg.
 Mit u. ohne ärztl. Untersuchung.
 Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge
Ph. I. all.
Sello, Hermann, Stadt-
 Einzelverkauf zu Engrospreisen.
 G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.
 Bitte Preisl. zu verl. Tel. III, 8192.
Brundenstr. 16 a. Filial.
Einzelverk. u. Engrospr.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Weibe, W., Hermannstr. 160.
Wermuth, Oswald, Köpenick-Str. 1.

Warenhäuser

Bernhard, G., Ober-Schöneweide.
Bleber, Nl., Yorkstr. 37, am Bbf.

Warenhaus Max Codik
 SO., Wrangelstr. 20. Eckschiffelstr.

Max Blumenreich, Schwed. 1.
 Str. 1.

Julius Loewenberg Nachfgr.
 sur Gültstr. 19, a. d. Schönhauser-Allee.

Heinze, Partiewar., Langhausstr. 101
Leopold Jacobsohn, Nostitzstr. 26

Warenhaus M. Hirsch
Spandau
 Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Boling
 50 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettinger, Eug., Wald-See, Wiekfel

Conrad, Großdistillation
 Oranienstr. 207.

Dennhardt & Schultze, Brunnenstr. 153.
Elle m. Weyle, Likörfabr., Geiselstr. 10.
Großd. „Zur Sonne“, P. Freudenberg.
K. Lehmann, Nowawes, Großereenz. 29
Martin, Bruno, Ri., Hermannsplatz 5.
Martin, Louis, Belle-Alliancepl. 19.
Ries, Fritz, Ri., Hermannsplatz 5.
Ph. I. all.
Sello, Hermann, Stadt-
 Einzelverkauf zu Engrospreisen.
 G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.
 Bitte Preisl. zu verl. Tel. III, 8192.
Brundenstr. 16 a. Filial.
Einzelverk. u. Engrospr.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Weibe, W., Hermannstr. 160.
Wermuth, Oswald, Köpenick-Str. 1.

Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
 Krone aller Waschmittel.
Wolf, Wollw., Trikot.

Ahlcher, Gust., Chorinerstr. 13.
Max Bahn, Mühlentstr. 42.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 56
Otto Erdmann, Mirnehostr. 36.
M. Gardels, Bounelstraße 78
 Tauroggerstr. 10
Kraut
 Str. 51a.
Georgi, Ernst
Hans, A. Weg 26.
Hugo Hecht, Chorinerstr. 65 a.
Reichen-
Hirschfeldt bergestr. 63.
Hoffmann, Carmen Fylnstr. 6
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 9.
 Dunkerstr. 1.
Jonas, Hermann
 Köstrin-Pl. 1
 laletta, Bettled.
Rixdorf,
Juncker, H. Hermannstr. 172.
Kaufh. Kutzki, Ri. Kais. Friedr.-Str. 243
Carl Klein, Höchstestr. 16, N. O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 54.
Adolf Küsel, Ri. Bergstr. 84 a.
Kriebel, Schöneberg, Leuthenstr. 5.
A. Kaesler, Caprivistr. 5.
R. Lehmann, Jah. Winter, Köpenick.
Rixdorf, Berge 62 53
Ch. Loewy, vis-a-vis der Kirche.
Luster, C., Reichenbergerstr. 61.
Thaerstr. 46.
Müller, E., Wische eig. Fabrikats.
Meyer, Bernauerstr. 12. (Arbeitsboden)
Nachmann, Müllerstr. 121a, Koss.-Lief.
Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 205.

Pietschmann, Marie
 Jagowstr. 25

Schaefer, Husiten-
 str. 43.

M. Schaefer
 S.-W. Hollmannstr. 43
 W. Massenstr. 17.

Schramm, Lina, Mirnehostr. 31.
A. Radloff, Reineckdt., Markt 1 a. 208
Rachmer, C., Andreasstr. 69.
Hermann Meyer, Schivelbeiner Str. 21.
A. Nitschpan, Bergmannstr. 11 Reimstr. 19.
Sigmund Simon Nl., Köpenickerstr. 123
Stawnow, Carl, Godes-4a-Corpsstr. 10
J. Stein, Reineckdt., W. Scharnweberstr. 116
Thuraw, O., Charlitz, Camerstr. 14
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
E. Voigt, Reineckendorf, Amstaterstr. 101.
Urbanstr.
Albert Vogt - 31 -
Wollhaus Lucas Rixdorf,
 Bergstr. 63

Wied u. Geflügel

C. Dittmann Rixdorf,
 Berliner Str. 42.
Q. Grimm Landsberger Allee 23,
 auch Fische.
P. Hildebrandt Brunnen-
 Straße 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19
Zimmer, H., Prinzenstr. 12.

Zahn-Atelier

E. Bode, N. Schönhauser Allee 43, I.
Hollbruch, Herm., Fankel 5, geg. 1571
A. Jahnke, SO. Eisenstr. 24, I. 19-1, 3-4
Jordan, Alfr., Fasanstr. 61, geg. 1888.

Alfred Hau 10
 Wrangelstr. 86 I. - Geg. 1883.
Muskauerstr. 16
Witte, Max Ecke Mantuffelstr.

Photographie
J. Fuchs

Meine Filialen sind nur:

Berlin
 Friedrichstraße 108
 Friedrichstraße 138
 Königstraße 20-21
 (Fahrstuhl)
 neben Gumpert
 Rosenthaler Str. 72a
 Reineckendorfer Str. 4
 am Weddingplatz

Schöneberg
 Hauptstraße 19

Rixdorf
 Bergstraße 151-152
 in der Passage Fahrstuhl

Veranlaßt durch die große Nachfrage gebe ich noch einmal jedem

Umsonst

von Sonnabend, den 16. September, bis Sonntag, den 24. September inkl.

eine

Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei

Größe 42 x 50 cm mit eleganter Aufmachung, der sich in dieser Zeit eine Aufnahme bestellt.

12 Visit glänzend	1.80	12 Visit matt	4.00
12 Kabinett	4.80	12 Kabinett	8.00

Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig

Man achte genau auf die Größe und Ausführung meiner Gratis-Bilder.

Gebilnet von 9-7 Uhr.

MÖBEL
auf Kredit

können Sie nur dort kaufen, wo Ihnen für wirklich streng reelle und billigste Bedienung Bürgschaft geleistet wird.

Meine über 80 Jahre bestehende Firma bietet hierzu die günstigste Gelegenheit.

Unerreichtes Möbel-Angebot:

Eine kleine Einrichtung, Preis 120 bis 160 M.
 Anzahlung nur **10 Mark.**

Ein kompl. Wohnzimmer, Preis 230 bis 300 M.
 Anzahlung nur **25 Mark.**

Ein Schlafzimmer, Wohnzimmer und Küche, Preis 390 bis 420 M.
 Anzahlung nur **35 Mark.**

S. Gottlieb G. m. b. H.
Rosenthaler Strasse 54 L

Herren-Anzüge 15, 21, 28, 34, 40, 48 M.
 Anzahl. 3 M. an. Anzahl. 5 M. an

Schuhwaren, Schirme, Hüte
Damen-Konfektion
 Manufakturwaren,
 Wäsche etc.
 Abz. 3 M. an.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
 Immer noch **Nichelswerder**, an der neuen Meerstraße

Möbel-Angebot.

Gelbes Möbelgeschäft liefert herrliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Zahlungen. Aufträgen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 5385*

Roh-Tabak!
 Größere Auswahl zu billigsten Preisen!
Spezialität: Sandblatt Sumatra TPC / Padang-Brafrang, Felix-Brasil-Decke, schneeweißer Grand sowie Lougou und alten gesunden Ucker-märker.
 Groben Neben zu Diensten
Gustav Radich
 N., Brunnenstr. 185, Hof r.
 „Ackerstr. 14/15, VI. Hof I.
 (Bilmann-Passage).

Unsere 3 Schlager
 ges. gesch.

erregen durch Preiswürdigkeit und Eleganz
 berechtigtes **Aufsehen.**

Ein einmaliger Kauf macht Sie zum ständigen Kunden.

„Schuh-Sport“

Hau Neu eröffnet:
Oranienstr. 51
 Filiale im Osten Andreasstraße 48.

PROPAGO 6⁷⁵

SALAMBO 8⁷⁵

SALAMBO LUXUS 10⁷⁵
 Vornehme Rahmenarbeit!

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Ullrich, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Der „Lambourverein Norden“ ersucht uns unter Bezugnahme auf eine Notiz der Lokalkommission am Sonnabend, den 9. September, um die Mitteilung, daß das Lokal Schloßgarten in Regel besucht worden sei, weil es in der neuen Ausgabe der Lokalliste nicht als gesperrt bezeichnet sei und außerdem der Wirt erklärt habe, daß er sein Lokal der Arbeiterchaft zur Verfügung stelle.

Demgegenüber sei festgestellt, daß das Lokal nicht frei ist und daß eine Erklärung eines Gastwirts so lange keine Bedeutung hat, als der schriftliche Meiner nicht vorliegt.

Heute, Sonnabend, hält der Rauchklub „Edelweiß“ in dem gesperrten Lokal Kaiser Wilhelms-Garten, Friedenau, ein Vergnügen ab. Da uns das Lokal trotz vieler Bemühungen nicht zur Verfügung steht und obengenannter Verein sich bemüht, speziell in Arbeiterkreisen Willens umzusetzen, ersuchen wir, dieselbe zurückzuweisen.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichshagen) Wahlmorgen für Druckerei-Nacharbeiter am Sonntag, den 17. September, bei Julius Meyer, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Urabstimmung über die eventuelle Verlegung des Wahlmorgens. 2. Geschäftsberichte. 3. Vortrag des Kollegen R. Moritz. Alle Mitglieder müssen anwesend sein! Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen.

Die Vertrauensleute. Der Vorstand.

Schöneberg. Zur Wahlaktion im ersten Bezirk treffen sich die Genossen am Sonntag vormittag 8 Uhr bei W. Kollendorfer, 10. Die Genossen der anderen Bezirke helfen entsprechend der Bestellung durch die Bezirksleiter.

Nixdorf. Heute abend findet von 7 Uhr ab von den bekannten Stellen eine Flugblattverbreitung statt. Dem Flugblatt ist besondere Beachtung zu schenken, da es sich mit der Einsichtnahme in die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen beschäftigt, welche dieses Mal nach dem Prinzip der Dreiteilung aufgestellt sind.

Der Vorstand.

Lichtenberg. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung.

Tempelhof. Die Genossen sämtlicher Bezirke treffen sich am Sonntagvormittag, 8 Uhr, im Restaurant Kerner, Rantekuffel. Ecke Albrechtstraße zur Flugblattverbreitung.

Lichtenberg. Sonnabend, den 16. September 1911, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Jantke, Hohenzollernstraße.

Weißensee. Am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Enders, Berliner Allee, Protestversammlung gegen die Erhöhung des Preises dieses wichtigsten Volksernährungsmittels muß alle Arbeiter und Arbeiterinnen zur Ergreifung von Abwehrmaßnahmen veranlassen.

Die Bezirksleitung.

Buch. Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Starke, Bahnhofstr. 6: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Emil Unger.

Der Bezirksleiter.

Berliner Nachrichten.

Der I-Träger.

Vor dem hochgelegenen Warenhaus hält ein Kollwagen, mit schwersten I-Trägern beladen. Eine größere Reparatur ist nötig. Die Arbeiter, die die Träger hineinschaffen sollen, stehen unläufig. Der Verkehrsstrom ist noch zu groß, und der Vorrat wartet, bis sich eine Lücke zeigt, in die er die Leute hineindrängen kann.

Es ist Großstadt-, Weltstadtreiben. Noch ist nicht die Zeit, da der elegante Portokassendandy und die schick Konfektionsdame das Bild beherrschen. Die Welt, die sich nicht langweilt, die Welt mit dem vollen Portemonnaie und dem leeren Dirndlkasten, die Welt, deren einziges Interesse Fuß, Matsch und Flur ist, hat jetzt den Vorrang.

Und die Arbeiter stehen und schauen in dieses bunte, wirbelnde, raffische wechselnde Bild. Es sind stämmige, muskulöse Gestalten.

Auf diesen kraftvollen Körpern sitzen intelligente Köpfe, und die Augen blicken nicht mit dumpfem knechtischen Starren in die elegante Welt, die da vor ihnen durcheinandertorrt, sondern scharf, durchdringend. Sie sehen ganz genau, daß diese in Seide und Brillanten vorbeitrappelnden Damen die Frauen jener Männer sind, die irgendwo in dieser gewaltigen Stadt ihre Arbeitsgenossen um den vollen Ertrag ihrer Arbeit gebracht haben. Sie wissen ganz genau, daß sie niemals — und würden sie arbeiten, daß ihnen das Blut unter den Nägeln hervorströmt — ins Land sein werden, ihrer Frau dabeim auch nur eins von jenen schönen, köstlichen Gewändern zu kaufen, die da lodend im Schaufenster des großen Warenhauses ausgebreitet sind. Ihre Frauen müssen in billigen Vorstadtdressen kaufen. So stehen diese Arbeiter und schauen und denken der eigenen Not, des eigenen erbitterten Kampfes um das höchste Brot.

Ein Ruf vom Vorarbeiter ertönt, Hebel werden angelegt, Ketten klirren, breite Manneschultern schieben sich unter den schweren Träger. Eine kurze Pause. Alles ist bereit. Noch ein Ruf, dann ein gewaltiges Anspannen aller Muskeln, ein Stöhnen und Tiefatmen aus Männerbrüsten, um Millimeter hebt sich die riesige Last, geht höher und höher, schwebt frei auf den Schultern der Männer. Der gemeinsame starke Wille macht das schier Unmögliche zur Tat. Aber wenn jetzt die Arbeiter, unwillig der Last, zur Seite springen, dann werden Scheiben zerklüftet, Steine springen, Mauern beben und die Menschen schreckensbleich auseinanderstieben.

Bestrafte Zeppelin-Begeisterung.

Am Sonnabend passierte bekanntlich das Luftschiff „Schwaben“ auf seiner Fahrt nach Potsdam auch Berlin. Die Angestellten der Firma Orenstein u. Koppel-Arthur Koppel waren, als sie von dem vorbeikomenden „Schwaben“ Kenntnis erhielten, so enthusiastisch, daß sie auf das Dach kletterten, um das Schiff beaugenscheinigen zu können. Diesen Luftschiffenthusiasmus ihrer Angestellten scheint die Firma Orenstein u. Koppel selbst mit verschuldet zu haben, denn als seinerzeit einer der Vorgänger des „Schwaben“ gestrandet war, sammelte die Firma unter ihren Angestellten zum Bau eines neuen Riesenvogels. Kein Wunder, wenn dieselben nun auch einmal das Bedürfnis hatten, bei dieser Gelegenheit sich ein solches Luftschiff, wofür man auch ihnen Geld abknöpft, zu sehen. Etwa 100 Personen sollen sich nun am Sonnabend auf dem Dache befunden haben, die in ihrer Begeisterung auf kurze Zeit die Arbeit für die Firma unterbrochen.

Kurz darauf erhielten dieselben zu ihrem Erstaunen folgendes festgraphierte Schreiben der Firma:

Sie wurden heute mittag, gelegentlich der Vorbefahrt des Zeppelin-Luftschiffes auf dem Dache des Steinhauses Tempelhofer Ufer angetroffen.

Da Sie eine Erlaubnis hierzu nicht hatten, und Sie dadurch Ihre Arbeitszeit um circa 1/2 Stunde unterbrochen haben, nehmen wir Sie hiermit in eine Ordnungsstrafe von

M. 1.—,

welchen Betrag wir Ihnen Ultimo dieses Monats von Ihrem Gehalt kürzen werden.

Dieses Schreiben der Firma dürfte die Angestellten von ihrer Zeppelin-Begeisterung ein für allemal kuriert haben.

Gegen die Lebensmittelsteuer.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Berliner Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat Berlin, unverzüglich Schritte zu tun zur Linderung der verhängnisvollen Lebensmittelsteuer durch Eingaben an die zuständigen Stellen, um Aufhebung der die Nahrungsmittel verteuernenden Maßnahmen, als auch durch städtische Einrichtungen zur Versorgung Berlins mit Lebensmitteln aller Art.“

Zur Liebestragödie in der Seidelstraße.

Wie von vornherein nach Lage der Dinge anzunehmen war, hat der 24jährige Kaufmann Hans Vogel, der, wie berichtet, in seiner Wohnung in der Seidelstr. 21 seine mit ihm verlobte Braut Hilda Wörner aus Chemnitz durch fünf Revolverkugeln tötete und dann flüchtig wurde, Selbstmord verübt. Der junge Mann wurde Donnerstagabend 10 1/4 Uhr von einem Streckenwärter auf dem Bahnkörper der Potsdamer Bahn in der Nähe von Hundeshöhe als Leiche aufgefunden. Vogel hatte sich vor einen Zug geworfen und war in zwei Teile getrennt worden. In seinen Taschen fand man ein Notizbuch mit dem Namen Hans Vogel, Seidelstr. 21 und ein Stück graues Lütenpapier, auf dem mit Bleistift geschrieben etwa folgendes stand: „Liebe Mutter! Wir sind im Einverständnis gemeinsam aus dem Leben geschieden. Begrabt uns zusammen in Döbriusgr. Wir waren lebensmüde.“ Der Streckenwärter benachrichtigte sofort die Polizeistation Hundeshöhe, die unverzüglich einen Beamten an die Fundstelle entsandte. Welcher bei dem Selbstmörder nicht mehr gefunden, so daß anzunehmen ist, daß Vogel zu Fuß nach jener Stelle gewandert ist. Auch der Revolver, mit dem er die Geliebte erschoss, war nicht mehr bei ihm zu finden. Die Leiche wurde noch in der Nacht nach der Halle des Friedhofes in Schildhorn gebracht, wo im Laufe des heutigen Tages eine Leichenkommission eintreffen wird. Die Berliner Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft wurden von dem Fund umgehend in Kenntnis gesetzt.

Die Verurteilungen auf dem Viechhof werden die Behörden noch längere Zeit beschäftigen. Am Donnerstag wurden noch 15 Personen, Overtreiber, Treiber und Arbeiter, die ebenfalls in Verdacht geraten waren, von der Kriminalpolizei eingehend verhört. Zu einer Verhaftung führten diese Vernehmungen nicht. Einer Haftentlassung von Untersuchungsgefangenen hat, wie schon mitgeteilt wurde, der Untersuchungsrichter Dr. Dreißt widersprochen. Es ist daran auf absehbare Zeit nicht zu denken, weil die Sache noch lange nicht geklärt ist. Erst neuerdings hat die Untersuchungsbehörde von der Direktion des Viechhofes und den Kommissionsmitgliedern wieder viele Beläge eingefordert, die zur Grundlage einer Nachprüfung der Vorgänge dienen.

Ein Verkehrskommando zum Schutz der Schullinder besteht seit einigen Tagen an der Ecke der Weinmeister- und Rosenthaler Straße. Zwei Schuttmänner vom 12. und 13. Revier stehen dort von 7 1/2 Uhr morgens bis 5 Minuten nach 8 Uhr, um den Schullindern über den Damm zu helfen. In der Wippsstraße, in der Auguststraße und am Koppelpfad liegen zusammen zwei Knaben- und zwei Mädchenschulen, die namentlich von vielen Kindern aus der Umgebung des Alexanderplatzes besucht werden. Für sie ist der Uebergang an der Weinmeister- und Rosenthaler Straße wegen des außerordentlichen Fußverkehrs in den Morgenstunden sehr gefährlich. Jetzt bringen die beiden Beamten die Kleinen in Trupps von 6—10 Kindern über die gefährliche Stelle hinüber. Diese Schuttmannregel ist recht angebracht, nur ist zu wünschen, daß sie auch ausgedehnt wird auf die Zeit des Schullusses. Es ist in der Tat an jener Stelle recht gefährlich.

Auf offener Straße erschossen hat sich der 40 Jahre alte Installateur Traugott Voder aus der Schornhorststr. 30. Voder war vor längerer Zeit in Untersuchungshaft genommen worden, unter dem Verdacht, seinem kleinen Laden in der Baitmannstr. 7 zur Nachtzeit in Brand gesetzt zu haben. Er hatte angegeben, von fremden Männern überfallen, gefesselt und geknebelt worden zu sein. Sorige Woche wurde Voder aus der Untersuchungshaft entlassen. Voder war nicht überversichert, wie erst die Kriminalpolizei behauptet hatte. Nach seiner Entlassung war V. mittellos und ihm bangte vor der Zukunft. Am Mittwochabend verließ er die Wohnung seiner Schwester; er schrieb ihr, daß er unter keinen Umständen ins Irrenhaus gehe, wobei man ihn bringen wolle, nachdem er schon drei Monate unverschuldig in Untersuchungshaft gewesen wäre. Lieber würde er sich das Leben nehmen. Am Donnerstagmorgen fand man ihn vor dem Hause am Nordufer 3a tot auf dem Bürgersteig liegen. Hier hatte er sich eine Kugel in das Herz geschossen. Voder lebte von seiner Frau getrennt.

Von einer Kraftdrosche überfahren und getötet wurde gestern nachmittags 5 Uhr das dreijährige Töchterchen des Arbeiters Forstler. Das Kind spielte auf dem Fahrdamme vor der Wohnung der Eltern, Prenzlauer Straße 77, hierbei geriet es unter die Räder einer Kraftdrosche, die den Schädel des Kindes vollständig zertrümmerte. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Durch einen Sprung aus dem vierten Stock hat sich gestern nachmittags die 43 Jahre alte Aufwärtlerin Frau Emilie Voß aus der Schönhauser Allee 177c das Leben genommen. Seit achtzehn Jahren von ihrem Manne getrennt, lebte die Frau Voß für sich allein und ernährte sich durch Schlafstellenvermietungen und Aufwartearbeiten. Seit einiger Zeit war sie nervenkrank und in den letzten vier Tagen konnte sie deshalb auch ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen. In einem Anfälle lief die Unglückliche gestern abend 9 Uhr nach dem Hausboden und sprang aus dem Bodenfenster auf den gepflasterten Hof des Nachbargrundstückes Schönhauser Allee 117b hinab, wo sie mit gerschniettem Schädel tot liegen blieb.

Der Lehrer als Defraudant. Selbst gestellt hat sich gestern der Lehrer K. aus Summit der Polizeibehörde in Rankow. K. war nebenbei der Stellvertreter eines Gutsvorstehers in Summit gewesen, und es gingen durch seine Hände recht erhebliche Beträge. Summen, die der Lehrer an die Gutverwaltung abgeben mußte, klotzte er in die eigene Tasche, und als er befürchtete, daß die Unterschlagungen entdeckt werden würden, ergriff er die Flucht. Planlos irrte er umher, bis er schließlich in Berlin landete. In Rankow forschte der Defraudant den Entschluß, sich selbst der Behörde zu stellen. Er begab sich auf das Polizeiamt und wurde später in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Dem Rad heruntergerissen und unter ein Automobil gefahren. Das Opfer eines schweren Automobilunfalles wurde der 26jährige Hausdiener Anton Puff aus der Rosenthaler Straße. Der junge Mensch war auf einem Geschäftsräder nach

Baumschulenweg gefahren. Als er die Krugallee passierte, wurde er von einem Berliner Droschkenautomobil so unglücklich gestreift, daß er mit samt der Maschine stürzte und unter den Kraftwagen geschleudert wurde. Die Räder des schweren Gefährts gingen über den Verunglückten hinweg. In schwerverletztem Zustand wurde K. in das Krankenhaus Bethanien eingeliefert.

Der Tod des Handwerkburschen. In der Dunkelheit ins Wasser geraten und ertrunken ist der 20jährige Arbeiter Friedrich Kühnle aus Berlin. K. hatte sich wegen Arbeitslosigkeit auf die Wanderschaft begeben. Als er hinter Oberwald in vorgedrehter Abendstunde am Finowkanal entlang ging, geriet er in der Dunkelheit versehentlich dem Ufer zu nahe und stürzte in das Wasser. Auf die Hilferufe des Verunglückten eilten Kanalarbeiter herbei, doch sollte es leider nicht mehr gelingen, den Handwerkburschen noch lebend aus dem Kanal herauszuholen. Nur als Leiche vermochte man K. zu bergen.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern nachmittags in dem Hause Panstraße 30 ab. Dort sollte auf Veranlassung eines Arztes eine Frau Kellawski, die in den letzten Tagen Spuren von Typhus gezeigt hatte, mit einem Krankenträger des Verbandes für erste Hilfe fortgeführt werden. Die Frau hatte hiervon aber Kenntnis erhalten und sich mit ihren beiden Kindern in ihrer im ersten Stock des Hofgebäudes belegenen Wohnung eingeschlossen. Als die Krankenträger auf dem Hof erschienen, öffnete die Frau die Fenster und traf Anstalten, ihre beiden Kinder und sich selbst auf den Hof hinauszuführen. Die erschrockenen Hausbewohner benachrichtigten die Feuerweh, die aus dem nahen Depot in der Panstraße schnell zur Stelle war. Brandmeister B. Bergen ließ sofort unter den Fenstern auf dem Hofe ein Sprungtuch ausbreiten und schickte gleichzeitig mehrere Feuerwehleute nach oben, die die Wohnungstür gewaltsam öffneten. Durch Breden ließ sich die Frau auch zurückhaken und beruhigen. Sie wurde dann mit dem Krankenträger nach der Anstalt in Dalldorf gebracht.

Wegen einer Kesselexplosion wurde die Berliner Feuerweh gestern nachmittags nach der Neuenburger Straße 32 gerufen. Dort war aus bisher nicht ermittelter Ursache ein Kessel der Warmwasserheizung explodiert. Ein Arbeiter Bernicke hatte hierbei mehrere Verwundungen erlitten, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. — Durch einen größeren Brand wurde gestern nachmittags in der Weserstraße 80 zu Vohagen-Mummelsburg der Dachstuhl des Vorderhauses zerstört. Die Abflüchtung wurde von der Mummelsburger Weh ausgeführt. Der von Berlin herbeigeleitete Löschzug aus der Memeler Straße brachte nicht in Tätigkeit zu treten. Anscheinend liegt Brandstiftung vor.

Roms Jubiläumsvortrag und seine Ausstellungen lautet der neueste Lichtbildvortrag im Wissenschaftlichen Theater der Urania, der von Ernesto Banca entworfen ist und von Herrn Oskar Wagner gehalten wird. Der Vortrag, der sich von einer gewissen patriotischen Tendenz nicht ganz frei hält, fährt uns in die von den verschiedenen Staaten auf dem Ausstellungsfelde auf der Piazza d'Armi veranstalteten Ausstellungen und läßt uns ein... Einblick in das Ausfließen der verschiedenen Länder tun. Durch gute Lichtbilder wird der Vortrag wirksam unterstützt.

Der Jirkus Schumann hat am Donnerstag seine erste Vorstellung gegeben. Ein reichhaltiges Programm, in dem die Dressurkunst die erste Stelle einnimmt, unterhielt das Publikum auf das trefflichste.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg. Stadtverordnetenwahl.

Jundast gab der Magistrat Kenntnis von folgendem Schreiben des Berliner Magistrats in Sachen der Eingemeindung Lichtenbergs nach Berlin:

„In Rücksicht auf die stehenden Verhandlungen über den Gesetzentwurf, betreffend Bildung eines Zweckverbandes Groß-Berlin, halten wir es zur Zeit nicht für angebracht, in der Angelegenheit, betreffend die etwaige Eingemeindung der Stadt Lichtenberg in Berlin, etwas weiteres zu veranlassen.“ — Bemerkenswert ist hier, daß Lichtenberg erst nach mehrfachen Erinnerungen überhaupt eine Antwort bekam. Nach dem Inhalt dieser Antwort zu schließen, ist auf absehbare Zeit an eine Eingemeindung Lichtenbergs nach Berlin nicht zu denken. — In die Park- und Friedhofsdirektion wurde an Stelle des Genossen A. Priese, welcher durch seine Arbeitsverhältnisse wiederholt gezwungen war, den Deputationsfunktionen fern zu bleiben, der Genosse H. Elias gewählt. — Alsdann erfolgte die turnusmäßige Auflösung von 10 Stadtverordneten. Ausgelost wurden die Herren Mündelhoff, Strogals, Plons, Röber und Sommerkorn von der 1. Abteilung, die Herren Noit, Kornbusch, Lindner, Behrendt, Jrenzke, und Lewanig von der 2. Abteilung, sowie unsere Genossen Abraham, Brühl, Grauer, Linke, und Spieder mann von der 3. Abteilung. — Vorerst war noch an Stelle des ertrunkenen Magistratssekretärs Curtian Herr Magistratssekretär Kurih einstimmig zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden. — Nachdem dann noch die Versammlung ihre Zustimmung für einige vom Magistrat beantragte Verträge, welche sich durch Lieferung von Elektrizität sowie Wasserabgabe durch unsere städtischen Werke notwendig machen, gegeben hatte, wurde für Ostern 1912 am hiesigen Realprogymnasium die Errichtung von 2 neuen Oberlehrerstellen beschlossen. — Für den städtischen Fuhrpark wurde die Errichtung eines Schuppens genehmigt und die erforderlichen Mittel in Höhe von 15 000 M. genehmigt. — Beim folgenden Punkt: Raabemilligung von Polizeikosten für das Jahr 1910, wies Genosse Brühl darauf hin, wie notwendig es sei, mit dem jetzigen System zu brechen. Bisher habe die Stadt lediglich die hohen Zuschüsse zu zahlen, u. a. für 1910 die respektable Summe von 150 158,86 M., während sie auf die Ausübung der Polizeigewalt keinerlei Einfluß habe. Es müsse mindestens versucht werden, durch Anträge der städtischen Körperschaften an die Staatsregierung die Markt-, Gesundheits- und Waupolizei an die städtische Verwaltung anzuschließen. Anscheinend jedoch sind unsere Bürgerlichen mit den jetzigen polizeilichen Verhältnissen sehr zufrieden, denn ohne auf die Anregung unseres Genossen irgendwie einzugehen, bewilligten dieselben den geforderten Mehrbetrag. Ein Antrag, auf der Westseite der Möllendorferstraße den 22 Meter breiten Bürgersteig in der Mitte mit 9 1/2 Meter breiten Rasenflächen sowie Blumenbeeten und Strauchgruppen anzulegen, wurde an den Magistrat zurückverwiesen. Während gegen das Projekt an sich wenig eingewendet wurde, verlangten die verschiedenen Redner, u. a. auch unsere Genossen Brühl und Hedert, daß erst dann mit der Regenerierung begonnen werden solle, wenn ein Resultat der Verhandlungen mit den Eigentümern von Nr. 112 und 113 sowie mit dem Eisenbahnklub betreffend Abtretung von Straßenland vorliege. Die Ecke Möllendorferstraße und Eisenbahnzufahrtsstraße, der Eisenbahn gebührend, sei jetzt geradezu ein Schandfleck für die dortige Umgebung. — In nehmiger Sitzung wurde alsdann noch die Anstellung mehrerer Beamten beschlossen.

Charlottenburg.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich vorgestern in dem Betriebe der Aktiengesellschaft für Pappfabrikation, Charlottenburger Ufer 51, zugezogen. Dort wollte die 23jährige Arbeiterin Theophilla Hoffmann aus der Hamburger Straße 24 in Spanden einen großen Ballen Lumpen herunternehmen, dabei stürzte die schwere Last herunter und begrub die Arbeiterin unter sich. Die K. erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels und innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhaus Westend übergeführt werden.

Der städtische Seefischmarkt in Charlottenburg ist seit seiner Errichtung im März d. J. so reger besucht worden, daß an einzelnen Verkaufstagen der Raum mehrmals auf längere Zeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung geschloßen werden mußte. Die Verkaufsmengen stiegen an einzelnen Tagen bis auf 5000 Pfund. Da im kommenden Winter ein noch stärkerer Andrang zu erwarten ist, beabsichtigt der Magistrat, einen zweiten Verkaufstag einzurichten. Neben Mittwoch sollen die Räume des städtischen Fleischbeschauamtes Spreestraße auch am Freitag der Fischereigesellschaft „Nordsee“ für den Charlottenburger Seefischmarkt von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends zur Verfügung gestellt werden.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Freitagmittag gegen 5 Uhr an der Ecke der Schloß- und Stallstraße. Dort wollte die zweijährige Erna Schmidt, deren Eltern in der Jägerstr. 2 wohnen, unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen 273 der Linie 81 den Wagon überschreiten. Der Fahrer bemerkte das Kind erst im letzten Augenblick, konnte jedoch, obwohl er alle Bremsmittel anwandte, den Wagon nicht mehr zum Halten bringen. Die Kleine geriet unter den Schuttrahmen und wurde, nachdem der Wagon durch Winden angehoben wurde, tot hervorgezogen. Die Leiche wurde in das Krankenhaus Westend geschafft.

Schönberg.

Stadtverordneten-Ergebnisse.

Wider Erwarten hat man auf dem Rathaus recht flott gearbeitet. Vor knapp 14 Tagen wurde im Stadtverordnetenkollegium verhandelt, daß die von den Stadtverordneten Presh und Hartmann innegehabten Mandate frei geworden sind. Trotzdem nun im November Ergänzungswahlen stattfinden, sind flugs Ersatzwahlen ausgeschrieben worden und zwar für Mittwoch, den 27. September d. J. von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant „Rosendorfer“, Wilowstr. 2, für die Wähler des 1. Bezirkes der 3. Abteilung und für Donnerstag, den 28. d. M., von mittags 12 bis abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum Dürer“, Dürerplatz 1, für den 11. Bezirk der 2. Abteilung. Die Wahlperiode umfaßt den Rest der Amtsdauer der bisherigen Stadtverordneten bis zum 31. Dezember 1913.

Parteilosen nützt die kurze Spanne Zeit zu reger Wahl-agitation.

Zu den Wahlbezirken gehören folgende Straßen:

Zum 1. Bezirk der III. Abteilung:

Kungsbürger Str. 51-53, Sanderger Str. 1-7, 13-21 und 33-61, Berchtesgaderer Straße, Sillauer Str. 1-7 und 101-103, Frankenstr. 1-16, Freilinger Straße, Geisbergstr. 18 und 25-43, Gossowstraße, Kumbacher Straße 1-8, Waagenstr. 10-25, Mohrstraße 22-31 und 33-63, Neue Lindbacher Straße, Neue Sayreuther Straße, Neue Winterfeldtstraße, Rollenderplatz 5-9, Rollenderstraße, Galkasstr. 21-23, Ballauer Str. 12 bis 19, Argensburger Str. 1-9 und 30-35, Rosenbrimer Straße, Victoria-Linden-Platz, Winterfeldtplatz, Winterfeldtstr. 18-21, Wäzburger Straße, Jitenstr. 1-16.

Zum 11. Bezirk der II. Abteilung:

Bahnhof Friedenau (Wannseebahn), Bahnhof Papstraße (Ring- und Socoribahn), Bodestraße, Besselerstraße, Canovastraße, Cranachstraße, Eisenbahnweidwiesen und Rangierbahnhof Tempelhof, Epfstraße, Geneststraße, Köernerstr. 40-48, Mariendorfer Weg, Nienzellstraße, Neuer Wallhöf-Strichhof (Winkelweg), Neuer Schönberger Strichhof (Südholgelände), Neuer Wallhöf-Strichhof (Kempelhof Weg), Peter-Dücker-Straße, Reiterstraße, Kehlhaferstraße, Rembrandtstraße, Rudenstraße, Seefeldamm, Spontolstraße, Straße 36, Suedanstraße, Tempelhofer Weg, Thorwaldenstr. 1-16.

Steglitz.

Wehr Polizei! Das ist eine ständige Forderung des Spiehbürgertums und seiner Presse, sobald irgendwas geschieht, was die Herrschaften aus ihrer behaglichen Ruhe aufschreckt. Ob es sich dabei um einen Einbruch, einen Dachstuhlbrand, um eine Tierquälerei, einen Streik, eine sozialdemokratische Demonstration oder sonst ein „Delikt“ handelt, ist ganz gleich, immer lautet der Reclam: Wehr Polizei! Da es sich schließlich unmöglich ist, hinter jeden Bürger einen Polizeigenossen als Schutzgeist zu stellen, sollte man doch lieber auf anderweitige Mittel fassen. Ein solches wäre z. B. die richtige Verwendung der vorhandenen Kräfte. Wie üblich es jedoch damit in Steglitz bestellt ist, das haben wir schon bei früheren Gelegenheiten erfahren und erleben es jetzt wieder. Durch den Starrsinn der heiligen Saalbesitzer gezwungen, sah sich die Arbeiterkassette veranlaßt, über den „Albrechtshof“ die Sperre zu verhängen. Am nun die Besucher des Lokales, die tanzlustige Jugend, von dem Posthof zu unerrichten und weiterhin die Wirkung der Sperre zu kontrollieren, sind natürlich stets eine Anzahl Genossen und Genossinnen dort anwesend. Man sollte meinen, das sei eine Sache, die lediglich die Besitzer des „Albrechtshof“ und die organisierten Arbeiter interessieren. Aber weit gefehlt: die Polizeibehörde, die nie genügend Beamte zu haben scheint, um für die öffentliche Sicherheit zu sorgen, sie hat stets einige Beamte (natürlich in Zivil) übrig, um unsere Kontrollen zu überwachen zu lassen. Das ist zwar ein unerschwingliches Vergnügen, aber eben deswegen höchst überflüssig. Was ist es die Polizei, wer im „Albrechtshof“ tanzt oder dem Tanz zuseht? Das ist eine reine Privatangelegenheit, die die Polizei absolut nichts angeht. Die Beamten werden von der Bürgerschaft gebittet, um im Interesse des ganzen Ortes zu wirken, nicht aber, um für irgendeinen Lokalbesitzer Aufpasserdienste zu verrichten. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden selbstverständlich noch viel vor den gepörrchen „Albrechtshof“ nicht nur selbst meiden, sondern sie werden auch weiterhin versuchen, das dortige Publikum darüber aufzuklären, wie unrichtig es ist, bei einem Saalbesitzer zu verkehren, der zwar das Geld auch der Arbeiter gern nimmt, ihnen aber die politische Gleichberechtigung verweigert.

Groß-Lichterfelde.

Ein großer Brand, der drei Personen in erste Lebensgefahr brachte, wüthete in der gestrigen Nacht in der Herbinandstraße. Auf dem Grundstück befindet sich ein großer Kohlenstoppfen der Witwe Schmidt, ein Pferdehals und das Wohnhaus. Das Feuer entstand in dem Kohlenstoppfen und wurde erst bemerkt, als es auch schon den hinteren Teil des Wohnhauses erfaßt hatte. Die Witwe Schmidt wurde durch das Plagen der Fenster ihres Schlafzimmers nur mit knapper Not noch in Sicherheit bringen. Die Lichterfelder Feuerwehr griff den Brand mit vier Schlauchleitungen an, doch dauerte es über zwei Stunden, ehe die Gefahr beseitigt war. Ein Teil des Wohnhauses wurde eingestürzt, doch konnte der gleichfalls fast gefährdete Pferdehals gehalten werden. Die Ursache des Feuers wird auf Brandstiftung zurückgeführt. Auf den Feuerfeldern waren auch noch die Feuerwehren von Mariendorf und der Photographischen Gesellschaft zu Hilfe gerufen.

Rixdorf.

In Rixdorf kam es gestern und vorgestern vor dem Geschäft des Schlächtermeisters Hilbig, Hermann, Ecke Lietzenstraße. Grund hierzu gab ein Gerücht, wonach die Frau des H. das dort bedienstete Mädchen erheblich gefoltert haben sollte. Wie und der Schlächtermeister mitteilen blüht, habe sich seine Frau vor einigen Tagen einer Operation unterziehen müssen. Am anderen Morgen habe das Dienstmädchen seiner Frau eine Tasse schwarzen Kaffees aufbrühen sollen, dies habe es jedoch nicht getan. In der Erregung sei seine Frau aus dem Bett gesprungen und habe dem Mädchen eine Ohrfeige gegeben. Von schwerer Mißhandlung, wie dies von den Anwohnern der Umgebung behauptet worden sei, könne keine Rede sein. Auch er, H., habe es beurteilt, daß sich seine Frau habe soweit hinreißen lassen.

Sanktwin.

Die Gemeindevorstanderversammlung beschäftigte sich in ihrer ersten Sitzung im neuen Rathaus zunächst mit der Uebernahme der Verantwortlichen Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

Krankenhauseinrichtungen, welche durch Aussonderung kranker Personen entstehen. Bei ansteckenden Krankheiten macht es sich oft notwendig, daß Angehörige ins Krankenhaus gebracht werden. Die hierdurch entstehenden Kosten wird die Gemeinde bei solchen Angehörigen übernehmen, welche ein Einkommen bis zu 5000 M. haben. — Die bei der Entscheidung angenommene, vom Kreisrat beschlossene aber nicht genehmigte Gewerbebesteuerordnung stand nochmals zur Beratung und wurde mit einigen Veränderungen angenommen. Es werden von dieser Steuer Gewerbetreibende der Klassen I und 2, welche mindestens ein Anlage- oder Betriebskapital von 150 000 M. haben, mit 1/4 vom Tausend, oder wenn mindestens 75 Personen beschäftigt werden, mit 10 M. pro Person betroffen. Der Hauptzweck ist jedenfalls, auch für die Zukunft Großbetriebe von Sanktwin fernzuhalten. — Der Beförderung von einigen Gemeindebeamten in höhere Stellungen, welche bei der Einweihungsfeier des Rathauses vorgenommen war, mußte auch die finanzielle Aufbesserung folgen. Einige Beamte erhalten dadurch 500 M. mehr Gehalt. Der Etat wird dadurch mit zirka 2000 M. belastet. Gemeindearbeitern und Ortsarmen gegenüber läßt man nicht solche Freigebigkeit.

Spandau.

Stadtverordnetenwahl am Sonntag?

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Donnerstag mit dem Antrage, die Stadtverordnetenwahl für die 3. Abteilung an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Dieser Antrag war von einigen bürgerlichen Stadtverordneten eingebracht, unsere Parteigenossen, die wegen ihrer geringen Zahl einen Antrag nicht stellen können, hatten nur mit unterschrieben. Nachdem der Antrag durch den Stadtverordneten Grätzfel begründet, der die leise Hoffnung durchblicken ließ, daß bei einer Sonntagswahl der liberale oder bürgerliche Kandidat gewählt werden würde, nahm als Gegner das Wort der Arbeiter der Munitionsfabrik, Stadtverordneter Schmidt 1. Interessant war es, diesen Arbeiter, von dem sonst nicht viel zu hören ist, einmal aus sich herausgehen zu sehen. Seine Arbeitskollegen, so führt er aus, hätten ihn nach Bekanntgabe stürmisch befragt, wie man denn dazu komme, einen solchen Antrag zu stellen, und er habe ihnen erwidert: „Die Antragsteller wollen wohl nicht, daß Arbeiter der Staatswerke hätten als Vertreter in das Stadtparlament kommen!“ Dieses Jesuitenspähen richtet sich von selbst, denn unter den Antragstellern befindet sich auch ein in den königlichen Staatsverwaltungen beschäftigter Oberverwaltungsbeamter. Es ist auch zu bezweifeln, daß der Ansturm der Arbeitskollegen an diesen Vertreter so stark gewesen sein wird, denn so hoch wird der Stadtverordnete Schmidt von den Staatsarbeitern nicht eingeschätzt. Als Grund seiner Gegnerschaft führt er an, daß bei der Sonntagswahl die Wahllokale den ganzen Tag von einer gewissen Partei besetzt würden, und wer dann anders wähle, werde angeulkt. Dieser Grund läßt zunächst ein ungeheures Gelächter bei fast allen Stadtverordneten aus. Genosse Pieper als zweiter Redner drückte zunächst seine Freude darüber aus, daß der Antrag, den früher die sozialdemokratische Fraktion schon mehrfach gestellt hatte, der aber immer abgelehnt wurde, jetzt von bürgerlicher Seite selbst komme. Dann knüpfte sich unser Redner seinen Vorkredner vor und verwies ihn darauf, daß die Staatsarbeiter, die bei der Sonntagswahl ihren Lohn bezahlt bekommen, dafür seltensweise zur Wahl geführt würden und dort unter den Augen ihrer Vorgesetzten vielfach gegen ihre eigene Ueberzeugung stimmen müßten. Der konservative Stadtverordnete Schob trat selbstverständlich auch als Gegner des Antrages auf, er vertrat die Ansicht, daß von der Sonntagswahl nur die Sozials einen Vorteil haben würden. Wie hoch dieser Herr die Staatsarbeiter einschätze, geht daraus hervor, daß er behauptete, die Staatsarbeiter würden am Sonntag nur in sehr geringer Zahl zur Wahl kommen. Nachdem die Stadtverordneten Grätzfel und Weber selbst für den Antrag eintraten unter Hinweis auf die vielen außerhalb Spandaus wohnenden Arbeiter, die wochentags meist ihr Wahlrecht nicht ausüben können, und daß ja auch die kirchlichen Wahlen an einem Sonntag stattfinden, trat als Gegner des Antrages der Oberbürgermeister Koelke auf. Er machte die Mitteilung, daß der Magistrat sich bereits gegen die Sonntagswahl entschieden habe. Als Gründe führte er an, er wisse nicht, wo er die Vorstehenden der Bezirke herbeiführen solle, da sich die Magistratsmitglieder weigerten, an einer Sonntagswahl teilzunehmen. Ferner wisse er nicht, wann die Wahl am Sonntag stattfinden solle. Von 10-12 sei die Zeit. Vor der Sitzung haben viele noch nicht ausgeschrieben. Um 12 Uhr hätten manche noch kein Mittag gegessen. Bis 4 Uhr nachmittags könnte auch nur gewählt werden, da nach dieser Zeit keine Lokale mehr zu haben sein werden, des beginnenden Tages wegen. (Zobele wurde in den eigentlichen Langsälen bisher gar nicht gewählt.) Säulen oder das Rathaus können nicht zur Verfügung gestellt werden, die Wahlen zu sehr verunreinigt. Man solle es nur bei der Sonntagswahl belassen, er würde dafür zu haben sein, daß abends die Wahlzeit um eine halbe Stunde verlängert wird. Stadtverordnete Penner, der Vorsitzende des hiesigen Reichsverbandes, sprach sich selbstverständlich gegen den Antrag aus. Er meinte u. a. Sonntag herrsche an und für sich eine alkoholischeschwärzerte Luft, da könne es bei den Parteien leicht zu Konflikten kommen. Dr. Kantarowicz trat mit vielem Geschick für den Antrag ein und rechnete ganz gehörig mit den Gegnern des Antrages ab. Der frühere Staatsarbeiter, jetzige Sekretär der Zentrumspartei, Stadtverordneter Kirch, ist Gegner des Antrages, wie er fast als Zweckmäßigkeitsgrund. Er protestiert dagegen, daß die Staatsarbeiter seltensweise zur Wahl getrieben seien. Auch der Stadtverordnete Schmidt 1 stimmte in diesen Protest ein. Der Antrag wurde schließlich mit 18 gegen 18 Stimmen angenommen. Allerdings wird er nicht viel Zweck haben, da der Magistrat ja bereits ablehnend beschlossen hat. Nun, der Antrag wird ja wiederkehren.

Potsdam.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland an Stelle des wegen Krankheit zurücktretenden Reichsanwalts Lüdicke, haben, wie man uns mittelt, die Konservativen den heiligen Oberbürgermeister Vohberg aufzustellen beschlossen.

Durch einen Unfall verletzt. In das Krankenhaus Hermannswerder wurde gestern der 16 Jahre alte Karl Hönke aus Rehmin eingeliefert. H. wurde von einem Pferd mit dem Kopf vor den Kopf gefoltert und trug eine Schädelverletzung davon.

Notwales.

Unfall bei der Arbeit. Während der Arbeit in einem Saal der Wollwarenfabrik Adolf Wisk glitt die Frau Auguste Reber, am Friedrich-Rindplatz wohnhaft, aus und erlitt eine Fußverletzung, die ihre Ueberführung nach dem Oberlinnkrausenhause notwendig machte.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Steglitz-Friedenau. Am Sonntag, den 17. September, findet ein Tagesausflug nach Dremlich-Rohlfeldensbrunn-Wannsee statt. Abfahrt morgens 8 1/2 Uhr vom Bahnhof Steglitz. Fahrpreis 30 Pf. Die Arbeiterkassette von Steglitz und Friedenau wird gebeten, ihre schulfähigsten Söhne und Töchter zur Teilnahme an dieser Partie anzuschicken. Abreise. Am Sonntag, den 17. September, findet im Jugendheim, Wilowstr. 11, nachmittags 3 Uhr, eine Jugendversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag: „Die Wirkung des Alkohol auf die Jugend“. Diskussion. Alle Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind eingeladen.

Aus aller Welt.

Blutiger Schwindel.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und nach ihr andere Blätter ähnlichen Schlages brachte dieser Tage folgende Schwindelnachricht: Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Zielbewusste Messerstecher. Halle a. S., 9. September. Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wird von hier mitgeteilt: Mehrere in den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen organisierte Holzarbeiter der Lindnerischen Wagenfabrik lehrten Freitag abend gegen 11 Uhr von der Broihanschenke in Beesen, einem von der Sozialdemokratie boykottierten Lokal, nach Ammendorf zurück. In der Böhmischer Straße wurden sie von einer Anzahl postensiehenden sozialdemokratischen Arbeitern angehalten und nach kurzem Wortwechsel überfallen und mit Messern gehörig bearbeitet. Dabei erhielt einer, der Stellmacher Joseph Stolzenfels, mehrere Messerstiche in Kopf und Brust, davon einen in die Lunge, der den Tod des Arbeiters zur Folge hatte. Die übrigen Kollegen des St. hatten ebenfalls Stichwunden erhalten. Einer hatte mehrere gefährliche Stiche in den Kopf erhalten, die vom Arzt vernäht werden mußten. Als Täter wurden die in der sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter Gebrüder Conrad aus Beesen verhaftet, die ihr Verbrechen auch bereits eingestanden haben. Ein dritter Beteiligten wurde in Halle von seiner Arbeitshalle weg verhaftet. Das fluchwürdige Verbrechen erweist allenfalls tiefsten Abscheu.

Eine ähnliche verlogene Nachricht ging vergangene Woche durch die Halle'sche Lokalpresse. Unser dortiges Parteiblatt stellte sofort fest: Erstens ist der Täter, der 23jährige Rauzer Gustav Conrad, nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei, kam als Postensieher gar nicht in Frage; zweitens sind schon seit einem Jahre überhaupt keine Boykottposten mehr ausgeschickt gewesen, und drittens hat sogar der junge Mensch selbst als Sonntagsgast ziemlich oft in der boykottierten Broihanschenke verkehrt, worüber ihm Arbeitskollegen schon Vorhaltungen gemacht haben. Der Zeitungsverwechslung der bürgerlichen Presse ist damit rechtlos widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche vor dem Unglückstag, als er aus der Waischule kam, abends 11 Uhr von Lindnerischen Wagenarbeitern ohne Grund mit Gummischläuchen widerlegt. Der traurige Vorfall hat mit der sozialdemokratischen Bewegung absolut nichts zu tun. Das gab schon am Sonntag auch der „Generalanzeiger“, das amtliche Organ der Halle'schen Polizei, zu, indem er, seine erste Meldung berichtend, mitteilt, daß die Gebrüder Conrad niemals vor einem von sozialdemokratischer Seite gesperrten Lokal Posten gestanden hätten, da sie keiner Partei angehören. Gustav Conrad sei am Freitag, den 1. September, eine Woche

An meine werte Kundschaft!



KOSTUM TRIUMPP aus blauem Kammergarn - Cheviot mit rother Garn. M, 27.00

Das Lager in der neuesten
Herbst- und Winter-Konfektion

ist reich sortiert. Meine Fabrikate sind bekannt reell, tadellos im Sitz und sehr sauber gearbeitet.

Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete sind die Preise sehr billig!!

Damen-Mäntel-Fabrik
Paul Linck

Rixdorf, Reuterstrasse No. 63.
an der Kaiser-Friedrich-Strasse.

Moderne
Kostüme
Ulster
Mäntel
Jacketts
Röcke

Am Sonnabend, den 23. September, eröffne ich
Hermann-Str. 166/167 (Ecke Schierkestraße) ein
Kaufhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung
mit streng festen Preisen. — Besichtigung des Lagers ohne Kaufzwang erbeten.
S. Haber, Rixdorf, Hermann-Str. 166/167.

Warenhaus A. Weiss & Co. Nachf.

Inh. Fritz Prieur.

Berlin W - Schöneberg.

Hauptstraße II, Ecke Vorbergstraße.

Extra-Preise für Polster-Betten und Eisen-Betten

Polster-Betten mit Holzwooll-Polsterung, bedr. Jutebezug, Gestell goldbronziert, mit Fußstütze . . .	5⁵⁰	Kinder-Bettstellen weiß lack., sämtl. auf Rollen, mod. Ausfahr., 20,50, 18,50, 16,50, 14,25, . . .	9²⁵
Polster-Betten Füllung Seogras gemischt, Bezug gestreift Drell, mit Fußstütze	8²⁵	Eisen-Betten für Erwachsene, mit doppeltem Spiralboden und Kopferhöhung, braun lackiert	7⁷⁵
Polster-Betten mit Seogras-Füllung, gestreiftem Drell-bezug und Spiralfederboden	12⁵⁰	Eisen-Betten für Erwachsene, mit Patent-Matratze, auf Rollen, schwarz lackiert	22⁰⁰
Wash-Ständer lackiert 1,65, 1,25,	75 Pl.	Besteck Nickel, mit Stahlgabel, 3 Paar 1,40, Paar	50 Pl.
Wash-Tische lackiert, eckig 4,25, 3,95,	2⁹⁵	Besteck Alpaca, 3 Paar 2,85, Paar	1⁰⁰
Reisekörbe mit Metallverschluss 85 80 70 60 50 ctm 10 75 9 75 7 50 6 50 5 50		Besteck echt Ebenholz, 3 Paar 2,85, Paar	1⁰⁰

Ein großer **Bett-Inlette** Posten nur solide bewährte Qualitäten zu sehr billigen Preisen.

REIK

Nicht für Wiederverkäufer.
Nur soweit Vorrat.

10 Reik-Läden in Rixdorf!

Hobrechtstraße 77
Donaustraße 114
Weserstraße 52
Zietenstraße 80
Boddinstraße 60
Weisestraße 9
Weisestraße 32
Nogatstraße 19/20
Friedelstraße 21
Steinmetzstraße 102 (heute neu eröffnet)

Alle Lebensmittel sehr gut und sehr billig!

Kakao	Pfund	50	Pf.	Reis	Pfund	15	Pf.
Kunst-Honig	"	22	"	Milch-Reis	"	20	"
Kunst-Honig	Karton	25	"	Bruch-Reis	"	13	"
Pflaumenmus	Pfund	14	"	Eier , sehr schöne frische	2 Stück	15	"
Gelbe Erbsen	"	16	"	Zitronen	Stück	5	"
Geschälte gelbe Erbsen	"	23	"	Backpulver	Pack	5	"
Kaisermehl	"	18	"	Puddingpulver	"	5	"
Weizenmehl	"	16	"	Vanillinzucker	"	5	"
Feinstes Auszugmehl in 5 Pfund-Beuteln	5 Pfund	100	"	Brot	Stück	45 u. 55	"
Feinstes Auszugmehl in 10 Pfund-Beuteln	10 Pfund	200	"	Hafergrütze	Pfund	20	"
Feinstes Roggenmehl	Pfund	14	"	Margarine , hochfein im Geschmack:			
Feinstes Kartoffelmehl	"	15	"	Reik-Margarine I	"	77	"
Graupen	"	14	"	Reik-Margarine II	"	66	"
Feiner Weizengries	"	17	"	Reik-Margarine III	"	60	"
Feiner Hartgries, gelb	"	20	"	Reik-Pflanzenbutter-Margarine	"	85	"
Speise-Salz	"	10	"	Gemahlener Zucker	"	28	"
Block-Schokolade	"	56	"	Würfel-Zucker	"	29	"
Haushalt-Schokolade	"	56	"	Kandis, gelber und weißer	"	32	"
Fadennudeln, leicht gefärbt	"	26	"	Gebraunter Kaffee, sehr fein	"	140	"
Figurennudeln, leicht gefärbt	"	26	"	Malzkaffee mit Zugaben	"	28	"
Eiernudeln, leicht gefärbt	"	38	"	Bier, helles und dunkles	Flasche	10	"
Eiergraupen, leicht gefärbt	"	36	"				

Auf alle vorstehenden Waren trotz der niedrigen Preise noch
10 Prozent Rabattmarken!

Rabattkarten zum Einkleben der Rabattmarken gibt es in allen Reik-Läden umsonst.

Extra-Angebot für **Sonnabend** und **Sonntag**:

Butter allerhochfeinste Molkerei-Tafelbutter
das beste, was es gibt,

Pfund **nur 135 Pf.** ohne Rabatt.

Bratenschmalz hochfein

Pfund **nur 55 Pf.** ohne Rabatt.

Wir bringen nur die denkbar besten Lebensmittel zum Verkauf zu sehr niedrigen Preisen
und mit 10 Prozent Rabattmarken.
Unser Angebot ist für solche Frauen, die wirtschaftlich sind und zu rechnen verstehen.

Heute, **Sonnabend**, in allen Reik-Läden:

Geschenk-Zugaben!

Jeder, wer für mindestens 3 Mark einkauft, erhält aus Anlaß
der Eröffnung des zehnten Reik-Ladens

— ein Geschenk nach eigener Auswahl gratis! —

Gebser, Schwanke & Co., G. m. b. H.

Inhaber der **Reik-Läden.**

Über die **neuesten Farben, die elegantesten Fassons, die solideste Ausstattung**
und die **billigsten Preise** in

Herren-Anzügen, Ulstern und Paletots

können Sie sich durch eine Besichtigung unserer Läger, welche nunmehr für die bevorstehende **Herbst- und Wintersaison** vollständig und reichhaltig sortiert sind, unterrichten.

Besondere Abteilungen für

Anfertigung nach Maß,

Burschen- und Knabenbekleidung,

Lodenjoppen und Capes,

Hosen in Stoff, Leder, Zwirn, Manchester, Drill usw.,

Berufskleidung für sämtliche Gewerke.

Einsegnungs-Anzüge

Streng feste Preise. • Jedes Stück ist offen ausgezeichnet.

Deutsche Bekleidungs-Compagnie

Berg-Strasse 7-8
Ecke Prinz-Handjery-Strasse.

Rixdorf

Telephon: Amt Rixdorf, 9237.

Berg-Strasse 7-8
Ecke Prinz-Handjery-Strasse.

Bekannt als beste und billigste
Herren-Hüte
in jeder Preislage
Radloff, Charlottenburg,
Berliner Str. 51.
Gegründet 1875.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung



liefern
elegante Herren-Moden
fertig und nach Mass
Garantie für tadelloes Sitz und feinste Verarbeitung.

Kein Waren-Kred. thaus!

S. Boltuch
Mass-Schneiderei
zur Frankfurter Allee 75.
Eingang Tiltter-Strasse.
Kein Laden! Kein Laden!

Sie hat etwas

sehr reizvolles, die Mode von 1911-12. Entzückende, für jeden Geschmack passende Modelle enthält das reich ausgestattete Favorit-Medonalbum (nur 60 Pf.), franko 70 Pf., Jugend-Medonalbum 50 Pf., franko 60 Pf., bei C. Müller, Berlin, Spittelmarkt 5.

Prima
Oderbrucher - Fettgänse
Gänsefleisch in einzeln Pfunden
Gänse - Zentrale Rixdorf
Friedelstr. 28
Richard Lehmann.

Hüte in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher.
Prinzenstr. 57, Orsdener Str.
Fahrgeld wird vergütet.

Buchhandlung **Vorwärts**
SW. 68, Lindenstr. 69
(Laden)

Wir empfehlen:
Karl Kautsky:
Sozialismus
und
Kolonialpolitik
Eine Auseinandersetzung.
Preis 1 M.
(Vereinsausgabe 50 Pf.)

Zur Einsegnung
empfehle
Schweinefleisch
Schulterblatt . Pfd. 70 Pf.
Schinken . 75
Kasseler Pfd. 80 u. 85
Pökelkamm . Pfd. 80
Hammelkeulen Pfd. 85 Pf.
Rindfleisch Pfd. 70-95
Rouladen . Pf. 1.00 M.
fl. Kalbschnitzel
Pfd. 1.60 M.
Garnierte Schüsseln ohne Preiszuschlag sende frei ins Haus.
Täglich frischen ital. Salat; Wiener und Bockwurst.
Linkes Fleischzentrale, Hermannplatz 4.

Berliner **Ulk-Trio**
Rixdorf-Berlin. U Lahnstr. 74. L 1

Pelzwaren, Hüte, Mützen,
billig, in größter Auswahl.
H. J. Stoboy, Kürschnermeister,
50. Oranienstrasse 170.
Reparaturen u. Umarbeitungen in eigener Werkstatt.

Neu eröffnet
Besichtigen Sie meine enorm reichhaltigen Läger in
kompletten Wohnungseinrichtungen
sowie **Einzel-Möbel**
ALLES auf KREDIT
Bequemste An- und Abzahlung
Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe
Teppiche, Portieren usw.
KAUFHAUS zum ROLLKRUG
Berliner Strasse 1 RIXDORF Hermannstr. 257
Neu eröffnet

Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe

Blücherstr. 13, I. **Magnus Meyer & Co.** Blücherstr. 13, I.
am Hall. Tor, Hochbahn

Durch außergewöhnlich günstigen Einkauf sind wir in der Lage, äußerst billig zu offerieren:
Einen **Kostüm** englischer Art, 15.50 an, in blauem Cheviot 16.75 an.
Außerdem **hochelegante Schneider-Kostüme** aus erstklassigen Stoffen und tadellosem Sitz . von Mk. 31.50 an.
Einen **Ulster** ca. 130-140 cm lang, aus guten doppelseit. Stoffen, mit langem breitem Kragen, hochmod. zu dem enorm billigen Preise von 11.75 an.
ferner elegantere in allen Preislagen ebenfalls äußerst billig.
Modelle in Abend- und Seidenplüsch-Mänteln auch mit Pelzbesatz, ganz bedeutend unter Preis
Garnierte Wollblusen auf Futter, 2.95 3.85 4.65 5.85. Tüllblusen 4.35 5.75 8.50 10.75.
Einen **Sportröcke** . . . Mk. 2.95 und 3.85 zum Teil dreifacher Wert.
Woll-Elderdaunen u. Tuchmatinees von 4.85 an. **Morgenröcke** aus gleichen Stoffen, von 9.85 an.
Gediegene **Damenwäsche**, allerbestes Fabrikat, sowie einen **Schweizer Stickereien**, zu fabelhaft billigen Preisen.

Diese Nacht hat man

cher noch nicht daran gedacht, daß man im **Monats-Garderobenhaus** von **Luft & Berger, Mariannenstr. 19**, die schönsten Monatsanzüge, Paletots, Ulster, Gehrockanzüge, Kellner-Garderobe am billigsten und am besten kaufen kann. Der weiteste Weg ist lohnend und vergüten wir jedem Kunden das Fahrgeld. Vorzeiger dieses Inserats erhält noch 5 Proz. Rabatt. Bitte genau auf **Mariannenstr. 19** zu achten.
Unsere Abteilung von zurückgebliebenen Maßanzügen, Paletots, Ulstern, Gesellschafts-Garderobe etc. befindet sich **nur Mariannenstraße 27**.

Herbst-Kostüme

letzte Neuheiten.

Schicke, vorzüglich sitzende Façons.
Gediegene englische Noppen und gestreifte Stoffe
prima blau u. schw. Kammgarn-Cheviot
1950 24 2850 36 42 M.

Herbst-Paletots

bis 140 cm lange, kleidsame Formen.
Bouclée, neuartige Flausch- und englische Stoffe mit ein- und mehrfarbigem, angewebtem Futter
1650 1950 2250 27 33 42 M.

Plüsch- und Sammet-Mäntel

120-140 cm lang
aus prima Velours du Nord u. feinstem engl. Seal.

3000 Kostümröcke u. Blusen

alle Größen, auch f. stärkste Damen. Mod. Façons, neueste Stoffe
3 5 650 750 9 11 1350 15 18 21 24 M.

Garnierte Kleider, Trauerkleider

Außerordentlich preiswerte Neuheiten.
Popeline, Satintuch und Foulé in allen neuen Farben
1950 24 2850 33 M.

Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger Stoffe u. Zutaten vollständige Garantie höchster Reellität.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße
2 Häuser v. Dönhofsplatz • 12 Schaufenster
Sonnlags geöffnet!

Einsegnungs-Anzüge

schwarz und blau
neueste Fassons in bester Verarbeitung und Zutaten.

Feste Preise



Satin-Anzug 9.00
19, 17, 15, 13, 11.

Kammgarn-Anzug 12.00
24, 22, 20, 18, 16, 14.

Kammgarn-Anzug 23.00
(tuchartig)
36, 33, 31, 29, 27, 25.

Kammgarn-Anzug 13.00
(blau, 1 reihig u. 2 reihig)
30, 27, 24, 21, 18, 15.

Blau Cheviot-Anzug 8.00
(1reihig und 2reihig)
28, 26, 24, 22, 20, 18, 15, 12.

Prüfungs-Anzüge
große Auswahl
in allen Preislagen von 7 M. an.
Anfertigung nach Maß.

Größtes und ältestes Geschäft
der Branche
im Osten Berlins.

Gegründet
1879

Julius Lindenbaum, Berlin O.

Ecke Fruchtstr. 141 Gr. Frankfurter Str. 141 Ecke Fruchtstr.

Herzfelds berühmte

Serien-

1⁹⁵

95

2⁹⁵

Tage!

Verkauf dauert nur bis Montag

1 Paar Damenstrümpfe englisch lang 95 Pf.	1 Kinder-Lederhut Imit. 95 Pf.	Herzfelds Spez.-Hausschürzen mit Vol. 95 Pf.	1 eleganter Brotkorb mit Einlage 95 Pf.
1 Paar Damenstrümpfe deutsch-engl. 95 Pf.	3 Paar Herr.-Manschetten etach 95 Pf.	Blusen-, Mieder- od. Reformschürzen 95 Pf.	1 Rauchservice 95 Pf.
1 Paar Dam.-Florstrümpfe herbstl. od. 95 Pf.	1 Herr.-Sports od. Jagdklubmütze 95 Pf.	Damen-Tändelschürz. weiß Batist 95 Pf.	1 Spirituskocher mit Kasserolle . . 95 Pf.
1 Paar Kinder-Söckchen hell u. dunkel 95 Pf.	1 Zephyr-Garnitur (Serviteur, Man- 95 Pf.	Kinder-Schürzen Neuheit, 45/70 Stck. 95 Pf.	1 Küchen-Etagere m. Delfter Einlage 95 Pf.
1 Paar Herren-Schweisssocken 95 Pf.	1 Herrenhut in schwarz u. farbig . 95 Pf.	Valenciennes- und Tüllschürzen, weiß 95 Pf.	1 Küchenlampe dekoriert 95 Pf.
1 Paar Herren-Ringelsocken 95 Pf.	Oberhemdblusen Barchent od. Satin 95 Pf.	Jabots Batist, Tüll, Schweizer Stickeret 95 Pf.	1 Toiletteneimer mit Einsatz . . . 95 Pf.
1/2 Pfd. Strick-Wolle reine Wolle, 95 Pf.	Kinderkleidchen Barchent u. Halb- 95 Pf.	Mod. Dam.-Selbstbinder . 3 Stück 95 Pf.	1 Kartoffelschüssel mit Porzellan- 95 Pf.
1 Paar Damen-Halbhandsch. 95 Pf.	Batist-Blusen mit Stickerei-Einsatz 95 Pf.	Lein. Damen-Kragen t. Stck. u. Um- 95 Pf.	12 Speiseteller tief oder hoch . . 95 Pf.
1 Paar Dam.-Fingerhandsch. 95 Pf.	Mako-Normalhemden od. Hosen 95 Pf.	Damen-Gürtel aus Ia Gummi, mit 95 Pf.	4 Paar Tassen zum Aussuchen . . 95 Pf.

ca. 6000 Stück Damen-Wäsche bestehend aus: Untertailen mit Stickerei-Hohlraum, Croisé-Anstands-Rock m. Vol. Croisé-Beinkleidern, Nachtjacken m. Säumen, Damen-Fasson-Achsel-schluss-od. Vorderabschluss-Hemden, Eiderflanell-Röcken jedes Stück **95 Pf.**

Ausschneiden!
Vorzeiger dieses Ausschnittes erhält 5 pCt. in bar.

ca. 5000 Stück Damen-Wäsche Fasson-Hemden mit handgestickter Passe, Achsel-schluss-Hemden mit Stickerei-Ansatz und Hohlraum, Phantasie-Hemden mit Stickerei-Passen, Kniebeinkleider mit Stickerei-Einsatz, Croisé-Nachtjacke mit Stickerei-Umlegekragen oder Jabot jedes Stück **1 95**

1 Herren-Hut steif, schwarz 1.95	1/2 Dtzd. Reinel. Taschentücher 1.95	1 Fell-Vorleger 1.95	1 starke Waschleine 20 Meter . . 1.95
1 Herren-Spazierstock m. neuen Beschlagen 1.95	12 Stück Damen-Batist-Taschentücher 1.95	1 engl. Tüll-Store Medaillen-Muster 1.95	1 gr. Haarbesen, 1 gr. Handfeger u. 1 Kehrschneffel 1.95
1 Waschseiden-Garnitur 1.95	1 Kaffeegedeck mit 6 Servietten 1.95	1 Fenster Gardinen 2 Seals . . . 1.95	1 Eimer, 1 Scherensch, 1 Müllschneffel 1.95
1 Frack-Korsett mit Halter 1.95	1 Haargarnitur m. br. Spange, 3 Turbanringe zusammen 1.95	1 schwere Schlafdecke 1.95	1 Kaffeeservice für 6 Personen dek. 1.95
1 Imit. Spachtel-Bluse Kimono Art . . 1.95	1 Perl-Halskette 1.95	Spachtel-Kragen besonders gross . 1.95	6 Paar Tassen m. Unterlass, dek. 1.95
1 Batist-Bluse mit Stickerei-Einsatz 1.95	1 eleg. Samt-Tasche mit langer Kordel 1.95	Kristallin-Schals alle feine Farben 1.95	6 Alpaka-Teelöffel 1.95
1 Satin-Oberhemd-Bluse 1.95	1 eleg. Photographie-Album Pflösch od. Leder . 1.95	1 Stand-Uhr künstlerisch ausgeführt . 1.95	1 Wasserkanne u. 1 Schüssel 1.95
1/2 Dtz. Drell-Handtücher oder 1/2 Dutzend Jacquard-Servietten 1.95	1 Paar Damen-Leder-schuhe 30/42 Hausschuhe mit Poupous 1.95	1 Kuchenform u. 1 Kartoffelpr. 1.95	1 Schirmständer, 1 Garderoben-kalter mit 5 Haken zusammen . . . 1.95

Lebensmittel

Ein gross. Kognak-Verschnitt (Mercier, Roger & Cie.) Kiste 12 Fl. 15.- 1.35	Prima Schweizer Käse in Stücken Pfund 85 Pf.
Ein gross. Otto Kampinski-Sekt Privat Cuvée, rot Etikett 1/2 Flasche 2.95	Prima Suppenhühner Stück 1.95
Grosse Kochäpfel 10 Pfund 95 Pf.	Rotkohl, Weisskohl, Wirsingkohl . . . grosse Köpfe 10 Pf.
	Kochbirnen 10 Pfund 95 Pf.

Im Erfrischungsraum: Grosses Kunst-Streich-Konzert.

HERMANN HERZFELD

CHARLOTTENBURG vormals Jacob Gebrüder Nachflg. Wilmersdorfer Str. 55-56

Möbel
Ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jeden Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, gedieg. Arbeit empfiehlt
W. Lambrecht,
Berlin SW., Simonstr. 19
Verlangen Sie bitte illustrierte Preisliste

Ältestes konz. **Leihhaus**
Hohe Beleihung • Gelegenheitskäufe.
Charlottenburg, jetzt Wilmersdorfer Str. 32.
Farnspr. 2255.

Möbel-Fabrik Carl Goetze & Co.
Berlin, Potsdamer Str. 89,
liefert
Wohnungs-Einrichtungen
direkt an Privats zu Fabrikpreisen.
Zahlungsbedingungen geklärt.

H. Joseph & Co., Rixdorf

Berliner Straße 54-55.

Mode-Ausstellung

Herbst und Winter 1911-1912

Damen-Konfektion

Putz

Fassons Blumen Federn

Kleiderstoffe Seidenstoffe

Wir bitten um gefl. Besichtigung der Fenster und der Ausstellung im Hause.

Extra-Angebote

während der Mode-Ausstellung.

Kleiderstoffe

Bordüren-Stoffe in verschiedener Ausführung, doppeltbreit . . . Mtr. 2.95, jetzt 1.85
Farbige Chevrots mit gestreifter Bordüre, ca. 110 cm breit, Mtr. 3.95, jetzt 2.50
Blusenstoffe (Neuheiten) mit Bordüre, 70 cm breit, Mtr. 1.45, jetzt 1.20
Popeline (größtes Farbensortiment), doppeltbreit, Mtr. 1.60, jetzt 1.25
Serge, reine Wolle, in vielen Farben, doppeltbreit, Mtr. 1.35, jetzt 1.10

Damen-Konfektion

Herbst-Paletots, flotte Fassons, Stoffen, mit modernen breiten Kragen 17.75
Frauen-Paletots aus reinwollenen Tuchstoffen mit Herrenrevers, 100 cm lang . 19.50
Sammel-Mäntel, lange, moderne Form m. großen Matlockragen, ganz auf Seide . 42.—
Moderne Kleiderröcke mit gutem Sitz in schwarzen, blauen und melierten Stoffen mit Samtansatz 7.90
Elegante Blusen aus Popeline in allen Farben mit geschmackvoller Kurbelstickerei 5.50